

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 18



Alternative Ökonomie
in der Traditionslinie
von Fritz Behrens

DISKURS

STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS

HEFT 18

*ALTERNATIVE ÖKONOMIE IN DER
TRADITIONSLINIE VON FRITZ BEHRENS*

HERAUSGEGEBEN VON HANS-GEORG DRAHEIM,
ROLF EMMRICH UND DIETER JANKE

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2005

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS
· Heft 18 ·

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2005 ·
Harkortstraße 10 · 04107 Leipzig
Tel. 03 41 / 9 60 85 31, Fax 03 41 / 2 12 58 77
Redaktion und Satz: Olaf Kirchner ·

*Umschlag unter Verwendung eines Fotos von Fritz Behrens,
Aufnahme um 1955, mit freundlicher Genehmigung
von Hannamaria Loschinski ·*

*Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1 · D-04435 Schkeuditz ·*

ISBN

INHALT

Vorwort der Herausgeber (5)

I. Sozialistischer Gedanke und ökonomische Alternative (7)

*Gerhard Zwerenz: Bloch, Behrens und der Chinesische Drache –
Anmerkungen zum Verschwinden der Sowjetunion und
zur praktizierten Form der Reformation des Marxismus
in Asien und anderswo (9)*

*Dieter Janke: Von der wissenschaftshistorischen Analyse
zur »Sklavensprache« – Fritz Behrens und
die Geschichte der politischen Ökonomie (21)*

*Stanislav Holubec: Konterrevolution oder demokratischer Sozialismus.
Die heutige Diskussion über
den Prager Frühling 1968 in Tschechien (37)*

Isa Kreft: Zur Lektüre von Behrens an einem Beispiel (49)

II. Ökonomie, Gerechtigkeit und Solidarität (53)

*Günter Krause: Über Behrens' Beitrag zu einer Theorie
alternativer Ökonomie (55)*

*Karl Georg Zinn: Behrens und Keynes.
Von der radikalen Reform zur Transformation (67)*

*Eva Müller: Das gesellschaftliche Gesamtprodukt oder
die Bruttowertschöpfung als Ausgangspunkt
volkswirtschaftlicher Analysen (87)*

*Horst Richter: Fritz Behrens zur Theorie bzw. zu Problemen
der produktiven und unproduktiven Arbeit (93)*

Klaus Müller: Behrens und Kautsky über Kapitalwanderungen (103)

4 INHALT

Joachim Bischoff: Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie – Behrens und die gegenwärtige Linke (121)

Hans-Georg Draheim: Peter Carl Caldwell über die ökonomischen Auffassungen von Fritz Behrens und Arne Benary (135)

Autorenverzeichnis (141)

Weitere Hefte der Reihe »Diskurs« (143)

Vorwort der Herausgeber

Wer frei von jeglichen Klischees der Frage nach dem Bleibenden aus der fast vierzigjährigen Geschichte der Wirtschaftswissenschaften in der DDR nachgeht, wird sich der Faszination des ebenso breit gefächerten wie auch unorthodoxen Wirkens von Fritz Behrens (1909–1980) nicht entziehen können. Als marxistischer Politökonom und Statistiker stand er in den vierziger und fünfziger Jahren in vorderster Reihe bei der Begründung der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre und Forschung. Sein undogmatisches und von jeder Provinzialität freies Wissenschaftsverständnis ließ ihn jedoch schon bald mit den sich verfestigenden politischen Strukturen der DDR in Konflikt geraten. Auf sein Diskussionsangebot zum Überdenken der starren staatlichen Leitungsstrukturen Ende der fünfziger Jahre folgten politische Stigmatisierung und zum Teil auch wissenschaftliche Ausgrenzung. Seiner »realen Utopie« von einem demokratisch verfaßten Sozialismus im Sinne einer gerechteren Gesellschaft aber blieb Fritz Behrens selbst dann treu, als er Ende der sechziger Jahre mehr und mehr begreifen mußte, daß eine Reform der stalinistisch geprägten Strukturen jenes »Staatsmonopolismus«, wie er deren ökonomisches Wesen definierte, nicht möglich war. So wurde Fritz Behrens einer der tiefgründigsten marxistischen Kritiker der DDR, ihr Gegner oder gar Feind war er indes nie – ein Dualismus, den die Mehrzahl seiner damaligen Kritiker nicht verstand bzw. nicht verstehen konnte.

Die ihn umgebenden gesellschaftlichen Strukturen, die er mit dem ihm eigenen wissenschaftlichen Tiefgang gedanklich in Zweifel zog, einerseits sowie seine Unkorrumpierbarkeit als Wissenschaftler andererseits machten aus Fritz Behrens einen links-alternativen Ökonomen, dem sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. verpflichtet fühlt. Nach dem Kolloquium von November 1996¹ fand deshalb im März 2005 eine weitere, Fritz Behrens gewidmete wissenschaftliche Veranstaltung in Leipzig statt, die historische wie auch aktuelle Fragen links-alternativer Wirtschaftstheorie und -politik in seiner Traditionslinie zum Gegenstand hatte. Im vorliegenden Protokollband sind die meisten der

1 Siehe Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999.

6 *VORWORT*

auf dem Kolloquium gehaltenen und eingereichten Beiträge zusammengefaßt. Mit ihrer Veröffentlichung verbinden wir die Hoffnung, die Diskussion um alternatives ökonomisches Denken im Sinne von Fritz Behrens zu bereichern.

Die Herausgeber

Leipzig, September 2005

I.
Sozialistischer Gedanke und
ökonomische Alternative

Gerhard Zwerenz
Bloch, Behrens und der Chinesische Drache
Anmerkungen zum Verschwinden der Sowjetunion
und zur praktizierten Reformation des Marxismus
in Asien und anderswo

Am 9./10. Oktober 2004 stand im »Neuen Deutschland« ein Artikel von Hans-Georg Draheim über den 1980 verstorbenen Fritz Behrens, der von seinen staatsmonopolistischen Gegnern Ulbricht, Honnecker, Mittag ständig sabotiert und dadurch in Krankheit und Verzweiflung getrieben worden ist. Über die Kernfragen bei Behrens heißt es im »Neuen Deutschland«: »... die individuelle Motivation der Menschen war für ihn die wichtigste Voraussetzung für eine Alternative zum Kapitalismus [...] der späte Behrens, der in den siebziger Jahren bis zu seinem Tode dem Studium der Politischen Ökonomie, vor allem des Sozialismus, verpflichtet blieb, unternahm den Versuch, die tiefergehenden Ursachen für die Krise der Linken zu finden [...] Schließlich versuchte Behrens, die Frage zu beantworten, ob eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus, ob Sozialismus ökonomisch möglich sei.«¹

Bedenken wir, daß die bürgerliche Ökonomie von der Wissenschaft so sternenweit entfernt ist wie die Astrologie von der Astronomie, und daß der staatsmonopolistischen Ökonomie des Sozialismus mit dem Ende des Ostblocks der Bankrott bescheinigt worden ist, bleibt tatsächlich die entscheidende Frage, ob Bloch im philosophischen und Behrens im wirtschaftlichen Bereich die besseren Lösungen anbieten. Die Fragen nicht akzeptiert, sondern die östlichen Fragesteller verfolgt zu haben, zählt zu den Ursachen des Untergangs. Die Völker sind daran so unschuldig wie die Basis der Parteien. Es versagten die Intellektuellen mit ihrem fatalen Hang zur Sklavensprache, wo klipp und klar hätte geredet werden müssen.

In unserem Buch »Sklavensprache und Revolte – der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West« heißt es: »Die DDR bestand aus zwei Republiken. Die Macht lag in Moskau, von wo den deutschen Vertrauten das untaugliche Modell vorgeschrieben wurde.

1 Hans-Georg Draheim: Der Irrweg des Staatsmonopolismus. In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 9./10. Oktober 2004. S. 22.

In der Gesellschaft aber bildeten sich die Konturen eines anderen Entwurfs heraus. Dies alles unterdrückt zu haben ist die Schuld der Machthaber, die sich und den sozialistischen Versuch damit zur Untauglichkeit verurteilten.

Ganz anders das Beispiel des Fritz Behrens, der, zu keinen Zugeständnissen mehr bereit, von allen Wirkungsmöglichkeiten ausgeschlossen, am Schreibtisch daheim seine Analysen und Warnungen zu Papier brachte. Sein Verzicht auf Sklavensprache war ein Verzicht auf jede öffentliche Einflußnahme. Seine Bitte an mich, für die Publikation im Westen zu sorgen, scheiterte an der Borniertheit unserer BRD-Verlage und auch an meinem gebremsten Engagement, hatte doch Frau Behrens mich unter vier Augen gebeten, dem Wunsch ihres Mannes nicht zu entsprechen, denn neuerliche Aufregung, hervorgerufen durch eine Veröffentlichung im Westen und die darauf wieder einsetzende Repression durch SED und DDR könnten das Leben von Fritz gefährden, der sich eben erst von seinem zweiten Herzinfarkt erholte.

Wir sehen in Menschen wie Behrens mit ihrer nicht zu unterdrückenden Wahrheitsliebe und dem unkorruptierbaren Scharfblick die wahren Zeitzeugen. Statt es sich opportunistisch, mit verlegener List, in der Sonne der Macht wohl sein zu lassen, gehen sie, ohne Trauer, jedoch mit dem Zorn der Gerechten, den schweren Gang in die Anonymität. Wenn es denn Helden gibt, hier sind sie, wenn auch von keinem Nietzsche zum Übermenschlichen geadelt.«²

So steht's in unserem Bloch-Buch. Wer sich mit der unterdrückten ökonomischen Theorie von Behrens befassen will, findet vom bereits erwähnten Hans-Georg Draheim einen umfassenden Text in »Utopie kreativ«. Unter dem Titel »Fritz Behrens und Arne Benary als kritische Vordenker einer sozialistischen Wirtschaftstheorie« wird die Grundfrage, ob Sozialismus ökonomisch überhaupt existenzfähig sei, abgehandelt,³ was zugleich bedeutet, er ist ohne eigene Ökonomie nicht möglich, auch wenn die Staatsmacht sich in Händen der Partei befindet, wie es in Moskau und Ostberlin der Fall gewesen ist.

² *Ingrid und Gerhard Zwerenz: Sklavensprache und Revolte – der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West. Hamburg, Berlin 2004. S. 428.*

³ *Siehe Hans-Georg Draheim: Fritz Behrens und Arne Benary als kritische Vordenker einer sozialistischen Wirtschaftstheorie. In: UTOPIE kreativ. Berlin (Oktober 2002)144. S. 920ff.*

Das zwingt zu einem grundsätzlichen Umdenken der ökonomischen und philosophischen Theorien des Marxismus unter modernen Aspekten.

Die ungleichzeitigen Klassen

In Lotte Arndts Kuba-Bericht⁴ ist von der »Ungleichzeitigkeit der Reformen« in Kubas Politik und Wirtschaft zu lesen. Diese Kategorie der Ungleichzeitigkeit hat es in sich.

Im selben Heft erwähnt Mario Kessler den exemplarischen Konflikt zwischen Jürgen Kuczynski und seiner Parteiobrigkeit: »Er vertrat die Ansicht, es gebe spezielle soziologisch-historische Gesetze, die von den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des historischen Materialismus zu unterscheiden seien. Vor allem aber wies Kuczynski in seinem Werk »Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie« auf kleinbürgerliches und nationalistisches Massenbewußtsein unter den europäischen Arbeitern hin. Nicht nur die Spitze der SPD, sondern die Arbeiterklasse sei mehrheitlich anfällig für die Kriegspropaganda der Herrschenden gewesen. Die Marxisten, darunter auch Lenin, hätten dies völlig unterschätzt. Die parteioffizielle Zurückweisung trug alle Zeichen einer Kampagne gegen Kuczynski. Zahlreiche Historiker der DDR wurden genötigt, gegen ihn Stellung zu nehmen [...] Er forderte seine Schüler auf, unbedingt gegen ihn Stellung zu beziehen, damit ihm keine fraktionelle Tätigkeit unterstellt werden könne.«⁵

Kuczynskis prekäre Situation wurde schon im Oktober 2004 in einem freimütigen Artikel des früheren MfS-Offiziers Wolfgang Hartmann geschildert, der aus Sicht des Geheimdienstes von Unverständnis und harscher Ablehnung gegenüber Kuczynski und Diskriminierung von Behrens spricht: »Ist es verwunderlich, wenn im Feindbild von Betroffenen das MfS in keinem guten Ansehen [...] stand?«⁶

Wie sich leicht erkennen läßt, geht es in all diesen Konstellationen um jene »Ungleichzeitigkeit«, über die Lotte Arndt am Beispiel Kubas reflektiert, welcher Begriff jedoch von orthodoxen Marxisten-

4 Siehe Lotte Arndt: *Der kubanische Sozialrealismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts*. In: *Ebenda*. Berlin (Januar 2005) 171. S. 21ff.

5 Mario Kessler: *Jürgen Kuczynski – ein linientreuer Dissident*. In: *Ebenda*. S. 44.

6 Wolfgang Hartmann: *MfS: Selbstbilder und Feindbilder*. In: *Ebenda*. Berlin (Oktober 2004) 168. S. 930.

Leninisten nicht akzeptiert wird. Kuczynski verstieß dagegen und reagierte auf die Anwürfe per Selbstkritik, wozu Mario Kessler bemerkt: »Damit verhielt sich Kuczynski strategisch geschickt. Ernst Bloch beispielsweise verhinderte nicht eine Solidarisierung seiner Leipziger Schüler mit ihm, die gleichfalls gemäßregelt wurden. Dies hatte Entlassungen, Exmatrikulationen, Verhaftungen und die erzwungene Flucht einiger Schüler Blochs in den Westen zur Folge. Bloch lehnte jede öffentliche Selbstkritik ab.«⁷ Kessler verweist hier auf unser Buch »Sklavensprache und Revolte« und definiert Kuczynskis Verhalten als »strategisch geschickt«, obgleich man es als »taktisch geschickt« einordnen müßte.

Blochs Revolte war hingegen 1956/1957 taktisch ungeschickt, strategisch jedoch trotz der Folgen notwendig. Bloch hätte sonst einen wesentlichen Teil seines Lebens und Werkes zurücknehmen müssen, denn der Begriff »Ungleichzeitigkeit« wurde von ihm im konkreten antifaschistischen Widerstand entwickelt und erprobt. Man lese das in unseren Anmerkungen und bei Bloch in »Erb-schaft dieser Zeit« nach. Es geht dabei nicht um einen bloßen formalen Streit um Worte, vielmehr wird ein prinzipieller Fehler marxistischer Theorie und Praxis diagnostiziert, der fatalerweise zum Sieg des Faschismus beitrug.

Blieb Kuczynski mit seinem Rückzug parteitreu innerhalb der Sklavensprache, mußte Bloch sie ablegen, was sofort als die politische und existentielle Revolte erkannt wurde, der man mit rigorosen Strafmaßnahmen begegnete.

Der Ökonom und der Philosoph

Symptomatisch ist das Verhalten des sowohl mit Bloch wie Kuczynski befreundeten Fritz Behrens, der sich lange Zeit auch taktisch klug zu verhalten gezwungen sah, die Revolte ab 1967 aber bevorzugte, als er erkennen mußte, in der »strategischen« Variante des Rückzugs hätte er sich und seine neuen Erkenntnisse verleugnen müssen. Deshalb sein stringentes Urteil, daß die »Planwirtschaft in der DDR [...] administrativ, bürokratisch, zentralisiert und damit [...] nicht sozialistisch«⁸ sei.

7 Mario Kessler: Jürgen Kuczynski – ein linientreuer Dissident. In: Ebenda. Berlin (Januar 2005)171. S. 44.

8 Jörg Roesler: Behrens und Berger – Zur Rolle des Behrensschülers und Ulbricht-beraters Wolfgang Berger in der Wirtschaftspolitik der SED. In: Eva Müller/Man-

Wie eng das Verhältnis zwischen dem Wirtschaftswissenschaftler und dem Philosophen war, zeigt der Vergleich von Blochs Rede auf der Berliner Freiheitskonferenz im März 1956 mit dem Behrens-Referat beim Kolloquium in Frankfurt am Main im September 1967, wo Behrens, sich auf Marx und Blochs »Tübinger Einleitung in die Philosophie« berufend, seine eigenen Vorstellungen einer sozialistischen Ökonomie entwickelte und dabei die Chance wahrnahm, unverblümt seine Meinung zu sagen und auf Sklavensprache zu verzichten. Ähnlich hatte Bloch elf Jahre zuvor bei der Freiheitskonferenz die Möglichkeit genutzt, doch beiden schlug der beherzte Vorstoß ins Land eines reformatorischen Marxismus nicht zum Wohle aus. Für den einen wie den anderen endete es mit der Vertreibung aus dem Paradies der Universitäten und ihrer Privilegien. Bloch führte 1956 die relevanten Fakten exakt auf: »Der Sozialismus hat zwar eine Reihe von Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie durch neugeschaffene Produktions- und Distributionsbedingungen aufgehoben (so das Gesetz des Mehrwerts, der absoluten und relativen Verelendung, der Durchschnittsprofitrate, der Konkurrenz, der Krisen). Nicht aufgehoben, sondern in ihrer Gültigkeit nur eingeschränkt sind dagegen andere Gesetze der Warenwirtschaft, die gerade dem Übergang vom Kapitalismus über den Sozialismus zum Kommunismus notwendig eigen sind (so vor allem das Wertgesetz, das Gesetz der Waren- und Geldzirkulation, kurz der allgemeine Bedingungs-zusammenhang der Warenzirkulation statt des erst kommunistisch möglichen Produktionsaustauschs).«⁹

Zu subsumieren sind Blochs Sätze unter dem Begriff des vernachlässigten *subjektiven Faktors*, wobei seine ökonomischen Einsichten Resultat früherer Leipziger Begegnungen sind, wie mir Behrens bestätigte, als ich ihn 1967 in der Kölner Wohnung von Walter Fabian traf. Der Chefredakteur der »Gewerkschaftlichen Monatshefte« und Behrens kannten sich seit den dreißiger Jahren aus gemeinsamen antifaschistischen Aktionen. Die alten solidarischen Bande verhalfen Behrens Mitte der siebziger Jahre zum Aufenthalt in einer Reha-Klinik in Bad Orb. Als er anrief und ein Treffen anregte, antwortete ich verblüfft, er wisse doch, daß ich die DDR

fred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999. S. 48.

9 Ernst Bloch: Philosophische Aufsätze zur objektiven Philosophie. Frankfurt am Main 1985. S. 595.

nicht betreten dürfe. Erst als klar wurde, er telefonierte aus dem Kurort im nahen Spessart, fuhren Ingrid und ich hin. Wir fanden ihn zusammen mit seiner besorgten Ehefrau, die ihren euphorisch gestimmten Mann etwas zu dämpfen versuchte, weil sie einen dritten Herzinfarkt bei ihm fürchtete, waren doch die Folgen des zweiten nicht auskuriert. Behrens erhoffte sich noch einiges von der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung. Blochs Jugoslawien-Bild glich dem seines Freundes Fritz und war bestimmt durch die jährlichen Treffen der Linken auf der Insel Korcula. Meine eigenen Jugoslawien-Sympathien erwiesen sich nach einer längeren Reportagereise durch das Land hingegen als schwer erschüttert, ich fürchtete schon damals ein Scheitern des Modells, was ich Behrens gegenüber nicht verschwieg.

Nach Jugoslawien China

Sind Blochs Hoffnungen und Vorstellungen wie die von Behrens mit dem Ende Jugoslawiens durchkreuzt und enttäuscht worden, finden sie mit der Entwicklung Chinas eine unerwartete und zugleich fragwürdige Bestätigung. Eben weil die Kardinalfrage einer sozialistischen Ökonomie unbeantwortet geblieben ist, sucht China seinen spezifischen Ausweg im Experiment eines Kapitalismus im Sozialismus. Was das nach sich ziehen kann, ist bisher von keiner Seite genauer reflektiert worden, doch die Notwendigkeit des Auswegs wird plausibel, bedenkt man die Alternative – ein ökonomisch stagnierendes China würde von den USA beseitigt wie der Ostblock.

Behrens war dieser Aspekt schon 1967 nicht fremd. Er berief sich auf eine innerchinesische Diskussion vom Kampf zwischen Stadt und Land: »In einem gewissen Sinn besteht die gegenwärtigen Weltrevolution auch in einer Lage, bei der die Städte durch die ländlichen Gebiete eingekreist sind.«¹⁰ (*Lin Biao 1965*) Mit Berufung auf den jungen Marx schließt Behrens daraus, daß der von den »Städten ausgehende Kommunismus« eine »große Steigerung der Produktionskraft, einen hohen Entwicklungsgrad« vorausset-

10 Fritz Behrens: Erste Fassung der Rede zum Colloquium »Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre ›Kapital‹ in Frankfurt am Main im September 1967. In: Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999. S. 138.

ze bzw. bewirke. Wir sehen heute erst, wie gleichsam prophetisch Behrens anno 1967 Chinas gegenwärtige Situation prognostizierte. Kein Wunder, daß ihn das Politbüro verstieß. Stalins Losung vom »Sozialismus in einem Land«, bereits von Trotzki bekämpft, weil nur die permanente Weltrevolution den Sieg des Kapitals verhindern könne, erfährt eine neue überraschende Wendung, indem das Scheitern der Sowjetunion und der DDR zur chinesischen Transformation führt – der Sozialismus nimmt das Globalkapital in sich auf und schafft eine Vielzahl hochproduktiver Megastädte.

Ob die Verbindung von chinesischer Pragmatik und Parteienergien zur geglückten Mischung oder zur Konterrevolution führt, vermag kaum jemand abzuschätzen. Allerdings herrscht die KP in Peking noch, im Gegensatz zur russischen und deutschen, die ihre Niederlagen mit der Treue zu alten Dogmen vorbereiteten, bis ein rheinischer Kohl sie aufkaufte.

Die revolutionären Zentren

Fassen wir alle diese antagonistischen Widersprüche zusammen, ergibt sich die dringende Forderung nach einer grundsätzlichen Reformation des Marxismus, soll er die lange Phase seiner aktuellen Stagnation überwinden.

Aus heutiger Perspektive betrachtet ist Stalins These vom Sozialismus in einem Land nachhaltig gescheitert und Trotzki's permanente Revolution im so nicht vorgesehenen Sinn variiert worden. Während die USA und Europa zur Erweiterung ihrer Märkte Grenzen auflösen oder die Länder per Installation von Satellitenregimen zugänglich machen, bilden sich in Lateinamerika und Asien revolutionäre Zentren heraus, die weiterhin auf Grenzen angewiesen sind, um nicht den Marktexpansionen des Globalkapitals zum Opfer zu fallen. In Lateinamerika geschieht dies ansatzweise im Zusammenspiel einiger Regierungen und Parteien samt nationalen Kapitalgruppen unter Nutzung verschiedener regionaler Klassenstrukturen. Asien aber bildet mit dem chinesischen Schwerpunkt das duale Zentrum globalkapitaler Basis bei fortdauernder Macht von Partei und Staat. Dieser kapitalistische Sozialismus oder sozialistische Kapitalismus erweckt den Eindruck von hölzernem Eisen. Tatsächlich zögert die Führung nicht, bei Gefährdung ihrer Macht Panzer auffahren zu lassen. Zugleich wird die ursprüngliche Akkumulation wie die sich selbst steigernde Akkumulation der

Akkumulation gefördert, ungeachtet der Lasten, die es für breite Bevölkerungsschichten mit sich bringt. Neuerdings wird die Kapitalisierung der Sonderwirtschaftszonen sogar in Richtung der ärmlich verbliebenen Landregionen ausgedehnt, während chinesisches Kapital zugleich massiv auf den Weltmarkt vordringt. Inwiefern dieses Modell noch marxistischen Ideen entspricht, ist schwer zu beurteilen. Schließlich weist es nahezu alle Symptome ursprünglicher Akkumulation auf, die aus der Geschichte der Industrialisierung Europas und den USA bekannt sind. Indessen achtet die Klasse der Mächtigen in Partei und Staat unverändert streng darauf, die Oberhand zu behalten. Es ist fast wie einst in Japan, wo im beschleunigten industriellen Nachholprozeß ebenfalls das alte Herrschaftsgefüge intakt blieb. Nur ist es in China nicht die traditionelle Feudalschicht, sondern ein per maoistischer Revolution neugebildeter sozialistischer Parteiadel.

Europas Dritter Weg?

Die von Marx wie Trotzki und Bloch erstrebte sozialistische Freiheitsrevolution steht nach wie vor aus. Vielleicht kommt sie nie. Bisher aber gab es in China auch keinen Zusammenbruch oder Untergang. Fragt sich, ob das monumentale Experiment Übergang ist oder Dauer hat. Falls es dauern, also gelingen sollte, stellt sich der mit dem Ende der Sowjetunion vergangene Kampf zweier Supermächte um die Weltherrschaft erneut her, was Europa die Chance eines neuen dritten Weges eröffnete. Soweit es die marginalisierten marxistischen und sozialistischen Bewegungen betrifft, liegt eine Pluralisierung nahe, die inhaltlich als Reformation des Marxismus verstanden werden kann. Am schwersten zu begreifen ist dabei der besondere chinesische Weg eines globalisierenden Kapitalismus unter dem Oberkommando einer kommunistischen Partei. Nach traditioneller Vorstellung ist das unmöglich, wie es vor 1989/1990 undenkbar gewesen ist, BRD und DDR zu vereinen, der DDR aber ihre sozialistische Souveränität derart zu belassen wie die kommunistische Partei in China dem Kapital Freiräume zubilligt. Den westdeutschen Politikern und ihrem Kapital fehlte es an Weltgeist und Weitsicht.

Mit Bloch gesagt befinden wir uns damit im Land konkreter Utopien. Gelingt es nicht, eine autarke sozialistische Ökonomie zu schaffen, kraft derer sie der Wirtschaftsordnung des Kapitals

überlegen ist, muß der Kapitalismus vom Sozialismus zumindest temporär engagiert werden. Was daraus resultiert, bleibt vorerst offen. Fürs erste gehen die chinesischen Kommunisten taktisch klug und phantasievoll ihren ganz eigenen so revolutionären wie traditionellen Weg.

Ernst Bloch erzählt in mehreren Varianten die Geschichte vom Reiter, der aus seinem Dorfe flieht, in dem mörderische Drachen hausen. Unterwegs nimmt er ein hilfesuchendes Mädchen zu sich aufs Pferd, das sich bald ebenfalls als mörderisch herausstellt und ihn umbringt. Vielleicht gibt es noch eine andere Version der Geschichte. Das Mädchen tötet ihn nicht und hilft ihm statt dessen beim Ritt ins rettende Land. Das ist nun zu schön, um wahr zu sein. Zumal uns die Antwort auf die Behrens-Frage, ob Sozialismus ökonomisch möglich sei, immer noch fehlt.

Schach statt Mühle?

Anno 1968 erschien in Westberlin die »VoltaireFlugschrift« Nr. 13 »China. Der deutschen Presse Märchenland« von Günter Amendt. Gleich zu Anfang heißt es, der Bericht informiere »über die jüngsten Vorgänge in China« und Peking wolle sich an die »Spitze der kommunistischen Weltbewegung setzen [...] Chinas Rote Garde bereitet sich [...] auf einen Weltkrieg vor.«¹¹

Fast vier Jahrzehnte später sind die Roten Garden Geschichte, und Günter Amendt ist ein frommer Mann, China aber beherrscht die Presse als kapitalistisches Märchenland. Dennoch liest sich die Flugschrift von vorgestern wie von übermorgen. Vor der Weisheit einer uralten chinesischen Kultur nimmt sich das verblüffte waffengeile US-Imperium aus wie ein Provinzschauspieler, der seinen bigotten Präsidenten darstellen will und über die Figur eines besoffenen Sheriffs nicht hinauskommt. Das Dilemma aber ist auch unseres: Weil eine sozialistische Ökonomie fehlt, die dem Kapital Paroli bieten kann, behelfen die Chinesen sich mit dem Konstrukt ihres kapitalistischen Sozialismus. Das Experiment ist für traditionelle Marxisten mindestens so fremdartig wie es 1917 die Leninsche Oktoberrevolution ausgerechnet im asiatisch zurückgebliebenen Rußland gewesen ist. Möglicherweise werden wir unsere Köpfe entrümpeln und die Freiheit unserer Herzensphantasien neu

¹¹ Günter Amendt: *China der deutschen Presse Märchenland. In: VoltaireFlugschriften. Berlin (1968)13. S. 3.*

erfinden müssen. Oder wie Bloch sagte: Schach statt Mühle spielen. Es könnte sein, daß die Berliner Republik und das rote goldene China sich als enger verbunden herausstellen als bisher angenommen wurde.

Für Fritz Behrens bestand »Schach statt Mühle« in der Forderung, das als Volkseigentum firmierende Staatseigentum in Gruppeneigentum zu verwandeln und damit das Interesse der Produzierenden zu stimulieren. Setzte Bloch auf den »subjektiven Faktor« und suchte Wolfgang Harich mit seiner »Plattform« und seinem »Memorandum« einen reformerischen Ausweg, fügte Behrens die entscheidende Frage nach der fehlenden sozialistischen Ökonomie hinzu. Die Partei verschloß sich allen diesen Vorschlägen. Es folgte das von minimalen Korrekturversuchen unterbrochene Vierteljahrhundert der Stagnation, die 1989 folgerichtig in Agonie überging.

Anderthalb Jahrzehnte danach verfällt das uneinig vereinigte Deutschland insgesamt der Stagnation und der Erdball erzittert unter einer unendlichen Reihe von Krisen und Konflikten, mit denen die nächsten Weltkriege vorbereitet werden. Im postmaoistischen rotgoldenen China aber ringen im geheim tagenden ständigen Ausschuß des Volkskongresses drei Fraktionen um den künftigen Kurs – die erste ist maoistisch, die zweite sozialdemokratisch, die dritte globalkapitalistisch. Das Revolutionäre besteht darin, daß die drei zusammenhalten. Falls der rote Drache noch besiegt werden sollte, käme es zu globalen Erschütterungen, denn Chinas wirtschaftliche und finanzielle Verflechtungen sind selbst für die USA konstituierend geworden. Die Mahnungen des Fritz Behrens würden ein letztes Mal erinnert, dazu die ungenutzte Korrekturchance der früheren DDR. Gelingt jedoch das rote Drachen-Experiment, ist die marxistische Revolutionstheorie reif zur nachholenden Reformation.

Nach den jüngsten zugänglichen Daten wächst die chinesische Wirtschaft stärker als die indische: »Während in China heute die Zahl jener, die von einem Dollar leben, um 400 Millionen niedriger ist als vor 20 Jahren, verringert sich diese Armut in Indien nur um 70 Millionen [...] Das gibt Anlaß, über den Zusammenhang von Demokratie und Marktwirtschaft nachzudenken.«¹² Dies ist der Punkt, bei dem wir auf die Frankfurter Rede des Fritz Behrens im Jahr 1967 zurückkommen müssen. Nach dem Verweis auf Bloch

zitiert er aus Marxens Vorwort »Zur Kritik der politischen Ökonomie«: »Eine Gesellschaftsform geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.«¹³ Ich halte es für eine Aufgabe revolutionärer Solidarität, das chinesische Experiment unter diesem Aspekt zu begleiten. Die wahre Bedrohung für China und die gesamte Welt liegt denn auch auf einem anderen Feld – es ist die Endlichkeit aller verfügbaren Ressourcen: Man kann nicht mehr davon konsumieren als die Vorräte hergeben. Schicken sich über zwei Milliarden Chinesen und Inder an, Öl zu einem nicht angemessenen Preis und in solchen Mengen zu verbrauchen wie die USA, schaffen Kapitalisten und Sozialisten gemeinsam die Hölle auf Erden. Damit wird aus der Ökonomie-Frage wieder das Überbauphänomen der politischen Kriegsverhinderung mit Blochs Devise »Kampf, nicht Krieg.«

13 Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 13. S. 9.

Dieter Janke
Von der wissenschaftshistorischen Analyse zur
»Sklavensprache« – Fritz Behrens und
die Geschichte der politischen Ökonomie

Wer sich mit Fritz Behrens als Wirtschaftswissenschaftler beschäftigt, kommt an seinen Beiträgen zur Geschichte der Politischen Ökonomie nicht vorbei. Günter Krause hat bereits 1996 während des IV. Walter-Markov-Kolloquiums eine grundsätzliche Wertung seiner Pionierleistungen für die wirtschaftswissenschaftliche Theoriengeschichte in der DDR vorgenommen.¹ Er nennt Behrens zu Recht den »Gründungsvater« jener Disziplin, die an allen Hochschulen, die in der DDR auf wirtschaftswissenschaftlichem Gebiet ausbildeten und forschten, mehr oder weniger vertreten war. An den wichtigsten wie in Berlin, Leipzig oder Halle gab es gar eigene Lehrstühle. Mit dem Verschwinden der DDR allerdings verschwand auch die Geschichte der politischen Ökonomie wieder als akademische Forschungs- und Lehrdisziplin. Im Zuge der Umstrukturierung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft Anfang der neunziger Jahre verabschiedete sich die Geschichte der politischen Ökonomie selbst in die Geschichte – bzw. sie wurde verabschiedet.

Es ist gleichfalls das Verdienst für Günter Krause, Grundsätzliches über deren Rolle im akademischen Forschungs- und Lehrbetrieb der DDR zu Papier gebracht zu haben.² Auf Fritz Behrens' Schultern standen dabei alle Akteure. Seit 1956 konnten sie die Niederschrift der an der Karl-Marx-Universität seit den Jahren seit 1946 gehaltenen Vorlesungen³ nutzen, die die methodischen Ba-

1 Siehe Günter Krause: *Fritz Behrens und die Geschichte der politischen Ökonomie*. In: Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): *»Ich habe einige Dogmen angetastet ...«*. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999 (im weiteren *»Ich habe einige Dogmen angetastet ...«*). S. 88ff.

2 Siehe Günter Krause: *Reflexionen über eine Wissenschaftsdisziplin in der DDR. Das Beispiel der Geschichte der Politischen Ökonomie*. In: *Zur Kritik der deutsch-deutschen Ökonomie. Konzeptionen, Positionen und Methoden wirtschaftswissenschaftlicher Forschung in Ost und West*. Marburg 1996. S. 147ff.

3 Siehe Fritz Behrens: *Grundriß einer Geschichte der Politischen Ökonomie*. Berlin 1956.

sis der Disziplin lieferte und deren inhaltlichen Rahmen exemplarisch absteckte. Im Unterschied zu all seinen Nachfolgern, die sich orientierend oder auch kritisch an Behrens' Band reiben konnten, hatte jener »Grundriß« keinerlei Vorbilder. Er kann deshalb als Grundstein der Geschichte der politischen Ökonomie in der DDR bezeichnet werden. Sein einleitendes Kapitel »Zur Methode der Geschichte der politischen Ökonomie« legte die Maßstäbe für Behrens historisch-kritische Aufarbeitung des ökonomischen Denkens fest. Ohne auf sie explizit Bezug zu nehmen, sind alle späteren Darstellungen zur Geschichte der politischen Ökonomie in der DDR methodisch im wesentlichen im Rahmen jener Überlegungen geblieben. Hier indes liegt zugleich auch der Schlüssel zur Beantwortung der Frage nach dem letztendlichen Zweck, den Behrens mit seinen theorienhistorischen Untersuchungen und Darlegungen verfolgte. Auch sein vierbändiges Hauptwerk, das er nicht mehr »Grundriß einer Geschichte der politischen Ökonomie« sondern »Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie« nannte, folgt jenem Anbauplan. Doch nicht nur jener wahrscheinlich eher auf formale Gründe zurückzuführende Unterschied trennt beide Editionen. Sieht man vom 1962 erschienen ersten Band ab, der für eine Übergangszeit steht, liegen zwischen beiden ca. 20 Jahre. 20 Jahre, die, wie wir heute wissen, Fritz Behrens wissenschaftliches und auch politisches Selbstverständnis beträchtlich verändert haben. Ich will es an dieser Stelle zunächst als These formulieren: Trotz aller Gemeinsamkeiten und Parallelen seiner theorienhistorischen Veröffentlichungen in den fünfziger Jahren einerseits und den Siebzigern andererseits unterscheiden sich deren Funktionen für Behrens selbst beträchtlich. Waren seine Vorlesungen zur Geschichte der politischen Ökonomie in den frühen Jahren seines wissenschaftlichen Wirkens noch Ergebnis relativ unbefangenen wissenschaftlichen Arbeitens – nicht zuletzt auch deshalb, weil der spätere Konflikt mit seiner politischen Umgebung und der »Offizialwissenschaft« kaum spürbar war –, trat jene produktive wissenschaftliche Funktion später nahezu in den Hintergrund. Behrens Veröffentlichungen zur Geschichte der politischen Ökonomie nach seinem nicht nur formalen Ausstieg aus dem offiziellen Wissenschaftsbetrieb Ende der sechziger Jahre sind auf aufgrund tiefer liegender Ursachen ein Torso geblieben und waren seine Art der »Sklavensprache« – die einzige ihm noch mögliche Art und Weise, sich in der DDR öffentlich mitzuteilen.

*Behrens' Wissenschaftsprogramm für eine Geschichte
der politischen Ökonomie in den fünfziger Jahren*

Die Stärke der lehrbuchhaften Darstellungen von Fritz Behrens zur Geschichte der politischen Ökonomie liegt zweifelsohne in der Stringenz der dabei zugrundegelegten Methode. Es verwundert daher nicht, daß sowohl der Band von 1956 als auch der erste Band seines vierbändigen Hauptwerkes mit ebenso umfangreichen wie tiefer gehenden methodischen Einleitungen beginnen. Mit ihnen steckt er nicht nur den Rahmen dessen ab, was zu einer solchen Theorien- bzw. Wissenschaftsgeschichte gehört. Behrens definiert hier auch den Anspruch, den seiner Meinung nach derartige Untersuchungen zu genügen hätten.

Zunächst arbeitet er den Gegenstand der Disziplin heraus. Eine Geschichte der politischen Ökonomie muß vor allem Klarheit darüber haben, was politische Ökonomie überhaupt ist. In Polemik mit der 1948 erschienenen »Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorie« von Alfred Kruse greift Behrens u. a. die von Friedrich Engels' im »Anti-Dühring« gegebene Definition zum Gegenstand der politischen Ökonomie auf.⁴ Die politische Ökonomie im weitesten Sinne, heißt es hier, sei die Wissenschaft, die die Gesetze zu untersuchen habe, nach denen sich Produktion und Austausch des materiellen Lebensunterhaltes in allen geschichtlichen Epochen regeln. Davon zu unterscheiden sei die politische Ökonomie im engeren Sinne, die für die Untersuchung jener Gesetze in bestimmten geschichtlichen Epochen zuständig sei. Letztere sei indes bislang nur als politische Ökonomie des Kapitalismus entwickelt worden, die sich aufgrund antagonistischer Klasseninteressen als bürgerliche Disziplin mit objektiven Erkenntnisgrenzen einerseits und als proletarische, die über kapitalistische Formation hinaus zudenken vermag, andererseits entwickelt habe.

Für die Wissenschaftsgeschichte wiederum bedeutet das nach Behrens, sich von der vorwiegend subjektivistischen »bürgerlichen Dogmengeschichte« abzugrenzen. Die Geschichte der politischen Ökonomie sei keine zusammenhangslose Sammlung oder Aufzählung von Tatsachen und Lehrmeinungen, »sondern das Aufzeigen und Darstellen der Notwendigkeit ihrer Entwicklung am Leitfaden der materiellen Produktion«.⁵ Sie müsse demnach die Geschichte

⁴ Siehe dazu und im folgenden ebenda. S. 1ff.

⁵ Ebenda. S. 11.

der Entdeckung und Entwicklung vor allem solch zentraler Kategorien wie der des Wertes oder des Mehrwertes aufdecken und erklären. Fritz Behrens hoher Anspruch an eine politökonomische Theoriengeschichte verbindet sich demnach nicht nur mit den Fragen nach dem Was und Wie der Einsichten und Darstellungen sondern vielmehr mit dem Warum. Wissenschaftliche Erkenntnis ist für ihn ein Prozeß, der »objektiven Gesetzmäßigkeiten« unterliegt – einmal weil sich der Untersuchungsgegenstand, die sozialökonomischen Verhältnisse, selber nach objektiven Gesetzen entwickeln, zum anderen aber auch, weil die erkennenden Subjekte jeweils »Kinder ihrer Zeit« sind. Aufgabe einer »*wissenschaftlichen* Geschichte der Wissenschaft« wie auch einer wissenschaftlichen Geschichte der politischen Ökonomie muß es daher sein, »von der materiellen Produktion ausgehend, aus ihren Widersprüchen und Problemen auch die Entwicklung der Wissenschaft zu klären und nicht umgekehrt«,⁶ heißt es bei Behrens zusammenfassend.

Auf die Frage, warum man Geschichte der politischen Ökonomie studieren müsse, verweist Behrens schließlich auf die Historizität des Marxismus selbst. Er sei nicht aus dem Nichts entstanden, sondern gleichfalls Produkt seiner Zeit. Letztlich begreifen könne man den Marxismus und seine politische Ökonomie nur in seiner historischen Entwicklung. Sein Erbe zu pflegen heißt für Behrens folglich, »Erarbeitung der unaufgearbeiteten und ungelösten Probleme unserer Wissenschaft und heißt große und befreundete Hilfe aus der Vergangenheit«. ⁷ Wissenschaft ist für Fritz Behrens Freude an Problemen! Wissenschaftsgeschichte in ihrer produktiven Funktion ist dabei Hilfe bei der Problemerkennung und deren Lösung.

Getreu seinem methodischen Leitfaden entwickelt Behrens in den folgenden Kapiteln die Grundlinien der politökonomischen Theoriengeschichte. Von der »politischen Ökonomie in den vorkapitalistischen Produktionsweisen« kommt der zur »Entstehung der wissenschaftlichen Ökonomie« in Form der bürgerlichen Klassik bei Adam Smith und David Ricardo. Es folgt deren Aufhebung in der »politischen Ökonomie des Marxismus-Leninismus«, während sie als bürgerliche Disziplin für ihn wie ehemals bei Marx zur Vulgärökonomie verkommt, die aufgrund ihrer objektiven Erkenntnis-

6 *Ebenda*. S. 16.

7 *Ebenda*. S. 24.

schränken keinen Beitrag mehr zur Weiterentwicklung einer wissenschaftlichen politischen Ökonomie leisten kann.⁸

Gekrönt wird die Geschichte der politischen Ökonomie in Behrens' »Grundriß« von 1956 im Marxismus. Auf ihn läuft aller Erkenntnisfortschritt hinaus. Im Kampf gegen den Revisionismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts habe die Marxsche politische Ökonomie schließlich ihre konsequente Fortsetzung durch Lenin und Stalin gefunden. Behrens ist hier noch voll und ganz auf der Linie der sich unter anderem durch seine Mitwirkung etablierenden marxistisch-leninistischen »Offizialwissenschaft«. Lenin ist für ihn der einzig legitime Erbe von Marx. Stalin wiederum steht im »Grundriß« noch in der Reihe der Klassiker. Das verwundert nicht, schließlich wurden die Manuskripte im Prinzip 1953 abgeschlossen. Der Kapitalismus in seiner, von Stalin aufgezeigten allgemeinen Krise sieht Behrens noch vor Ablauf des Jahrhunderts untergehen.⁹ Lenin hingegen habe »den geraden und direkten Weg zum Sozialismus gezeigt ...«. ¹⁰ Während sich der Kapitalismus in immer tiefere Krisen hinein bewege, schreite der Sozialismus unaufhaltsam von Sieg zu Sieg. Das dafür nötige wissenschaftliche Rüstzeug liefere die politische Ökonomie des Sozialismus, deren Grundlagen wiederum Lenin geschaffen hätte. Stalin indes sei »ihr eigentlicher Schöpfer«. ¹¹ Er, so Behrens, habe die historischen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der vom feindlicher Umkreisung bedrohten Sowjetunion verallgemeinert und neben der Begründung für den Aufbau des Sozialismus in einem Land auch die Theorie von der sozialistischen Industrialisierung und der Kollektivierung in der Landwirtschaft ausgearbeitet.

8 Auf letztere Fragestellung und die damit verbundenen Probleme auch für die spätere ökonomische Theoriengeschichtsschreibung in der DDR wie auch für deren Wirtschaftswissenschaften im Umgang mit nichtmarxistischen Ansätzen und Konzepten soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Grundsätzlich hat sich dazu bereits Günter Krause geäußert (siehe Günter Krause: Fritz Behrens und die Geschichte der politischen Ökonomie. In: »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. S. 97f.). – Ohne an dieser Stelle das von Krause aufgeworfene Problem der Kriterien für Wissenschaftlichkeit oder Unwissenschaftlichkeit wirtschaftswissenschaftlicher Konzepte zu diskutieren, sei jedoch einschränkend darauf hingewiesen, daß »bürgerliche« Theorieansätze spätestens mit der Grenznutzenschule im ausgehenden 19. Jahrhundert für sich selbst gar nicht mehr in Anspruch nehmen, politökonomische Fragen im eigentlichen Sinne zu behandeln.

9 Siehe Fritz Behrens: Grundriß einer Geschichte der Politischen Ökonomie. Berlin 1956. S. 285.

10 Ebenda. S. 278.

11 Ebenda. S. 298

Sieht man von den unmittelbaren Bezügen auf Stalin und seine »wissenschaftlichen Leistungen« sowie vielen Passagen mit unmittelbarem politischem Zeitbezug ab, findet man in Behrens' frühen Vorlesungen und im »Grundriß« von 1956 bereits alle wesentlichen Elemente der späteren als eigenständige Disziplinen entwickelten politischen Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Fritz Behrens war ihr erster großer Systematiker in der DDR, der zugleich auch deren erste umfassende theorienhistorische Begründung lieferte. Begünstigend wirkte sich dabei zweifellos sein legendäres Talent als Hochschullehrer aus. Seine für die Zeitläufe typischen Verbeugungen vor Lenin und Stalin indes waren subjektiv durchaus ehrlich. Die letztlich für die gesamten geisteswissenschaftlichen Disziplinen in der DDR fatale Folgen zeitigende enge Bindung an die Politik war für ihn noch kein Problem. Fritz Behrens kritische Reflexion – sowohl der ihn umgebenden gesellschaftspolitischen Praxis wie auch der sie legitimierenden Theorie – begann erst in den späten fünfziger Jahren. Initialzündung war dabei zunächst vermutlich weniger die Frage, ob er mit seinen damaligen Überlegungen zum Wirken objektiver ökonomischer Gesetze im Sozialismus Recht hatte oder nicht, als vielmehr die Art und Weise, wie aus der vom ihm provozierten wissenschaftlichen Debatte eine Frage der politischen Gesinnung gemacht wurde.

*Die Ausprägung von Behrens Sozialismusverständnis
in den sechziger Jahren und sein Konzept für einen fünfbandigen
»Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie«*

Die vor allem auch offensiv gegen Behrens geführte »Revisionismus«-Debatte Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre¹² blieb rein äußerlich betrachtet für sein Konzept einer Geschichte der politischen Ökonomie zunächst eher folgenlos. Der 1962 in erster Auflage erschienene erste Band des »Grundrisses der Geschichte der politischen Ökonomie« knüpft an die grundsätzlichen methodologischen Überlegungen der frühen fünfziger Jahre unmittelbar an. Alle Bezüge auf J. W. Stalin oder gar Zitate sind jedoch im einleitenden Kapitel zum Gegenstand und zur Methode

12 Siehe Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980). In: »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. S. 24f. – Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg 1998. S. 124ff.

des Faches eliminiert. Tiefer gehende Schlüsse auf einen Wandel im wissenschaftlichen wie auch im politischen Selbstverständnis von Behrens allgemeinen wie auch für ihn als Theorienhistoriker läßt dieser Umstand als solcher indes kaum zu. Es entsprach dem offiziellen Spargebrauch. Anfang der sechziger Jahre war der sowjetische Diktator längst vom letzten Klassiker zur Unperson geworden.¹³ In gestraffter Form unterscheidet sich Behrens' Konzept substantiell kaum von den Überlegungen aus den Vorlesungen der frühen Jahre. Polemisch zur lediglich beschreibenden Dogmengeschichte formuliert er nach wie vor seinen analytischen Anspruch einer wissenschaftlichen Theoriengeschichte der politischen Ökonomie. »Erst die Darstellung der durch die objektive Notwendigkeit begründeten Folge der Erscheinungen, der Lehrmeinungen und Theorien macht die Geschichte der politischen Ökonomie zu einer Wissenschaft« schreibt er.¹⁴ Eine solche Geschichte der Wissenschaft sei freilich letztlich die Wissenschaft selbst, dargestellt in ihrer historischen Entwicklung. Den tieferliegenden didaktischen Zweck sah er, wie Behrens später einmal formulierte, in der Bekämpfung eines allgegenwärtigen Defizits an Wissen über die Geschichte ihrer Disziplin unter vielen Wirtschaftswissenschaftlern.¹⁵ Für ihn war neben empirischen Untersuchungen der ökonomischen Praxis durch statistisches Material die Theoriengeschichte eine zweite unerläßliche Säule für wissenschaftliches Problembewußtsein und für Erkenntnisfortschritt. Zu dieser Zeit findet sich von ihrer Nutzung als »Rückzugslinie« und zur Sklavensprache noch keine Spur. Behrens' theorienhistorische Arbeiten sind allerdings wohl bereits jetzt einer der tieferliegenden Gründe für sein Beharrungsvermögen auf einem undogmatischen Wissenschaftsverständnis.

Als Gipfel des politökonomischen Erkenntnisfortschrittes galt Fritz Behrens seinerzeit noch immer die Darstellung der Entwick-

13 Zwar verweist Behrens in seinen Literaturempfehlungen noch auf zwei Stalinsche Texte und bezieht sich in zwei Fußnoten zur Geschichte der Warenproduktion auf Stalins »Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR« von 1952, formal systemstiftend allerdings wie noch in den Vorlesungen zu Anfang der fünfziger Jahre sind jene Bezüge für ihn nicht mehr. Jene Rückgriffe allerdings selbst zeigen, daß Behrens' Abstand noch nicht so tiefgründig wie in den späteren Jahren war. Der sowjetische Diktator verließ für ihn derzeit noch nicht den Raum.

14 Siehe Fritz Behrens: Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. Bd. I. Berlin 1962. S. 15.

15 Siehe Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980). In: »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. S. 29.

lung der politischen Ökonomie des Sozialismus. Wie es im Klappentext des 1962 erschienenen ersten Bandes des »Grundrisses der Geschichte der politischen Ökonomie« heißt, war dafür eigens ein fünfter Band geplant. Die Notwendigkeit und die Existenz einer solchen Disziplin als eigenständiges Wissenschaftsgebiet standen folglich für Behrens völlig außer Frage. Die politische Ökonomie des Sozialismus war für ihn gewissermaßen die letzte logische und historische Konsequenz des politökonomischen Erkenntnisfortschrittes. Wenn, so offenbar Behrens Schlußfolgerung, man sich unumkehrbar in der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus befinde, die überlebte Gesellschaftsordnung einer historisch höheren Platz mache, dann muß sich das auch in der Wissenschaftsentwicklung selbst wieder finden. Entsprechend seiner auch schon früher geäußerten Auffassung vom Gegenstand der Wissenschaftsgeschichte müßte der konzipierte Band die Genesis und Entwicklung der wissenschaftlichen Reflektion über die Produktion und den Austausch unter sozialistischen Produktionsverhältnissen darstellen. Unterstellt war dabei seinerzeit freilich noch deren reale Existenz.

Gerade dabei kommen Fritz Behrens im Verlauf der sechziger Jahre jedoch immer stärkere Zweifel. Sie begannen allerdings zunächst nicht als Infragestellen der Existenz sozialistischer Verhältnisse selbst. Er zweifelt zunächst am Vorhandensein einer adäquaten Wissenschaft. So fragt er 1967 in Frankfurt am Main auf dem Kolloquium »100 Jahre Kapital«, warum man dabei noch nicht über Empirismus und Historismus hinausgekommen sei. In Analogie zur Herausbildung der politischen Ökonomie des Kapitalismus meint Behrens, die Theorie der sozialistischen Ökonomie sei derzeit etwa an der Schwelle des Übergangs vom Merkantilismus und Kameralismus zum Physiokratismus angekommen.¹⁶ Im Gegensatz zur in der DDR üblichen Einschätzung meint er, eine Theorie der sozialistischen Ökonomie als solche sei noch gar nicht existent. Sie befinde sich bestenfalls in einem vorwissenschaftlichen Stadium. Aufgrund ihrer Nähe zur Politik habe man es mit einer Ideologie zu tun, mit einer Dogmensammlung, die »die politische Ökonomie zu einer Apologetik des bürokratischen Zentralismus degradierten«.¹⁷ Zu den Ursachen heißt es schließlich: »Nicht sub-

16 Siehe Fritz Behrens: *Erste Fassung der Rede zum Colloquium »Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre Kapital«*. In: *»Ich habe einige Dogmen angetastet ...«*. S. 135.

17 *Ebenda*. S. 136.

jektive oder objektive Schranken der Erkenntnis waren es, die bisher nur Ansätze für eine politische Ökonomie des Sozialismus möglich machten und die dazu führten, daß die Kritik den Boden für eine echte Theorie noch nicht frei gemacht hat.«¹⁸ Der Sozialismus, so wie er nach 1917 und nach 1945 in großen Teilen der Welt entstanden war, sei eine »Frühgeburt«, weil die Bedingungen für ihn noch nicht reif gewesen wären. Noch spricht Behrens von Sozialismus, der allerdings aufgrund seines unreifen Stadiums mit Mißständen behaftet sei. Er entspreche demzufolge noch nicht seinem »tatsächlichen Begriff«, der erst Realität werde könne, wenn nicht nur die ökonomische Ausbeutung sondern auch jede Form politischer Unterdrückung beseitigt sei. Die administrativen Zwangsmethoden des bürokratischen Zentralismus aber lassen das nicht zu. Mit ihnen wurde nicht nur jeder Gedanke an eine sozialistische Wirtschaft diskreditiert, sondern auch »jede wissenschaftliche Diskussion überhaupt unterbunden«.¹⁹ Bürokratischer Zentralismus und Dogmatismus sind für Behrens siamesische Zwillinge, sie bedingen einander.

In Anwendung der materialistisch-dialektischen Methode bei der Analyse politökonomischer Phänomene und ihrer historischen Einordnung bleibt Fritz Behrens jedoch nicht etwa bei einem oberflächlichen Lamento über den kläglichen Zustand der politischen Ökonomie des Sozialismus oder über ein schlichtes subjektives Unvermögen ihrer Repräsentanten stehen. In Anlehnung an Marx' Vorgehen erklärte er ihn aus den unreifen Verhältnissen selbst. »Eine politische Ökonomie des Sozialismus ist nicht möglich, wenn man die historischen Bedingungen der Entstehung des Sozialismus verabsolutiert und die daraus entstandenen Formen der Wirtschaft als endgültige Form einer sozialistischen Form einer sozialistischen Wirtschaft überhaupt hinstellt.«²⁰ Das aber hätten die Repräsentanten der politischen Ökonomie des Sozialismus bislang unter den obwaltenden Verhältnissen lediglich tun können – mit der Folge, daß ihre Disziplin noch nicht den Kinderschuhen entwachsen sei. 1967, zum Zeitpunkt seines Frankfurter Referats, schloß Behrens allerdings die Möglichkeit einer Weiterentwicklung noch nicht prinzipiell aus. Voraussetzung freilich dafür war seiner Meinung nach die Überwindung jenes Frühstadiums des Sozialismus mit seinen undemokratischen und wissenschaftsfeindlichen Struk-

18 Ebenda.

19 Ebenda. S. 137.

20 Ebenda. S. 141.

turen. Seinen ursprünglich gefaßten Plan zu einer fünfbändigen Geschichte der politischen Ökonomie hatte er vermutlich zu diesem Zeitpunkt noch nicht völlig zu Grabe getragen. Das sollte sich freilich rasch ändern. Bereits während der Veranstaltung kam es zum offenen Eklat mit anderen DDR-Teilnehmern.²¹ Nach seiner Rückkehr in die DDR zeigte sich zudem, daß eine derart kritische Bestandsaufnahme der offiziellen Wissenschaft – trotz ihrer betont objektiv-sachlichen Analyse und Darstellung durch Behrens – freilich in Frankfurt am Main vorgetragen werden konnte. In Ostberlin, Leipzig, Jena oder Rostock allerdings wäre das völlig unmöglich gewesen. Aber nicht nur das. Da sich die Offizialwissenschaft, vor allem aber auch die wenig souveräne politische Führung vorgeführt sah, war man hier nicht einmal ansatzweise in Lage, den sachlichen Gehalt der Behrensschen Überlegungen auch nur intern zu prüfen. Die Antwort auf die Frage, warum das nicht anders sein konnte, hat Fritz Behrens freilich in seinem Referat selbst gegeben. Mit dem Text und den anschließenden Reaktionen waren die Brücken zwischen Behrens einerseits und der politischen Führung wie auch der »Offizialwissenschaft« der DDR andererseits unwiderruflich abgebrochen.

*Der vierbändige Torso einer Geschichte der politischen Ökonomie
und die Sklavensprache*

Als Fritz Behrens sich nach 1968 im Einvernehmen mit seinem Arbeitgeber, der Akademie der Wissenschaften (AdW), allmählich völlig aus dem offiziellen Wissenschaftsbetrieb der DDR zurückzog, dürfte ihm vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um seinen Frankfurter Diskussionsbeitrag unmißverständlich klar gewesen sein, daß die von ihm als fünfter Band seines überarbeiteten »Grundrisses« von 1956 konzipierte Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus nicht in der DDR erscheinen konnte. Zu sehr hätte er sich in seinem politischem wie auch in seinem Wissenschaftsverständnis verbiegen müssen, um sich auch nur annäherungsweise den gängigen offiziellen Wertung und Einschätzungen anzupassen. Für Behrens wäre das einem Suizid als Wissenschaftler gleichgekommen. Während er bis 1968 wohl noch

²¹ Siehe Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980). In: »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. S. 28. – Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg 1998. S. 146.

Hoffnungen auf eine Reformierbarkeit des »Realsozialismus« von innen hatte, waren sie ihm nach den Ereignissen in der ČSSR abhanden gekommen. Sollte er sich, wie mit der AdW vereinbart, dennoch zu einer Fortsetzung seiner 1962 begonnen Edition durchringen, mußte der »Grundriß« ein vierbändiger Torso bleiben. So erschien 1976 als Band II »Die Marxsche politische Ökonomie«,²² Band III »Die bürgerliche Ökonomie bis zur allgemeinen Krise des Kapitalismus«²³ 1979 und schließlich 1981 postum Band IV »Die bürgerliche Ökonomie in der allgemeinen Krise des Kapitalismus«²⁴ Im gleichen Jahr erschien eine überarbeitete Auflage des ersten Bandes von 1962. Die Bände III und IV sind im wesentlichen erweiterte, überarbeitete und aktualisierte Fassungen der entsprechenden Kapitel des »Grundrisses« aus dem Jahre 1956. Vom grundsätzlichen methodischen Herangehen und in ihren wichtigsten Einschätzungen unterscheiden sie sich indes kaum von ihrem Urmanuskript. Gleichwohl ist Behrens auch mit ihnen wie mit dem gesamten »Grundriß« »selbst sehr unzufrieden«, weil er keinen Zugang zu neuerer Literatur hatte, wie er 1980 in einem fiktiven, jedoch nie veröffentlichten Selbstinterview einräumte.²⁵ Der Gegenstand und auch der Gehalt der in den siebziger Jahren fertiggestellten abschließenden Bände III und IV scheinen Behrens indes nicht mehr vordergründig bewegt zu haben. Es ist zunächst der Gegenstand des zweiten Bandes, auf den er sich vor allem konzentriert. In dem Selbstinterview heißt es dazu: »Als Angelpunkt meines Grundrisses betrachte im Band II die Abschnitte 2,4 und 3,7 ›Vom bürgerlichen Humanismus zum Kommunismus‹ und ›Die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation und der Sozialismusbegriff bei Marx und Engels‹.«²⁶ Wie wir seit 1992, dem Erscheinen seines wissenschaftlichen Testaments »Abschied

22 Siehe Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. Bd. II. Berlin 1976.*

23 Siehe Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. Bd. III. Berlin 1979.*

24 Siehe Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. Bd. IV. Berlin 1981.*

25 Siehe Helmut Steiner: *Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909–1980).* In: »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«, S. 29.

26 Ebenda. – Eben jene Abschnitte waren es indes wohl auch, die das Erscheinen des Bandes II seinerzeit verzögert haben. Kenner der Editions politik der DDR wie Günter Fabiunke haben berichtet, daß es interne Debatten um seine Veröffentlichung gegeben habe. Letztlich soll eine Intervention von Jürgen Kuczynski ausschlaggebend für die Veröffentlichung gewesen sein.

von der sozialen Utopie«²⁷ wissen, galt Behrens' wissenschaftliches Interesse vor allem aber der Ursachenforschung nach dem für ihn damals schon als unausweichlich angesehenen Scheitern des »Realsozialismus«. Die Ergebnisse waren freilich in der DDR, wie Behrens gleichfalls klar war, nicht zu veröffentlichen.

Um sich dennoch öffentlich mitzuteilen, blieb ihm nur die »Sklavensprache« im zweiten Band seines »Grundrisses«. Sie am Beispiel des ehemaligen Leipziger Kollegen von Behrens Ernst Bloch beschreibend, formulierte Gerhard Zwerenz jüngst: »Das Verfahren ähnelt oder gleicht der Geheimschrift, die für Nichteingeweihte unkenntlich bleiben soll.«²⁸ Zum Schutz des jeweiligen Autors wie auch der Adressaten im öffentlichen Raum bedient sich die Sklavensprache unterschiedlicher Formen von Verschlüsselungen. Eine solche, auch von Ernst Bloch selbst gern genutzte Form war die des Geschichte-Erzählens. Bloch habe, berichtet Zwerenz, zu seiner Verteidigung in den fünfziger Jahren unter anderem darauf verwiesen, in Leipzig hätte er »seine Philosophie zurückgehalten und nur Geschichte der Philosophie gelehrt«.²⁹ Das war ein indirektes Bekenntnis zu Sklavensprache.

Eben jene Form nutzte auch Fritz Behrens in den siebziger Jahren. In den zwei von ihm hervorgehobenen Abschnitten des zweiten Bandes des »Grundrisses« nämlich stehen für ihn letztlich nicht theoriegeschichtliche Probleme als solche im Vordergrund, sondern Bedingungen und Kriterien für den Sozialismus.³⁰ Mit seinem Aufsatz »Vom bürgerlichen Humanismus zum Kommunismus« schließt Behrens sein Kapitel »Die Kritik der bürgerlichen Ökonomie durch Marx und Engels« ab und stellt deren politische Entwicklung in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts als Voraussetzung ihrer wissenschaftlichen Entwicklung dar. Er faßt die Kommunismusvision von Marx und Engels unter anderem aus der »Deutschen Ideologie« und dem »Kommunistischen Manifest« zusammen. So heißt es hier, der Kommunismus ist auf einem hohen Niveau der gesellschaftlichen Produktivkräfte und deren universel-

27 Siehe Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie*. Berlin 1992.

28 Ingrid und Gerhard Zwerenz: *Sklavensprache und Revolte – der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West*. Hamburg, Berlin 2004. S. 132.

29 Ebenda. S. 172.

30 Es ist sicherlich kein Zufall, wenn Behrens in jenem Band entgegen seinen Darlegungen aus den fünfziger Jahren *W. I. Lenin keine herausragende Rolle mehr als einzigem legitimen Erben von Marx und Begründer etwa einer politischen Ökonomie des Sozialismus einräumt*.

ler Entwicklung »empirisch nur als die Tat der beherrschten Völker auf einmal und gleichzeitig möglich.«³¹ Oder: Erst »wenn der Mensch seine ›forces propres‹ als gesellschaftliche Kräfte erkennt und organisiert hat und dabei die gesellschaftliche Kraft nicht wieder in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.«³² Ausnahmslos Klassikerzitate, die Behrens zunächst ins Feld führt, um sich von dieser Seite her unangreifbar zu machen. Im seinerzeitigen offiziellen Sprachgebrauch wurden sie gern dem »jungen« und mithin »unreifen« Marx nachgesehen. Und schließlich Fritz Behrens selbst: »Es ist also ein Pleonasmus, wenn von einem menschlichen Sozialismus gesprochen wird. Der Sozialismus ist menschlich oder er ist kein Sozialismus!«³³ Sozialistischer Humanismus schloß für Behrens jede Form politischer Reglementierung und Unterdrückung aus. Analog ließe sich formulieren, auch demokratischer Sozialismus sei letztlich ein solcher weißer Schimmel. Sozialismus ist demokratisch oder es ist kein Sozialismus! Eine derartige Formulierung jedoch wäre seinerzeit vermutlich bei den Zensurbehörden kaum toleriert worden. Nochmals auf Marx berufend, wendet Behrens sich abschließend mit einem Zitat aus den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern« gegen Versuche, der sozialistischen Theorie wie auch ihrer Praxis, »eine dogmatische Fahne aufzupflanzen ...«.³⁴ Die Adressaten jenes Zitats allerdings fühlten sich offenbar von Behrens nicht angesprochen. Sie verstanden die Sklavensprache nicht. Bei Behrens freilich war das wie für alle ihre Nutzer Vorsatz. Jenes Zitat hätte er sich folglich sparen können.

Im Abschnitt »Die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation und der Sozialismusbegriff bei Marx und Engels« stellt Fritz Behrens in konzentrierter Form den Vergesellschaftungsprozeß der kapitalistischen Produktion dar, der letztlich staatlich Eingriffe nötig mache und die materielle Grundlage für den Sozialismus schaffe. Damit entstehe die Möglichkeit der neuen Gesellschaftsordnung, die allerdings erst mit der Reife der subjektiven Bedingungen Wirklichkeit werde. Das spontane Wirken der öko-

31 Karl Marx/Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie*. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*. Bd. 3. S. 35.

32 Karl Marx: *Zur Judenfrage*. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*. Bd. 1. S. 370.

33 Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie*. Bd. II. Berlin 1976. S. 105.

34 Karl Marx: *Briefe aus den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern«*. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*. Bd. 1. S. 344.

nomischen Gesetze werde dann durch das »spontane Wirken der Gesetze der gesellschaftlichen Ökonomie der freien und assoziierten Arbeit ersetzt«. ³⁵ Die hier zu erkennende Betonung auf einer »freien und assoziierten Arbeit« stellt Behrens zwar nicht explizit den Realitäten in der Arbeitswelt des »Realsozialismus« gegenüber. Wenn er dabei jedoch vom »spontanen Wirken« der ökonomischen Gesetze spricht, wird die Distanz zum allgegenwärtigen Voluntarismus der realsozialistischen Wirtschaftspolitik erkennbar. Stets favorisiert Behrens bei seinen Bezügen auf Marx und Engels zudem genossenschaftliche Formen sozialistischer Produktion, die im offiziellen Sprachgebrauch als gegenüber den zentralstaatlichen niederen Eigentumsformen angesehen waren. Der Begriff des Sozialismus, bringt es Behrens schließlich auf den Punkt, habe bei den sozialistischen Klassikern zwei wesentliche Merkmale: »*Erstens* – was die Basis betrifft – ist der Sozialismus eine genossenschaftliche, auf Gemeineigentum an Produktionsmitteln gegründete Gesellschaft, [...] *zweitens* – was den Überbau betrifft – stirbt im Sozialismus der Staat, diese »übernatürliche Fehlgeburt« der Gesellschaft, allmählich ab, ebenso wie die ebenfalls auf Entfremdung der Menschen von sich beruhenden ideologischen Elemente des Überbaus allmählich absterben und sich in wahres gesellschaftliches Bewußtsein verwandeln.« ³⁶ Die neue Form der Gesellschaft sei das »Selbstregieren der Produzenten«, »es ist das Volk, das selbst und für sich selbst handelt«, ³⁷ zitiert Behrens aus Marx' Analysen der Pariser Kommune. Spontaneität und Souveränität der Produzenten oder gar das Absterben des Staates aber waren Begriffe für die Behrens in den fünfziger Jahren von offizieller Seite des Revisionismus gescholten wurde. Mit der realen Wirklichkeit der Mittagschen Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre waren sie freilich nicht in Einklang zu bringen. Für Behrens jedoch waren sie immer noch zentrale Kriterien, an denen er die Existenz eines Sozialismus nach seinem »tatsächlichen Begriff« festmachte. ³⁸ Menschlicher oder auch demokratischer Sozialismus war für ihn ein weißer Schimmel!

³⁵ Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. Bd. II. Berlin 1976. S. 180.*

³⁶ *Ebenda. S. 181.*

³⁷ Karl Marx: *Erster Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich«.* In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke. Bd. 17. S. 543.*

³⁸ Fast wortgleich findet sich jene Passage auch in seinem nicht für die DDR-Öffentlichkeit bestimmten Manuskript wieder (siehe Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie. Berlin 1992. S. 27.*)

Öffentlich und dann auch noch in gedruckter Form aber war das nur noch in Form der Sklavensprache zu formulieren. Behrens nutzt in seinem letzten Lebensjahrzehnt dafür ein Fachgebiet, auf dem er ausgewiesen war wie kaum ein zweiter, die Geschichte der politischen Ökonomie.

Wie deutlich der Unterschied der verschlüsselten, fast nur für Insider zu entziffernden Sklavensprache zu der unverschlüsselten, aber deshalb auch nicht zu publizierenden Klarschrift ausfiel, wird deutlich, wenn man sich mit den gleichzeitig entstandenen, zunächst wohl nur für die Selbstverständigung niedergeschriebenen Manuskripten beschäftigt. Bemerkenswert allerdings ist auch hier, daß Fritz Behrens stets auf theorienhistorische Analysen zurückgreift. Seine Fehlersuche in Theorie und Praxis beginnt er mit einem Abriß »Zur Geschichte des sozialistischen Gedankens und der politischen Ökonomie«. ³⁹ Im Unterschied zum Band II seines »Grundrisses« stellt er hier den »Realsozialismus« jedoch explizit der originären Marxschen Sozialismus/Kommunismusvision gegenüber. Erster sei Staatsmonopolismus und als solcher keine einfache Entartung oder Deformation des Sozialismus. ⁴⁰ »Er ist eine gesellschaftliche Formation, die den Kapitalismus ablöste, nachdem er nicht durch den Sozialismus abgelöst worden ist. Er ist eine verkehrte Rücknahme der Gattungsgeschäfte der Gesellschaft in ihren Schoß, eine Ökonomisierung des Überbaus und eine Politisierung der Basis bei Aufrechterhaltung der grundsätzlichen Antagonismen der Klassengesellschaft.« ⁴¹ Aus dem Zusammenbruch des Konkurrenzkapitalismus sei keine sozialistische Gesellschaft entstanden, sondern jener Staatsmonopolismus, der die permanente Krise der bürgerlichen Gesellschaft dokumentiere. Die Folgen seien »kein Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit, sondern Stagnation und Rückschritt, ...«. ⁴²

Man kann Fritz Behrens' Wertung des »Realsozialismus« teilen oder nicht. Die Sachlichkeit seiner Analyse indes ist bestechend. Hinzu kommt, die Implosion des Systems von 1989/1990 und deren innere Ursachen gaben ihm im Prinzip recht. Die Tragik nicht nur für Behrens selbst bestand darin, daß die ökonomischen und politischen Strukturen des Staatsmonopolismus die Kenntnisnahme oder gar die öffentliche Akzeptanz seiner Überlegungen aus-

³⁹ Siehe ebenda. S. 11ff.

⁴⁰ Ebenda. S. 34.

⁴¹ Ebenda.

⁴² Ebenda. S. 256.

schloß. Fritz Behrens als Sozialismustheoretiker mußte eine Unperson bleiben. Damit aber blieb auch eine adäquate Regulierung im Sinne einer »Selbstheilung« oder Reform von Innen unmöglich.

Epilog

Fritz Behrens brauchte ca. zwanzig Jahre theoretischer wie theoriehistorischer Arbeit sowie praktischer Beobachtungen am Objekt, um sein Sozialismusverständnis »auf den Begriff« und die Ursachen für das vorprogrammierte Scheitern dessen auf den Punkt zu bringen, was sich als realer Sozialismus ausgab. Letztlich war das für ihn ein schmerzlicher Erkenntnisprozeß und nur in der inneren Emigration möglich. Den in den USA lebenden Günter Reimann kannte er vermutlich nicht. Das kürzlich als 100jähriger verstorbene Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung kam indes bereits 1946 zu ganz ähnlichen Wertungen über das stalinistische Sozialismusmodell. Reimann fügte seinerzeit einem Brief an Herbert Wehner das Resümee aus einer Diskussion mit Gleichgesinnten bei, die einer Verständigung über das »russische System« gedient hatte. Hier heißt es unter anderem: »Zunächst muß festgestellt werden, daß das System in Rußland nichts mit Sozialismus zu tun hat. Wir haben hier Staatskapitalismus, [...] Verstaatlichung hat *nichts* mit Sozialismus zu tun. Es ist im besten Falle eine politische Maßnahme zur Verteidigung einer bestimmten Klassenherrschaft. Sozialisierung *muß* außerhalb des Rahmens staatlicher Organisation vor sich gehen (Kooperative Produktionsassoziationen etc.).«⁴³ Jener Staatskapitalismus sei Ausdruck des Niedergangsstadiums des Kapitalismus in fortgeschrittenster Form, der »immer eine Art ›Defizitwirtschaft‹ sein wird.«⁴⁴ Der politische Überbau fresse die Ergebnisse der wirtschaftlichen Basis immer wieder auf etc. Für Reimann wie auch für Wehner galt damit der prinzipiell temporäre Charakter des Staatskapitalismus als ausgemacht.

⁴³ Günter Reimann/Herbert Wehner: *Zwischen zwei Epochen. Briefe 1946*. Hrsg. von Claus Baumgart und Manfred Neuhaus. Leipzig und Dresden 1998. S. 39.

⁴⁴ *Ebenda*. S. 47.

Stanislav Holubec
Konterrevolution oder demokratischer Sozialismus.
Die heutige Diskussion
über den Prager Frühling 1968 in Tschechien

Ich wurde zehn Jahre nach dem Prager Frühling von 1968 geboren. Ich erinnere mich noch heute daran, als ich das erste Mal davon erfuhr. Es war im Sommer 1987 anlässlich eines Besuchs von unseren Verwandten. Man hatte damals über die Okkupation gesprochen und über die Gewalt auf den Straßen Prags. Ich erinnere mich noch heute daran, wie erschrocken ich darüber war, als man sagte, es seien »die Russen« gewesen. Sie waren doch in meiner Vorstellung unsere Befreier vom Mai 1945 und als ich in der Schule das Wort Okkupation hörte, da assoziierte ich es mit den Deutschen oder mit den Faschisten. Ich erinnere mich auch daran, wie mein Vater darüber empört war, als er die russischen Militärlastwagen auf den Straßen sah, in der Nähe eines Gebietes, wo die Rote Armee in Ostböhmen stationiert war. Erst viele Jahre später stellte ich mir die Frage: »Was war der Prager Frühling eigentlich?« Bis heute ist diese Frage noch nicht geklärt, obwohl nicht nur zahlreiche Historiker und Politikwissenschaftler, sondern auch Journalisten und Politiker versuchten, diese Frage zu beantworten. Inzwischen haben sich vier verschiedene Gruppen von Antworten herauskristallisiert.

1. Der Prager Frühling war ein Demokratisierungsversuch in der Tschechoslowakei.

Diese Antwort erhält man sehr oft von heutigen Sozialdemokraten sowie von ehemaligen Spitzenfiguren des Prager Frühlings. Die Schwäche dieser Antwort liegt nach meiner Auffassung in der Unterschätzung der ökonomischen Dimension. Die Vertreter dieser Ansicht betrachten vor allem die demokratischen Aspekte der gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse, sagen aber nicht, wie sich die Wirtschaftsordnung entwickeln sollte. Man darf auch nicht übersehen, wie die damalige Blockkonstellation beschaffen war: Ein Versuch zur Schaffung einer liberalen Demokratie hätte das Ausscheiden aus dem sowjetisch dominierten Ostblock bedeutet, was unter damaligen Machtverhältnissen unvorstellbar war. Ein

Dissident hat es klar ausgedrückt: »Die sowjetischen Panzer mußten kommen, um den Sozialismus in der ČSSR zu diskreditieren.«¹ Trotz ihrer Schwäche ist diese Antwort heute die am weitesten verbreitet und gilt in der tschechischen Gesellschaft fast als offizielle Antwort auf diese Frage.

2. Der Prager Frühling war ein Machtkampf zwischen den Parteiflügeln einer totalitären Partei.

So antworteten die tschechischen Antikommunisten und viele konservative Politiker und Kräfte. Bei dieser Antwort wird unterschätzt, daß die Politik des Prager Frühlings im Volk große Unterstützung genoß. Wie eine soziologische Untersuchung zeigte, wurden die Kommunistische Partei und der Sozialismus in den Augusttagen von 90% der Bevölkerung unterstützt. Man darf nicht vergessen, daß in der Zeit des Prager Frühlings auch die antikommunistischen Kräfte die Möglichkeit bekamen, sich zu organisieren. So entstanden beispielsweise der KAN (Club der engagierten Parteilosen) sowie der K-231/1 (Bund der ehemaligen politischen Häftlinge). In diesem Zusammenhang kam es auch zu Bestrebungen, die Russen als »Asiatische Horden«, und die Reformpolitiker der Kommunistischen Partei als Feinde der Nation darzustellen. Das geschah vor allem im Zusammenhang mit ihrer politischen Tätigkeit nach dem Einmarsch der Sowjettruppen. Dubček ist oft vorgeworfen worden, daß er das sogenannte »Knüppelgesetz« vom Juni 1969 unterzeichnet hatte, das die Polizeieinsätze gegen Demonstranten ermöglichte. Die Vertreter dieser Auffassung hoben oft hervor, daß die Führer des Prager Frühlings eine stalinistische Vergangenheit besaßen.

3. Der Prager Frühling war der Versuch einer Konterrevolution.

Die Verfechter dieser Ansicht sagen, daß der Einmarsch der sowjetischen Truppen eine internationalistische Hilfe gewesen sei. Dadurch sollten die »Fehler der Dubček-Führung« überwunden werden. Dies war die offizielle Antwort in den Jahren von 1970 bis 1989. Als offizielles Dokument wurde dazu »die Lehre aus der Krisenentwicklung« von Vasil Bilak verfaßt, der ein ehemaliger Parteisekretär und gemeinsam mit Husák ein Symbol für die Nor-

1 Mit 231 wird die Anzahl der vom Stalinismus hingerichteten Personen angegeben, darunter auch viele Kommunisten.

malisierungsperiode war. Bilak vertritt diese Auffassung bis zum heutigen Tage.²

4. Der Prager Frühling war der Versuch eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz.

Diese damals am weitesten verbreitete Auffassung bzw. offizielle Interpretation teilt heute nur noch eine Minderheit von Forschern und Politikern. Auch wenige ehemalige »Männer des Prager Frühlings« oder »68er« sagen dies. Diese Auffassung beschränkt sich auf die tschechischen Sozialisten und auf manche undogmatische Marxisten. Obwohl ich mich selbst auch zu diesem Lager zähle, sehe ich auch die Schwäche dieser Ansicht.

War es überhaupt möglich, einen demokratischen Sozialismus bei der damaligen Machtkonstellation zu verwirklichen? Heute kann man versuchen, die weitere Entwicklung des Prager Frühlings vorherzusagen. Bei diesem Versuch helfen uns die anderen ehemals sozialistischen Länder, die ebenfalls Reformversuche unternommen hatten. Dabei lassen sich fünf typische Wege unterscheiden:

1. Niederschlagung des Reformversuchs von außen, z. B. in der Tschechoslowakei 1968 und in Ungarn 1956.
2. Kurzfristige Erfolge des Reformversuchs durch Verhinderung des Einmarschs, danach schrittweise Abtötung des Prozesses von Innen und Redogmatisierung der gesellschaftlichen Ordnung; beispielsweise in Polen in den 1950er und 1960er Jahren unter Gomułka. Der tschechische Philosoph Ivan Svitak behauptet, diese Entwicklung sei teilweise ein Resultat des Prager Frühlings gewesen.³
3. Eine stille Demokratisierung der Gesellschaft, z. B. in Ungarn zwischen den 1950er und 1980er Jahren.
4. Beibehaltung eines von der Sowjetunion unabhängigen Sozialismus, z. B. in Jugoslawien, verbunden mit der Gefahr eines Krieges und auf Kosten der Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung.
5. Errichtung einer liberalen Demokratie und des Kapitalismus wie im Jahre 1989.

2 Sehr großen Einfluß hat diese Interpretation in der im Parlament vertretenen Slowakischen Kommunistischen Partei. Ihr Chef ist übrigens der Schwiegersohn von Vasil Bilak.

3 Siehe István Svitak: Kulatý čtverec: Dialektika demokratizace. Úvahy s statě, články z let 1968–1969. Praha 1990.

In der ČSSR kam es zur Niederschlagung des Reformversuchs. Die Errichtung der liberalen Demokratie war für niemanden aus der damaligen Parteiführung vorstellbar. Die heutigen Historiker behaupten, Dubček hätte den jugoslawischen oder den ungarischen Weg wählen sollen. Den ungarischen Weg oder die stillen Reformen hätte er vor allem in der Wirtschaft wählen sollen. Den jugoslawischen Weg hätte er im politischen oder staatlichen Bereich wählen sollen, d. h. in offener politischer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und den anderen Blockmitgliedern. Auch hier sei die Tschechoslowakei nicht ohne Chance gewesen, wie z. B. Karel Durman in seinem Buch »Fahnenflucht«⁴ behauptet. Breshnew hätte nie einen wirklichen Krieg riskiert.

Der »jugoslawische« Weg war aber in Prag unvorstellbar: Die Rote Armee hatte die ČSSR befreit und die Sowjetunion hatte auch bis zum 21. August des Jahres 1968 große Sympathie sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch in der Parteiführung. Alexander Dubček und andere liebten die Sowjetunion. Als er die Nachricht bekam, daß die Russen in Prag einmarschiert seien, begann er zu weinen und sagte wiederholt: »Was haben mir die Russen ange-tan!«⁵ Auf einem Plakat auf dem Wenzelsplatz wurde geschrieben: »Lenin, wach auf, Breshnew ist verrückt geworden!«

Der zweite Weg der sogenannten stillen Reformen hätte vielleicht eine Erfolgchance gehabt, aber er hätte für uns Sozialisten keinen Sinn gehabt. In Ungarn hatten sich das Lebensniveau und das Warenangebot unter János Kádár zwar erhöht, aber niemand in der radikalen Linken sowohl im Westen wie im Osten hat dies bewundert. Eine Mischung zwischen den alten kapitalistischen Produktionsverhältnissen und restriktivem Sozialismus stellt aber keine neue Qualität dar.

Ich finde es wichtig, auch einige Worte darüber zu verlieren, wie die Kommunisten selbst den Prager Frühling bewertet haben. Die erste Erklärung der Kommunistischen Partei nach der Wende bezog sich auf die Interpretation des Prager Frühlings als einen Prozeß mit »demokratisch-sozialistischem« Inhalt. Die Kommission des ZK der KP für die objektive Bewertung der Jahre 1968–1969 äußerte folgenden Standpunkt: »Die politischen Ereignisse im Jahre 1968 waren im Wesen keine Auseinandersetzung mit Revolution

4 Siehe Karel Durman: *Útěk od praporu. Kreml a krize impéria 1964–1991. Praha 1999.*

5 *Paměti Vasila Bilaka. Unikátní svědectví ze zákulisí KSČ. Díl II. Praha 1991. S. 106.*

und Konterrevolution, Sozialismus und Kapitalismus, Marxismus und Revisionismus, wie es in der ›Lehre aus der Krisenentwicklung‹ dargestellt wurde. Es war ein Versuch der demokratischen Kräfte in der Partei zur Überwindung der stalinistischen Deformationen, für die Erneuerung des Sozialismus sowie zur schöpferischen Entwicklung in Übereinstimmung mit den Interessen des tschechoslowakischen Volkes.«⁶

Die jüngste Erklärung des ZK der KP Böhmens und Mährens zum Prager Frühling erfolgte am 21. August 2002 zum 30. Jahrestag des Truppeneinmarschs. Im Vergleich zur Erklärung der Historischen Kommission ist eine Tendenz zugunsten einer stalinistischen Interpretation zu sehen. Auch der Umfang der Erklärung zeigt uns, wie unerwünscht dieses Thema in der heutigen KP ist. Ich zitiere hierzu den gesamten Text des geäußerten Standpunktes: »Das Datum des 21. August 1968 ist Teil der tschechoslowakischen als auch der europäischen Geschichte, und es ist unmöglich, dies aus dem Gesamtkontext herauszunehmen. Die unseligen Ereignisse im August 1968 in der Tschechoslowakei waren mit einer ganzen Reihe von Kräften verbunden. Sie waren betroffen von der damaligen Spaltung Europas in politische Blöcke. Eine beträchtliche Anzahl von KP-Mitgliedern versuchte mit Unterstützung der gesamten Gesellschaft, die damaligen Fehler und Mängel zu überwinden und eine neue Wirtschaftsentwicklung sowie eine breite Demokratisierung der Gesellschaft zu beginnen. Die Mehrheit der Gesellschaft wünschte sich einen besseren und effektiven Sozialismus. Die KP besaß damals das Vertrauen der Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen der ČSSR, die im Vergleich mit den anderen Staaten des Warschauer Vertrages eines der stabilsten Wirtschafts- und Sozialniveaus erreichte. Einige Kräfte in der ČSSR haben damals wirklich versucht, einen Umsturz und eine Veränderung der Gesellschaftsordnung und nicht die Demokratisierung des Sozialismus zu erreichen, hatten aber keine breite Unterstützung der Bürger der ČSSR. Trotz der zeitweiligen Aufrechterhaltung des internationalen Kräfteverhältnisses, das durch die Nato-Mächte respektiert wurde, wurde der Einmarsch der Truppen von der tschechischen Gesellschaft nie akzeptiert und sie hat sich damit nicht versöhnt. Die Wirkungen des Machteingriffs haben die Möglichkeiten des Sozialismus wie auch die Lage der europäischen Linken tiefgreifend beeinträchtigt.«⁷

6 *Parteizeitung »Rudé Právo«*. Praha vom 28. März 1990.

7 *Parteizeitung »Haló noviny«*. Praha vom 21. August 2002.

In der zuletzt genannten Interpretation spiegeln sich zwei Tatsachen wider: *Erstens*, die Redogmatisierung der KPBM (im Jahre 1993 hat der konservative Parteiflügel die Oberhand gewonnen und die Reformen, die gleichzeitig versuchten, der Partei einen neuen Namen zu geben, haben die KP verlassen).

Zweitens, die Erfahrungen aus dem tschechischen Transformationsprozeß, u. a. mit Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Korruptionsskandalen und nicht zuletzt mit der Spaltung der Tschechoslowakei, erscheinen für viele Parteimitglieder schlimmer als die »Normalisierungsjahre« 1969 bis 1980. Die offizielle Interpretation tendiert eher zur Seite des »demokratischen Sozialismus«, die inoffizielle Interpretation dagegen eher zur Seite der »Konterrevolution«. So erscheinen z. B. jedes Jahr am 21. August, dem Tag des Einmarschs der sowjetischen Truppen, mehrere Kommentare, in denen versucht wird, diesen auf verschiedene Art zu verteidigen. Man argumentiert z. B., daß auch die USA in vielen Ländern der Welt intervenieren, daß auch die Bundeswehr zum Einmarsch vorbereitet war, um die konterrevolutionären Kräfte zu unterstützen. In diesen Kreisen hört man oft: »Die Konterrevolution wurde damals für 20 Jahre gestoppt« etc.

Zum 35. Jahrestag im Jahre 2003 hat die KPBM keine Erklärung zum Prager Frühling abgegeben. Dagegen wurde von der Slowakischen KP, wenige Monate vor ihrem erstmaligen Einzug ins Parlament der Slowakei, folgende Erklärung abgegeben: »Es kann konstatiert werden, daß es der überwiegenden Mehrheit der Repräsentanten des Prager Frühlings nicht um die Überwindung der Fehler beim Aufbau des Sozialismus ging, sondern um die Abschaffung der damaligen Gesellschaftsordnung. Die damalige Führung unter Alexander Dubček hatte die Kontrolle über die gesellschaftliche Entwicklung verloren. Die Partei- und Staatsführung war zum untätigen Beobachter der Ereignisse und der schrittweise entstehenden Anarchie geworden. Der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes hat die zur Beseitigung des Sozialismus führenden Prozesse gestoppt und die Konfrontation der Gesellschaft verhindert.«⁸

Ein anderes Problem ist die Frage, ob der Prager Frühling die Chance in sich trug, anderen europäischen Ländern als Vorbild für einen demokratischen Sozialismus zu dienen.

Manche 68er Männer, z. B. Čestmír Císař behaupten: »Nicht nur für Osteuropa, auch für Westeuropa sei der Prager Frühling ein

Vorbild gewesen.«⁹ Wenn ich auch weit von einem derartigen Messianismus entfernt bin, wäre der Prager Frühling möglicherweise eine Inspiration für einige südosteuropäische Staaten gewesen, zum Beispiel für Jugoslawien, Rumänien oder Albanien, die ein kritisches Verhältnis zur Sowjetunion hatten, obwohl Rumänien und Albanien in ihrer Politik noch dogmatischer waren als die pro-sowjetischen Regimes bei uns oder in der DDR. Zwischen Mai und August 1968 waren zwei Männer zum Staatsbesuch in der Tschechoslowakei: J. B. Tito und Nicolae Ceaușescu. In der damaligen Presse sprach man über die Erneuerung der »Kleinen Entente«.¹⁰ Es ist fraglich, ob ein solcher mittelosteuropäischer Staatenblock (vielleicht zusammen mit Ungarn) eine reale Alternative gewesen wäre. Aber der Prager Frühling wäre vielleicht eine Inspiration für die Reformpolitik dieser Staaten gewesen. Auch die Ereignisse in der DDR zeigten, daß Sympathien für den Prager Frühling und gesellschaftliche Aktivitäten gegen die neostalinistische Politik von Walter Ulbricht vorhanden waren. Der beste Beweis für die Bedeutung des Prager Frühlings für die Entwicklung in den anderen Länder des Warschauer Paktes war der Einmarsch selbst: Hätte Breshnew militärisch eingegriffen, wenn es sich nur um die Tschechoslowakei gehandelt hätte?

Dazu kommt noch eine andere Frage: War eine Spaltung des Sozialismus nicht eine objektive Hilfe für die Offensive des Westens gegen den Sozialismus in Europa, wie die Dogmatiker behaupten? Diese Frage ist meines Erachtens berechtigt. Die 1990er Jahre haben uns von vielen Illusionen befreit, die wir uns in den 1980er Jahren – vor allem gemeinsam mit Gorbatschow – über den Westen gemacht haben. In der Weltpolitik geht es nicht nur um Ideen und Programme, sondern vor allem um ökonomische und politische Macht und damit um ökonomisches und politisches Gewicht. Die Spaltung des sowjetischen Blocks war das wichtigste Ziel des Westens. Aber auch der Westen – obwohl politisch und ökonomisch stärker als der Osten – war damals gespalten: Frankreich zog sich unter Präsident De Gaulle aus der NATO zurück und in Südeuropa (Griechenland, Spanien und Portugal) herrschten damals autoritäre Regime. Der Westen war damals nicht so geeinigt wie in der 1980er Jahren, und die einzelnen Länder wa-

9 Čestmír Cisař: *Paměti. Nejen o zákulisí Pražského jara*. Praha 1997.

10 In der Zwischenkriegszeit haben drei Alliierte von Frankreich (Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien) einen Block gebildet. Ihr Ziel war, »den Status Quo in Mitteleuropa« zu erhalten. Nach 30 Jahren kam es schrittweise zur Desintegration.

ren zu einer stärkeren Kooperation mit den osteuropäischen Staaten bereit.

Die letzte Antwort, ob der Einmarsch in die ČSSR notwendig war oder nicht, haben uns die Ereignisse des Jahres 1989 gegeben. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte man an die Reformfähigkeit und an Reformprozesse innerhalb des Sowjetblocks noch glauben, die den Sozialismus demokratisieren und effizienter machen. Im Jahre 1989 sind diese Träume gestorben und es kam zur Wiedererrichtung und Erneuerung des Kapitalismus in Osteuropa mit unglaublichen Kosten. Die osteuropäischen Staaten spalteten sich und die ehemalige zweite Welt hat sich teilweise in die dritte Welt verschoben. Einer der zu dieser Entwicklung führenden Prozesse war der Einmarsch der Truppen und die Niederschlagung des Prager Frühlings.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der erste Versuch des Sozialismus in Europa auch ohne die Niederschlagung des Prager Frühlings gescheitert wäre. Aber niemand kann hundertprozentig behaupten, daß es nicht hätte anders kommen können. Der Erfolg des Prager Frühlings hätte nicht mit hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit bedeutet, daß sich der Kapitalismus zwanzig Jahre früher wieder errichtet worden wäre. Sondern er hätte auch der Anfang von etwas Neuem sein können. Das sage ich, obwohl ich keinesfalls die Rolle des Prager Frühlings überschätzen will. Meine Vermutung wird auch durch die Merkmale unterstützt, die den Prager Frühling von anderen Reformprozessen in Osteuropa unterscheiden.

Erstens, der Prager Frühling war wirklich die Suche nach etwas Neuem. Es ging nicht nur um die pragmatische Erhöhung des Lebensniveaus und des Konsums wie in Ungarn. Es ging wirklich um die Suche nach einer neuen Qualität. Hinreichende Beweise dafür stellen die sozialwissenschaftlichen Arbeiten und Bücher von Karel Kosík, Ota Šik, Pavel Machonin, Rradovan Richta, Rradoslav Selucky und anderen dar. Es wird sichtbar, daß man wirklich nach neuen Formen des Sozialismus gesucht hatte, ohne die Bewunderung des Westens.

Zweitens, unter dem Reformökonom Ota Šik wurden seit 1962 wichtige Schritte zur Einleitung wirtschaftlicher Reformen vorbereitet. Ota Šik war 1962 Leiter der ZK-Kommission für die Reform der Wirtschaft und hatte bis 1965 den ersten Reformplan erarbeitet, der jedoch nach dem Sturz Chruschtschows zunächst nur teilweise akzeptiert worden war. Dennoch wurden die Reformen seit

1965 in ausgewählten Betrieben praktiziert und im Jahre 1966 offiziell durch den XII. Parteitag der KPČ bestätigt. Die Reformen hatten folgende Züge: Erstens, der Wirtschaftsplan sollte nicht administrativ, sondern durch die Marktdimension wirksam werden. Der Plan selbst legte nur die Rahmenrichtlinien fest. Zweitens, die Unabhängigkeit der Betriebe durch volle eigenständige unternehmerische Tätigkeit. Drittens, Maßstab des betrieblichen Erfolgs ist der Gewinn. Viertens, die Betriebe tragen das volle Risiko der wirtschaftlichen Tätigkeit. Fünftens, Einführung und Anwendung des Konkursrechtes. Weiterhin wurde am 5. April 1968 von der KPČ ein Aktionsprogramm bestätigt: Es umfaßte die Forderungen nach Schaffung der Bedingungen für den ökonomischen Wettbewerb zwischen den Wirtschaftssubjekten; Lenkung der Wirtschaft nicht durch zentrale Direktiven, sondern mit ökonomischen Mitteln; Gewährleistung der betrieblichen Freiheit bei der Wahl der Organisationsstruktur; Förderung von Genossenschaften sowie kleineren Unternehmen.

Drittens, diese Prozesse vollzogen sich in einem der Länder mit dem höchsten Lebens- und Wirtschaftsniveau im sowjetischen Block, mit Marx gesagt: Das höchste Niveau der Produktivkräfte ist die erste Bedingung für den Sozialismus.

Viertens, dieser Prozeß und diese Maßnahmen hatte die Unterstützung sowohl der gesellschaftlichen Eliten, der Parteiführung und Mitglieder als auch der Gesamtbevölkerung.

Fünftens, dieser Prozeß beruhte auf einer wichtigen Traditionslinie: Die Sozialdemokraten und die Kommunisten waren in der Tschechoslowakei auch in der Zwischenkriegszeit starke Parteien, die tschechische Kultur war traditionell links. Im Jahre 1945 hat die Bevölkerung die Rote Armee als Befreier gesehen; im Gegensatz zu Polen, Ungarn und Deutschland. Die KP hat auch die ersten freien Wahlen nach dem Krieg gewonnen, und zwar mit fast 40 Prozent.

Sechstens, im Jahre 1968 war der Abstand zwischen Ost und West noch nicht so groß und es herrschte keine Wirtschaftskrise im Gegensatz zu den achtziger Jahren, als es für die Perestroika schon zu spät war.

Der Prager Frühling war der letzte Versuch eines Aufstandes von links gegen den Stalinismus auf Staatsebene bzw. von oben. Die nächsten Versuche wurden schon von pro-kapitalistischen bzw. konservativen Kräften gelenkt. Die Solidarność in Polen hatte sich zwar als Arbeiterorganisation profiliert, aber ihr Programm war

eher nationalistisch (Unabhängigkeit von der Sowjetunion) und mit vielen pro-kapitalistischen Ansätzen untermauert. Die Gorbatschow-Führung hatte keinen entscheidenden Anklang in der Öffentlichkeit gefunden und die Sowjetunion befand sich bereits in einer tiefen Wirtschaftskrise. Die Protestbewegung in den osteuropäischen Städten war zwar auch von linker Rhetorik beeinflusst,¹¹ aber schon sehr bald kam es in breitem Ausmaß zu einem antisozialistischen und pro-kapitalistischen Charakter der Revolution mit bemerkenswerter Akzeptanz.

Starb der Reformprozeß mit dem Einmarsch?

Manche fragen auch anders: Was war noch möglich nach dem Einmarsch? Einige Forscher behaupten, mit dem Einmarsch war bereits alles entschieden. Ich bin nicht davon überzeugt. Nach dem Einmarsch hat sich der Spielraum der tschechoslowakischen Politiker zwar verringert, aber er war immer noch groß genug, z. B. für die Praktizierung des ungarischen Weges der stillen Reformen. Die entscheidenden Hindernisse kamen nicht von außen, sondern von innen. Die heterogene Koalition aus Dogmatikern (Antonín Kapek, Vasil Bilak), Pragmatikern (Lubomir Strougal, Gustáv Husák) und Slowaken beschritt jedoch nicht den ungarischen Weg, sondern den harten neostalinistischen Kurs von Erich Honecker.

Die Frage lautet warum?

Erstens: Man darf den starken Einfluß der sowjetischen Führung nicht unterschätzen, die diesen Kurs nach ihrem Vorbild forderte.

Zweitens: Im Vergleich zu Ungarn ging es nicht um dogmatischen Staatssozialismus oder liberale Demokratie mit Beteiligung von Faschisten. In der Tschechoslowakei war es eine Auseinandersetzung zwischen Dogmatikern und Reformsozialisten. Liberaldemokraten oder Faschisten gab beim Prager Frühling kaum. Die neugewählte Parteiführung hatte im Vergleich zu János Kádár keinen so breiten Spielraum. Es gab nur eine Möglichkeit für die eigene Politik: Ein harter Neostalinismus in der Politik und zaghafte Versuche in der wirtschaftlichen Sphäre. Die Reformversuche, z. B. nach der Vorstellung von Ota Šik, wurden erstickt.

Drittens: Zu Beginn und im Laufe der 1970er Jahre hat die Tschechoslowakei ein bemerkenswertes Wirtschaftswachstum erlebt. Die

¹¹ Noch im Dezember 1989 antworteten auf die Frage »Welche Wirtschaftsordnung sollte bei uns herrschen?« nur drei Prozent, daß sie kapitalistisch, 40%, daß sie sozialistisch und 45%, daß sie eine Mischung aus beiden sein sollte.

Regierung unter Lubomir Strougal hat den Lebensstandard zweifellos erhöht, begleitet durch eine großmütige Sozialpolitik.

Viertens: In der Slowakei hat der Neostalinismus auch eine soziale Basis gefunden: Die Slowaken haben eine föderative Republik bekommen. Seit dem 1. Januar 1969 war die Tschechoslowakei eine unitäre Föderation von zwei Bundesstaaten. Der Slowake Gustáv Husák ist als erster Vertreter dieser Nation zum Staatspräsidenten der Republik gewählt worden. Die Parteisäuberungen waren in der Slowakei auch nie so stark. Man sagte, als Wissenschaftler und ehemaliges Parteimitglied gehst du in Tschechien ins Kesselhaus, aber in der Slowakei ins Archiv der Bibliothek. In den 1970er Jahren hat sich der ökonomische Transfer aus Tschechien in die Slowakei erhöht. Er wird auf fünf Prozent des tschechischen BIP geschätzt.¹² Bis 1989 hatte sich das ökonomische Niveau zwischen Tschechien und der Slowakei angeglichen und in manchen Bereichen hat die Slowakei Tschechien sogar überholt, z. B. in der Hochschulausbildung.

Die Kombination des Drucks von außen, Hysterie beim bloßen Wort »Reform« und Wirtschaftserfolge der Slowaken waren die Grundlage der neostalinistischen Normalisierung und der Stärkung der sozialen Basis.

In der heutigen tschechischen Republik gibt es bedauerlicherweise niemanden, der das Erbe des Prager Frühlings antritt. In den Augusttagen gibt es jedes Jahr viele Zeitungskommentare, die leider geprägt sind von konservativer Interpretation des Prager Frühlings. So ist der 21. August in jedem Jahr vor allem die Wiederholung antikommunistischer Klischees. Wenn es in Tschechien keine starke kommunistische Partei geben würde, dann würde niemand soviel darüber schreiben. Sowohl der tschechische Staat als auch die tschechische Linke wissen anscheinend nichts mit dem Prager Frühling anzufangen. Eine »demokratisch-sozialistische« Interpretation setzt die Anerkennung dessen voraus, daß der Sozialismus möglich ist. Damit stimmen die Repräsentanten des tschechischen Staates einschließlich der Sozialdemokratie nicht überein und heben deshalb nur den Demokratisierungsprozeß hervor. Auch die kommunistische Linke stimmt dem nicht zu, weil sie sich nur an der Verteidigung der Normalisierungsvergangenheit ausrichtet. Der Prager Frühling bleibt so ein geächteter Teil einer geächteten Epoche.

¹² Siehe Miloš Pick: *sociální stát v éře globalizace*, 2. Juli 2004. In: www.sok.bz.

Isa Kreft
Zur Lektüre von Behrens an einem Beispiel

Die Bitte zu einem wirtschaftswissenschaftlichen Kolloquium einen Vortrag zu halten, überraschte mich. Bisher hatte ich mich mit solchen Themen nicht intensiv beschäftigt, was also konnte mein Beitrag sein? Die Idee gefiel mir jedoch, aus einem anderen wissenschaftlichen Hintergrund kommend, mit den Schriften von Behrens konfrontiert zu werden und herauszufinden, ob sie Interesse wecken und auch 2005 noch Anregungen geben können.

Mein Beispiel ist das dritte Sonderheft der Zeitschrift »Wirtschaftswissenschaft« aus dem Jahre 1956. Das war elf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Die DDR war sieben Jahre zuvor gegründet und befand sich in ihrer ersten Fünfjahrplanperiode. Der 17. Juni 1953 war gerade drei Jahre her. Die Zeitschrift erschien mir als eine Art Momentaufnahme einer wissenschaftlichen, aber auch einer politischen Auseinandersetzung zur politischen Ökonomie des Sozialismus.

Die Hauptbeiträge des Heftes stammen von Fritz Behrens, »Zum Problem der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze in der Übergangsperiode« und Arne Benary, »Zu den Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode«. Die anderen Artikel greifen die Auffassungen dieser beiden Autoren heftig an.

Behrens und Benary versuchen in analoger Weise, die Produktionsverhältnisse in der DDR zu beschreiben, und anhand der konkreten Voraussetzungen in diesem Land in der Anfangsphase des Sozialismus allgemeine ökonomische Gesetzmäßigkeiten und Triebkräfte der Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse zu formulieren.

Selbstverständlich setzen sie bei ihren Betrachtungen die prinzipielle Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus voraus, daß er als höheres Entwicklungsstadium der menschlichen Gesellschaft gesetzmäßig auf ihn folgt. Allerdings, so meint Behrens, könne von einem Sieg, und damit von einer auf realer Grundlage beruhenden Überlegenheit nur dann gesprochen werden, wenn er auch ökonomisch überlegen ist. Und er stellt die Frage: Wie muß Wirtschaft im Sozialismus unter dieser Prämisse funktionieren, wie muß sie betrieben werden? Wenn es keinen Markt gibt,

keine private Aneignung von Mehrwert und keine Konkurrenz, welches sind dann die Triebkräfte der ökonomischen Entwicklung? Behrens gibt zur Antwort, daß an die Stelle der alten, neue, die denen der bürgerlichen Gesellschaft inhärenten überlegen sind, treten müssen. Er nennt: Sozialistischen Wettbewerb, die Initiative der Werktätigen und die »bewußte Leitung« des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses.

Bis zum Ende des Sozialismus, 1989, waren diese »Triebkräfte« offenbar nicht ausreichend. Zu fragen ist, inwieweit sie tatsächlich existierten und eine Wirkung entfalten konnten. Die Niederlage des Sozialismus als Staatsform schloß auch das Scheitern in der Ökonomie ein. Bereits 1956 waren die ökonomischen Probleme, die letztlich zum Zusammenbruch führten, vorhanden. Sie wurden bereits damals erkannt, aber nicht gelöst bzw. konnten auch nicht gelöst werden.

Behrens nennt als Symptome für eine »unproportionale Entwicklung« – die es nach den damals herrschenden Auffassungen eigentlich nicht geben durfte – beispielsweise »nichtkontinuierliche Produktion«, »Überplanbestände«, »Kaufkraftüberhänge«. Die Ursachen dafür sieht er u. a. darin, daß die Wirtschaft über zentrale Weisungen gesteuert wird, anstatt durch die Stärkung der »Selbstverwaltung der Wirtschaft« eine »ökonomische Politik« zu betreiben. Real hingegen erfolgte eine Bürokratisierung, die Behrens wie folgt beschreibt:

»Die staatliche Administration spielt eine progressive Rolle, solange die neuen Produktionsverhältnisse erst geschaffen werden müssen [...] Ist das aber der Fall, so muß sie abgebaut [...] werden. Geschieht das nicht, so muß dies zu Gegensätzen zwischen dem bürokratischen Verwaltungsapparat und den Werktätigen führen. Die Folge hiervon sind Hemmungen des ökonomischen Fortschritts [...] Das zieht wieder eine Erhöhung der Administration nach sich, so daß sich schließlich beide Prozesse wechselseitig bedingen und an die Stelle des ständigen Fortschritts Züge der Stagnation treten.«¹

Behrens ist der Auffassung, daß die Gesetze der Warenproduktion – einschließlich des Wertgesetzes – auch im Sozialismus existieren und ihre Wirkungen entfalten. Um den oben angeführten, negativen Tendenzen entgegenzuwirken, sind sie nicht zu negieren bzw. zu unterdrücken, sondern im Gegenteil, »bewußt auszunutzen«.

1 Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze in der Übergangsperiode. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin 5(1956)Sonderheft 3. S. 129.

Weiterhin sieht er in der Stimulierung der materiellen Interessen der Werktätigen ein wichtiges Instrument bei der Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Er diskutiert ausführlich das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit im (ökonomischen) Handeln von Menschen und geht davon aus, daß diese sich nicht ausschließen sondern bedingen und dadurch zugleich eine wesentliche Triebkraft der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung darstellen.

Seine Schlußfolgerungen für eine ökonomische Politik im Sozialismus erscheinen verblüffend einfach: Staatliche Administration müsse zugunsten der Selbstverwaltung der Wirtschaft abgebaut werden, das Angebot von Waren und Dienstleistungen nach dem Bedarf geplant werden. Betriebe müssen effizient produzieren und dies mittels wirtschaftlicher Rechnungsführung kontrollieren. Sie sollen sogar Gewinn erzielen, den Behrens als »Reineinkommen« bezeichnet, und als »materielle Interessiertheit der Betriebe« versteht.

Zu Behrens' und Benarys Thesen nehmen in dem Sonderheft der »Wirtschaftswissenschaft« zahlreiche Kritiker Stellung. Stellvertretend sei hier Karl Kampfert, damaliger Mitarbeiter beim ZK der SED, genannt. Er wirft Behrens revisionistische Tendenzen vor, verdächtigt ihn – vor allem ob der Anerkennung des Wertgesetzes im Sozialismus und der Diskussion seiner Auswirkungen – der Wiedereinführung des Kapitalismus in der DDR. Außerdem unterschätze und negiere Behrens die politische Macht der Arbeiterklasse; hänge wohl gar der Luxemburgischen Spontaneitätstheorie an. Diese Vorwürfe werden so oder ähnlich auch von anderen Autoren erhoben.

Können die Auffassungen von Fritz Behrens und die damit verbundenen Auseinandersetzungen heute für uns aktuell – außer einem historischen Schlaglicht auf die Anfangsphase des Sozialismus in der DDR – etwas bieten?

Die politische Linke ist heute mehr denn je der Überzeugung, daß eine andere Gesellschaft nicht nur denkbar sondern sogar notwendig ist. Der Bezug auf Behrens könnte bei der Beantwortung der Frage helfen, wie sie denn auch (wirtschaftlich) möglich ist. Der real existierende Sozialismus war eine Kommandowirtschaft, unfähig, seine ökonomischen Probleme zu lösen. Vorgeblich wurde zwar die Arbeitsproduktivität immer weiter gesteigert, die immer »bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung« erreicht. Erscheinungen, wie »Exquisit«- oder »Delikat«-Geschäfte

dienten dazu, Kaufkraft abzuschöpfen. Konsumgüterproduktion wurde auf Betriebe der Schwerindustrie ausgeweitet, was ökonomisch ineffizient und wenig sinnvoll war. Anstelle der freien Entfaltung jedes einzelnen stand Bevormundung und Kontrolle durch den Staat. Die Idee vom Sozialismus als der besseren und gerechteren Gesellschaft wurde diskreditiert.

Seit 1956 hat sich das nationale und globale Umfeld dramatisch verändert, die Probleme stellen sich anders dar. Die Schere zwischen den reichen Ländern des Nordens und den armen Ländern des Südens auf der Welt öffnet sich immer weiter. Ökologische Katastrophen und Probleme nehmen mehr und mehr länderja weltübergreifenden Charakter an. Das globalisierte Kapital agiert immer unverfrorener. In Deutschland und Europa geht der rasante Abbau der sozialen Sicherungssysteme einher mit dem Erstarren rechtsextremer Parteien.

Die gegenwärtigen Gesellschaften lösen diese Probleme nicht, obwohl sie vom ökonomischen und technischen Potential dazu in der Lage wären – im Gegenteil – sie verschärfen sie noch. Die Aufgabe der Linken wäre es in dieser Situation, stärker in der Gesellschaft zu agieren, an den politischen Debatten teilzunehmen, sie selbst anzustoßen und die Inhalte zu bestimmen. Dies jedoch findet gegenwärtig kaum statt. Noch viel weniger ist die Linke in der Lage, eigene Vorstellungen und Visionen von der Gesellschaft zu entwickeln. Gerade auf wirtschaftlichem Gebiet zeigen sich Schwächen, insbesondere wenn es um die Finanzierbarkeit alternativer Vorschläge geht. Besonders deutlich wird dies dort, wo sie selbst in der politischen Verantwortung steht und alternative Gestaltungsmöglichkeiten mangels eigener Konzepte nicht nutzen kann und gleichzeitig vor Sachzwängen kapituliert. Die Analyse des Scheiterns des real existierenden Sozialismus ist noch immer unvollständig. Hier können Behrens Gedanken wichtige Ansatzpunkte liefern. Seine Methodik, nach dem wie und warum wirklich zu fragen, daraus Schlüsse zu ziehen und zur Diskussion zu stellen, ist hierfür nicht nur geeignet sondern notwendig.

Die Entwicklung von Vorstellungen über eine andere, eine solidarisere und gerechtere Gesellschaft kann nicht in einem in sich geschlossenen Modell enden. Der Diskurs darüber wird jedoch zu Erkenntnissen führen, welche die von Fritz Behrens gestellte Frage, »Ist Sozialismus eine Utopie oder nur eine Illusion?« berücksichtigen muß, und ihrer Beantwortung vielleicht ein bißchen näher bringt.

II.
Ökonomie, Gerechtigkeit und Solidarität

Günter Krause

Über Behrens' Beitrag zu einer Theorie alternativer Ökonomie

1. Verortung des Themas

Alternative Ökonomie in der Tradition von Fritz Behrens steht zweifellos vor immensen theoretischen wie praktischen Herausforderungen. Dabei wird sie heute und in Zukunft nur dann reale gesellschaftliche Relevanz erlangen und hegemoniefähig sein, wenn die emanzipatorischen Kräfte unter Einschluß des linken Spektrums in den Fragen der Ökonomie Kompetenz und Gestaltungsfähigkeit überzeugend und auf Dauer dokumentieren können. Es ist gar keine Frage, daß sich gerade Behrens dieser Intention allzeit verpflichtet sah.

Aus obigen Feststellungen erwachsen vor allem zwei gewichtige Konsequenzen. *Zum einen*, daß es in den zeitgenössischen Auseinandersetzungen um die weitere Ausrichtung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik einer systematischen Delegitimierung der ökonomischen Denk- und Handlungsmuster des Neoliberalismus, seiner zentralen Leitbilder und Kategorien bedarf. Kurz: es steht der Nachweis an, daß der Neoliberalismus »Hegemonie ohne Perspektive«¹ verkörpert.

Zum anderen wird mehr denn je die Entwicklung von konzeptioneller Gegenmacht notwendig,² denn natürlich gibt es in der Ökonomie, in der Wirtschaftspolitik strategische Begriffe. Wohl besitzt der Sarkasmus von Norbert Blüm einen gewissen Charme, wenn er mit Blick auf permanent vorgetragene neoliberale Losungen bemerkt: »Hätte ich einen Papagei, ich würde ihn drei Worte lehren: ›Kostensenkung‹, ›Deregulierung‹, ›Privatisierung‹« und im Grunde sei damit »das neoliberale Programm ausreichend beschrieben«³

1 Siehe Werner Goldschmidt/Dieter Klein/Klaus Steinitz (Hg.): *Neoliberalismus – Hegemonie ohne Perspektive*. Heilbronn 2000.

2 Siehe Mario Candeias: *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Argument-Sonderband. Neue Folge. AS 299. Hamburg 2004.*

3 Norbert Blüm: *Wenn der Billigste gewinnt*. In: »Die Zeit«. Hamburg vom 31. März 2005. S. 12.

sei. Doch es ist überhaupt keine Frage: die entmystifizierende Analyse des Neoliberalismus ist auf jeden Fall von einem gegenhegemonialen Projekt zu begleiten.

Mit anderen Worten: Unter den emanzipatorischen Kräften ist theoretische Klarheit und diskursive Verständigung über jene zentralen Herausforderungen, Problemlagen und Kategorien vonnöten, die es im Ringen um eine gerechtere und solidarischere Ökonomie kategorisch inhaltlich zu besetzen gilt. Das heißt eben, den Denk- und Politikmustern neoliberaler Ökonomie ist substantiell eine *andere* Sichtweise auf die Wirtschaft, ein *anderes* Verständnis von ökonomischer Rationalität und Wirtschaftspolitik, eine *andere* Logik des Wirtschaftens entgegenzustellen. Nachdrücklich sind also die ÖkonomInnen des emanzipatorischen Lagers aufgefordert, sich engagiert an der Schaffung eines neuen ökonomischen Paradigmas zu beteiligen.⁴

Dies ist um so mehr erforderlich, als in Wirtschaftsfragen unter den Linken Defizite in strategischer wie konzeptioneller Art unübersehbar sind und von einer alternativen politischen Ökonomie des globalen Kapitalismus wahrlich noch nicht die Rede sein kann. Insofern folge ich auch Klaus Dräger in seiner unlängst getroffenen Feststellung: »Wie die Konturen der unisono geforderten ›anderen Welt‹ und des ›anderen Europa‹ in bezug auf eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu zeichnen wären, wie die verschiedenen Teillösungsideen zu einem schlüssigen Ensemble verknüpft werden können, bleibt gegenwärtig eine offene und unbearbeitete Frage.«⁵

In diesem Kontext ergeben sich insbesondere zwei spannende Fragen. Die *erste* Frage lautet: welche Punkte gehören vor allem auf die Agenda einer solchen alternativen politischen Ökonomie? Meines Erachtens geht es hier etwa

– um eine systematisch angelegte Analyse sowie Wertung des heutigen Kapitalismus, seiner erkennbaren ökonomischen, sozialen und politischen Hauptprozesse und Kernkonflikte, der historischen Tendenzen seiner Akkumulation und Regulationsweise, der Genesis der verschiedenen Klassen und sozialen Gruppen, ihrer Rolle von Akteuren gesellschaftlicher Veränderungen;

4 Siehe William F. Fisher/Thomas Ponniah (Eds.): *Another World Is Possible. Popular Alternatives to Globalization at the World Social Forum. Nova Scotia, Selangor, Cape Town, London, New York 2003. S. 96.*

5 Klaus Dräger: *Die alternative europäische Linke und die »Wiedergeburt Europas«.* In: *SoZ. Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis. Köln (2003)5. S. 28.*

- um eine stringente Bestimmung des Übergangs zu einer alternativen ökonomischen Entwicklung sowie des Typs, der Verfassung, der Strukturen und Triebkräfte einer alternativen Wirtschaftsordnung (und handelt es sich dabei etwa um eine Variante von Sozialstaats-Kapitalismus, eine neue Ordnung des Dritten Weges, einen mit verschiedenen Attributen versehenen Sozialismus-Typ oder etwas Neues im Sinne von solidarischer Ökonomie?);
- um eine Fixierung der ökonomischen Entwicklungslogik, der Ziele sowie der zentralen Gestaltungsprinzipien von Wirtschaftsalternativen, Stichworte hierfür sind zum Beispiel »Wachstumsökonomie«, »Subsistenzökonomie«, »Ökonomie des guten Lebens«, »Nachhaltigkeitsökonomie«, »partizipatorische Ökonomie«;
- um eine Bestimmung der bevorzugten Steuerungsinstrumente alternativer Wirtschaftspolitik, ihrer jeweiligen Potentiale sowie Schranken und um eine Auswahl der entscheidenden Politikdimensionen: etwa vorzugsweise europäisch, eher nationalstaatlich, mehr regional oder stärker kommunal, wird dabei eine »Entweder Oder«-Logik oder ein »Sowohl Als Auch«-Ansatz präferiert und worin liegen die Vorzüge und Grenzen des jeweiligen Ansatzes;
- um eine Auswahl jener theoretisch-konzeptionellen Grundlagen, die langfristig einen realitätstauglichen Zugang zur Bewältigung der anstehenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen bieten.

Die *zweite* Frage ist schließlich derart zu formulieren: Inwieweit können ökonomische Theorietraditionen marxistischer Provenienz heute und in der Zukunft produktive Denkangebote bzw. inspirierende Beiträge zu der notwendigen weiteren Profilierung von alternativer Ökonomie liefern? Und worin würden diese dann bestehen?

Ganz ohne Zweifel rückt mit einer solchen Problemstellung auch die Befragung des Werkes marxistischer Ökonomen wie eben Fritz Behrens ins Blickfeld der Untersuchung, und damit natürlich die eingehende Prüfung seines Forschungsprogramms, seines Theorie- und Methodenansatzes.

2. Behrens und die Theorie alternativer Ökonomie – Fünf Thesen

Zum Begriff »alternative Ökonomie« ist zunächst anzumerken, daß es schon durchaus noch strittig ist, bei ihr – wie im alternativen

Diskurs zu finden – »von einem *neuen* Paradigma«⁶ zu sprechen. Doch ganz ohne Frage wird mit diesem Begriff ein spezifischer Typ ökonomischen Denkens charakterisiert.

Wodurch zeichnet er sich vor allem aus? Weltweit entstanden im Kontext der historischen Genesis unterschiedlicher Stadien und Varianten des Kapitalismus bzw. von unübersehbaren Deformationen des Staatssozialismus weist dieser Typ – wie die Theoriegeschichte offenbart – eine recht große Vielfalt auf. Er artikuliert nachhaltige ökonomische Kritik an der in diesen Gesellschaften vorherrschenden Wirtschaftstheorie und -praxis: Die Systemkritik ist ganz sicher sein herausragendes Merkmal. Zugleich steht er für Umbauten in den Strukturen, Institutionen und Lenkungsmechanismen der Wirtschaft. Dabei können bzw. sollen Veränderungen sowohl über Reformprojekte im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung wie auch über Aktivitäten mit systemsprengender Wirkung erreicht werden.

Alternative Ökonomie als ein unübersehbarer kritischer Reflex auf ökonomische, soziale, ökologische und geschlechterspezifische Konflikte und Disparitäten im Reproduktionsprozeß von Gesellschaften verkörpert insofern das wirtschaftstheoretisch und -politisch ausgedrückte Interesse an ihrer strukturellen Lösung bzw. generellen Aufhebung sowie an der Entwicklung und Einführung neuer ökonomischer Denk- und Gestaltungsprinzipien.

Luise Gubitzer stellt daher in diesem Zusammenhang recht treffend fest, daß dieser Typ von theoretischem Denken »eine Veränderung, Zurückdrängung, Redimensionierung, den ›Umbau‹ der Ökonomie an(strebt), um die vorhandenen Probleme zu beheben und die Entstehung von weiteren, wenn möglich, zu vermeiden«.⁷

Ausgehend von dieser Perspektive soll der Frage nachgegangen werden, worin der Beitrag von Fritz Behrens zur Theorie einer alternativen Ökonomie besteht bzw. worin er bestehen könnte. Dabei geht es jedoch nicht primär um einzelne Elemente aus der ökonomischen Theorie von Behrens, die für eine Kapitalismuskritik und die Suche nach wirtschaftlichen Alternativen als intellektuelle Ressourcen nutzbar wären. Hierzu ist in den zurückliegenden Jahren eine ganze Reihe wichtiger Überlegungen angestellt wor-

6 Luise Gubitzer: *Ein neues Paradigma in der Ökonomie*. In: Wilhelm Berger (Hrsg.): *Der verlorene Glanz der Ökonomie. Kritik und Orientierung*. Wien 1993. S. 129 (Hervorhebung – G. K.).

7 *Ebenda*.

den.⁸ Vielmehr soll in fünf sehr knappen Thesen der Versuch unternommen werden, nach der Relevanz seines *konzeptionellen* Beitrages für eine alternative Ökonomie zu fragen – wohl wissend, daß hier nur einige Andeutungen möglich sind und noch reichlich Stoff für weitere Forschungen vorliegt.

These 1: Fritz Behrens' marxistisch geprägtes Forschungsprogramm behandelt aus der Perspektive alternativen Denkens die *Ökonomie als wichtiges bzw. tragendes Moment eines demokratischen Sozialismus*, wobei er diesen selbst wiederum als das Produkt einer recht komplizierten, längere Zeit in Anspruch nehmenden historischen Entwicklung interpretiert hat.⁹

Die Ökonomie dieses demokratischen Sozialismus verbindet er auf nachdrückliche Weise mit wirtschaftlicher Rationalität, umfassender demokratischer Mitgestaltung der agierenden Wirtschaftssubjekte, sozialer Gerechtigkeit sowie vor allem mit »Gleichheit und Freiheit ohne Gewalt«, denn das war für ihn ohne jede Frage »die Quintessenz des sozialistischen Gedankens«.¹⁰

In diesen Generalzusammenhang ordnet Behrens dann auch alle Aktivitäten auf dem Felde von Wirtschaftstheorie und -politik ein. Das heißt, daß er die *Ökonomie*, die sich hier abspielenden Prozesse vor allem *als zentralen Bestandteil eines* alle gesellschaftliche Sphären umfassenden *historischen Transformationsprojektes* begreift. Insofern steht sein theoretischer Ansatz im Kern für alternatives Denken, für alternative Ökonomie im besten Sinne. Er erweist sich somit als eine durchaus bemerkenswerte ideengeschichtliche Quelle für zeitgenössische Diskurse emanzipatorischer Bewegungen und linker Kräfte über mögliche Pfade alternativer Entwicklung, über Wege zu einer gerechten und zukunftsfähigen Gesell-

8 Siehe etwa Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. *Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999.* – Joachim Bischoff/Hans-Georg Draheim: *Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zur politischen Ökonomie einer nichtkapitalistischen Gesellschaft. Supplement der Zeitschrift Sozialismus. Hamburg (2003)1.* – Hans-Georg Draheim: *Fritz Behrens und Arne Benary als kritische Vordenker einer sozialistischen Wirtschaftstheorie. In: UTOPIE kreativ. Berlin (Oktober 2002)144. S. 920ff.* – Peter C. Caldwell: *Productivity, Value, and Plan: Fritz Behrens and the Economics of Revisionism. In: History of Political Economy. Durham/NC 32(2000). S. 103ff.*

9 Siehe Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie. Berlin 1992. S. 114ff.*

10 Ebenda. S. 27.

schaft jenseits des tradierten Gegensatzes von »Revolution versus Reform«. ¹¹

These 2: Die von Fritz Behrens präsentierten ökonomischen Analysen, seine wirtschaftspolitischen Konzepte sowie seine programmatischen Überlegungen zu einer Neuorientierung der Wirtschaftstheorie und zum Umbau der Strukturen und Wirkungsprinzipien der DDR-Planökonomie weisen ihn als einflußreichen Protagonisten sozialistischer Reformökonomie aus.

Diese hatte sich sukzessive seit den 1950er Jahren innerhalb der Ökonomenzunft des europäischen Staatssozialismus entwickelt. ¹² Vor allem Behrens' forcierte *Thematisierung des Zusammenhanges von Reform und gesellschaftlicher Transformation* kann den Linken heute *produktive Anregungen für das Aufspüren von über den Kapitalismus hinausweisenden strategischen Entwicklungspfadern* liefern. ¹³

Mit seinem zwingenden Nachdenken über die Notwendigkeit sowie die möglichen Wege der Reformierung der Zentralplanökonomie rückt er frühzeitig – auch in den internationalen Diskurs eingreifend und diesen teils inspirierend – das Thema ökonomischer Reformen auf die politische Agenda. Herausragend und wegweisend für jedwede alternative Ökonomie sind zugleich seine Überlegungen, daß über den Erfolg von ökonomischen Reformen wesentlich politische Bedingungen und Strukturen entscheiden. Mit anderen Worten: die Beziehungen zwischen Wirtschaftsreformen und Reformen des politischen Systems avancieren bei ihm zu einem wichtigen Untersuchungsobjekt.

Worum handelte es sich bei der Reformökonomie? *Zum einen* war sie Produkt recht scharfer Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Defiziten sowie politisch-ideologischen Schranken der Wirtschaftslehre des Marxismus-Leninismus. Sie zeigte sich als Resultat kritischer Wahrnehmung gewichtiger Krisen der realso-

11 William F. Fisher/Thomas Ponniah (Eds.): Another World Is Possible. Popular Alternatives to Globalization at the World Social Forum. Novia Scotia, Selangor, Cape Town, London, New York 2003. S. 8.

12 Siehe hierzu Hans-Jürgen Wagener (Ed.): Economic Thought in Communist and Post-Communist Europe. London, New York 1998.

13 Siehe Michael Brie/Dieter Klein: Wie?: Die Wege – Revolution, Reform, Transformation – Marxistische Überlegungen. Beitrag zu den Thesen der Rosa-Luxemburg-Stiftung für das Seminar »Reform oder Revolution? Gesellschaftliche Konflikte, Konzepte, Akteure. Strategien des Kampfes gegen den Neoliberalismus«. Rio de Janeiro im Juni/Juli 2004. Berlin 2004.

zialistischen Wirtschaftspraxis bzw. erheblicher Funktionsstörungen des Systems der Planökonomie.

Zum anderen entstanden im Ergebnis von Reflexionen über den Zustand von ökonomischer Theorie und Praxis sowie beruhend auf einer generellen subjektiven Identifikation mit den genuinen Werten des Sozialismus substantielle Vorschläge zu Veränderungen in Strukturen und Steuerungsmechanismen, in Funktionsweise und institutioneller Ordnung der zentralen Planökonomie.

Es ging also – wie Tadeusz Kowalik feststellte – um Veränderungen »still within the framework of ›real socialism‹«. ¹⁴ Und in ihren gesellschaftlichen Visionen bekannten sich die ReformökonomInnen mehrheitlich zu einem Weg, der – so János M. Kovács – »led not to capitalism nor even to one of its social-democratic versions but to a better socialism«. ¹⁵ Zur Charakteristik dieses »besseren« Sozialismus wurden dann schließlich Attribute wie etwa »human«, »demokratisch«, »marktwirtschaftlich«, »mit menschlichem Antlitz« oder »pluralistisch« verwandt.

Die Entwicklung dieser insgesamt recht heterogenen Reformökonomie, für die eben auch Fritz Behrens stand, war zweifellos ein bemerkenswertes historisches Zeugnis. Erstens belegt dieses Denken ernsthafte Versuche, theoretische wie praktische Auswege aus den deutlich gewordenen Sackgassen der Planökonomie zu finden. Zweitens dokumentieren die Leistungen der Reformtheoretiker, daß auf dem Felde der Ökonomie auch innerhalb des Staatssozialismus ein durchaus produktives und eigenständiges intellektuelles Potential existierte. Drittens zeugen die Reformdiskurse von bestimmten Chancen und Möglichkeiten eines partiellen Aufbrechens der Denkschablonen der Offizialökonomie des Marxismus-Leninismus.

Wenn heute unter den linksorientierten ÖkonomInnen und Ökonomen etwa in der Bundesrepublik über Inhalt und Chancen ökonomischer Reformalternativen nachgedacht und gestritten wird, ¹⁶

¹⁴ Tadeusz Kowalik: *On Crucial Reforms of Real Socialism. Forschungsberichte des WIIW. Wien (1986)122. S. 3.*

¹⁵ János M. Kovács: *Reform Economics: The Classification Gap. In: Stephen R. Graubard (Ed.): Eastern Europe ... Central Europe ... Europe. Bolder, San Francisco, Oxford 1991. S. 198.*

¹⁶ Siehe etwa Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): *ReformAlternativen. Sozial – ökologisch – zivil. Berlin 2000.* – Dieter Klein (Hrsg.): *Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin 2003.* – Ulrich Duchrow/Franz J. Hinkelammert: *Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums. Oberursel 2002.* –

so sind ganz sicher nicht unmittelbar die konkreten Reformprojekte aus der Ära der Zentralplanökonomie virulent. Fraglos haben jedoch gegenwärtige Überlegungen, daß sich etwaige Reformalternativen im Rahmen eines sogenannten strategischen Dreiecks vollziehen sollten (das *erstens* Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik, *zweitens* gestaltende Reformpolitik unter gegebenen Bedingungen und *drittens* über die gegebene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinausweisende Alternativen beinhaltet), auch von der Erfahrungs- und Erkenntniswelt eines Fritz Behrens, seinem Ringen um Reformprojekte in der DDR bestimmte Inspirationen erhalten. Man vergegenwärtige sich anhand der Biographie von Fritz Behrens nur Stichworte wie etwa »Kritik und Widerstand«, »gestaltende Reformpolitik« sowie »über die gegebene Ordnung hinausweisende Alternativen«.

These 3: Einen zweifellos gehaltvollen *Beitrag zum Theorieprogramm alternativer Ökonomie* steuert Behrens in Gestalt seiner *Eigentumskonzeption* bei. Dabei charakterisiert er gerade im Zuge seiner recht zahlreichen Überlegungen und Entwürfe zur Wirtschaftsordnung eines demokratischen Sozialismus das Gemeineigentum frei assoziiierter Produzenten sowie die Bedingungen für eine plural verfaßte, sich selbst verwaltende Gesellschaft als höchst essentiell.

Nicht zufällig betont daher auch Gunther Kohlmey in seinem dem Nachlaßband von Fritz Behrens gewidmeten Aufsatz¹⁷ mit großem Nachdruck, daß sich insbesondere Behrens' Konzeption von Eigentum, Warenwirtschaft und Selbstverwaltung so völlig kontrovers zur relevanten kapitalistischen Ideologie verhält.¹⁸ Anregend für eine alternative Ökonomie wirkt sein Ansatz heute insofern, als daß jedwede Überlegungen zur Transformation des zeitgenössischen Kapitalismus in der Wirtschaftspolitik einen *prozeßhaften* Umgang auch mit den Eigentumsverhältnissen einschließen.

Joachim Bischoff/Klaus Steinitz (Hrsg.): Linke Wirtschaftspolitik. Bilanz, Widersprüche, Perspektiven. Hamburg 2003. – Adelheid Biesecker/Martin Büscher/Thomas Sauer/Eckhard Stratmann-Mertens (Hrsg.): Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancun. Hamburg 2004. – Klaus Steinitz: Chancen für eine alternative Entwicklung. Hamburg 2005. – Christa Luft: Wendeland. Fakten und Legenden. Berlin 2005. S. 187ff. – Ulrich Brand: Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg 2005.

¹⁷ Siehe Gunther Kohlmey: *Sozialismus – Utopie als Arbeitsaufgabe. Nachdenken über einen Nachlaßband von Fritz Behrens. In: UTOPIE kreativ. Berlin (1992)21/22. S. 88ff.*

¹⁸ Siehe ebenda. S. 91.

Was heißt das? Nicht irgendwann wird Enteignung als jäher Akt des Umsturzes vollzogen, sondern Erneuerung und Vertiefung der Demokratie im Wandel gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist angesagt. Auf diese Weise können schließlich demokratische Entscheidungen zivilgesellschaftlicher Akteure wachsenden Einfluß auf die Verfügung über Formen des Eigentums erlangen, etwa über privates Monopoleigentum, kommunales, öffentlich-rechtliches, genossenschaftliches oder gesamtstaatliches Eigentum.

Kurzum: Nachhaltige Demokratisierung der Wirtschaft als ein Prozeß der Veränderung vorhandener Kräftekonstellationen – dieser Weg zur Veränderung von Macht- und Eigentumsverhältnissen folgt den Intentionen von Fritz Behrens. Und daß diese in der Bundesrepublik und der EU hoch aktuell sind, zeigen die gewiß keineswegs zufälligen Versuche des Kapitals und seiner Verbände, aus der momentanen Schwäche der Linken wie der Gewerkschaftsbewegung politischen Gewinn zu schlagen, indem massive und wirklich grundsätzliche Angriffe auf die Bestände an Wirtschaftsdemokratie vorgetragen, Modelle von qualifizierter Unternehmensmitbestimmung als »Irrtum der Geschichte« (Michael Rogowski) denunziert werden.¹⁹

These 4: Behrens' inspirierendes Konzept über eine Wirtschaft des demokratischen Sozialismus zeichnet sich insbesondere dadurch aus, daß es durch ein *gesellschaftliches Leitbild* geprägt wird. In diesem stellen *ökonomische Effizienz, soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratisierung* aller Verhältnisse via Selbstverwaltung die *zentralen Eckpunkte* und zugleich eine *untrennbare Einheit* dar. In ihrer inneren Geschlossenheit sichern sie die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft.

Fritz Behrens' Grundgedanke, ausgehend von einem bestimmten gesellschaftlichen Leitbild die tragenden Verhältnisse und Zusammenhänge, die grundlegenden Kriterien und Kategorien einer Ökonomie zu definieren bzw. zu entwickeln, erweist sich als ein fruchtbarer Ansatz für die Theorie und Praxis alternativer Wirtschaft. Schließlich ist er von immenser Aktualität für Diskurse und Aktivitäten der Ökonominen und Ökonomen des emanzipatorischen Lagers. Denn die ökonomischen Debatten zu einzelnen Problemlagen, die teils bereits beschrifteten praktischen Pfade zu ei-

19 Siehe hierzu auch Heinz J. Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft. Köln 2005. – Heinz Bierbaum: Mitbestimmung und Unternehmenspolitik. In: Sozialismus. Hamburg (2005)1. S. 28ff.

ner »anderen Wirtschaft« wie auch die Ansätze alternativer Wirtschaftspolitik haben zunächst vor allem ein Problem in den Fokus zu rücken – es bedarf wirklich belastbarer Antworten auf die Frage nach Typ, Wesen, Werten und Leitbild künftiger Gesellschaft.

Sehr anregende Überlegungen hierzu sind zum Beispiel im »Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung«²⁰ präsentiert worden, einschließlich einer Reihe von Vorstellungen, was jedem Menschen seinen Wert und seine Würde gibt. Interessante und Debatten provozierende Gedanken zu dieser Problematik finden sich etwa auch – um nur einige Beispiele zu nennen – bei Michael Albert,²¹ Hilary Wainwright,²² Walden Bello,²³ Alex Callinicos,²⁴ Pat Devine,²⁵ Herman Daly²⁶ oder Christian Zeller.²⁷

Es ist keine Frage: Fragen der Wirtschaft sind Fragen von materiellen Interessen und sozialen Werten. Deshalb weisen natürlich die Art und Weise eines alternativen Wirtschaftens sowie die entsprechende Wirtschaftspolitik einen hohen normativen Charakter auf. Wesentlich hängen sie von den Aussagen über Ziele und Maßstäbe der »anderen Welt« ab. Und wenn der im emanzipatorischen Spektrum präsente Leitgedanke »Die Welt ist keine Ware!« oder die ebenfalls nachvollziehbare Auffassung »Leben ist mehr als Kapital« schlüssig sind – und daran kann es für mich keinen Zweifel geben – schließt das unter strategischen Aspekten eben auch ein, daß Fragen von Wachstum und Arbeit, Wohlstand und Bedürfnissen, Reichtum und Armut, Geld und Finanzen, Sparen und Investieren, Sozialstaat und Haushalt nur im Kontext eines grundlegenden Diskurses über angestrebte Lebens- und Gesellschaftsformen schlüssig behandelt werden können – etwa im Sinne des Leitmotivs »Anders wirtschaften, anders leben!« Daß es natürlich in diesem Zusammenhang eines radikalen Aufbrechens

20 Siehe Dieter Klein (Hrsg.): *Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung.* Berlin 2003.

21 Siehe Michel Albert: *Parecon. Life after Capitalism.* London, New York 2003.

22 Siehe Hilary Wainwright: *Reclaiming the State.* London 2003.

23 Siehe Walden Bello: *Deglobalization.* Hrsg. von Oliver Nachtwey und Peter Strotmann. Hamburg 2005.

24 Siehe Alex Callinicos: *Ein Anti-Kapitalistisches Manifest.* Hamburg 2004.

25 Siehe Pat Devine (Ed.): *Building Socialism Theoretically. Alternatives to Capitalism and the Invisible Hand. Science and Society.* New York 66(2002)1. *Special Issue.*

26 Siehe Herman Daly: *Beyond the Growth. The Economics of Sustainable Development.* Boston 1996.

27 Siehe Christian Zeller (Hrsg.): *Die globale Enteignungsökonomie.* Münster 2004.

vieler tradiertter ökonomischer Vorstellungen und Kategorien bedarf, dürfte unstrittig sein.

These 5: Prägend für Behrens' wirtschaftstheoretisches Konzept eines demokratischen Sozialismus ist unter wissenschaftsmethodischem Blickwinkel die produktive *Aufnahme und Verarbeitung von diversen intellektuellen Anregungen* aus dem Diskurs der internationalen Wirtschaftswissenschaft.

Seine Suche nach Alternativen in ökonomischer Theorie und Praxis basiert also – ungeachtet von zeitweilig auch bei ihm vorhandenen ideologischen Blockaden – auf grundsätzlicher wissenschaftlicher Offenheit. Sie betraf geistige Impulse, die sowohl den Denktraditionen marxistischer Ökonomie entsprangen als auch Theorietraditionen nichtmarxistischer Herkunft entstammten.

Für die zeitgenössische alternative Ökonomie ist – so scheint mir – Behrens' Vorgehen insofern relevant, als hier recht anschaulich dokumentiert wird, wie wichtig für die Entwicklung eines »anderen« wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsprogramms der kreativ-schöpferische Umgang mit ökonomischen Ideen bzw. geistigen Potentialen unterschiedlichster Provenienz ist. Mit anderen Worten: Die Formierung eines alternativen ökonomischen Paradigmas wird sich heute wohl kaum über die Geburt einer ökonomischen Großtheorie vollziehen. Vielmehr wird sie Resultat eines länger anhaltenden Suchprozesses, der Zusammenführung diverser wirtschaftskonzeptioneller Angebote aus sehr unterschiedlichen Denktraditionen und Regionen der Welt sein. Dabei zeichnet sich hinsichtlich der ökonomischen Erkenntnisse ab, was Manfred Max-Neef – wahrlich mit vielfältigen Erfahrungen aus Entwicklungsprojekten der »Barfuß-Wirtschaft« in Südamerika versehener chilenischer Ökonom und zudem Träger des Alternativen Nobelpreises – kürzlich pointiert betont hat: »Ein Merkmal der Armen ist, daß sie kolossal kreativ sind.«²⁸

²⁸ Manfred Max-Neef in »Die Armen sind kolossal kreativ« – das taz-Gespräch. In: »Die Tageszeitung«. Berlin vom 12./13. März 2005. S. 5.

*Karl Georg Zinn
Behrens und Keynes.
Von der radikalen Reform zur Transformation*

1. Begründung des etwas befremdenden Themas¹

Fritz Behrens (1909–1980) starb ein knappes Jahrzehnt, bevor die Berliner Mauer fiel. Den Niedergang des »realen Sozialismus«, den er als »Staatsmonopolismus«² charakterisierte und als eigenständige nichtsozialistische Formation begriff,³ hatte er von innen her scharfsichtig analysiert und niederschmetternd als eine neue Klassengesellschaft verurteilt. Die einschlägigen Manuskripte konnten selbstverständlich nicht zu Lebzeiten Behrens' publiziert werden. Sie erschienen posthum – auch das erst nach dem Zusammenbruch der Zentralverwaltungswirtschaften Osteuropas. Den repressiven Bedingungen eines autoritären Staates, der seine kritische Intelligenz nicht nur argwöhnisch überwachte und zensierte, sondern mehr oder weniger brutal disziplinierte, war Keynes nie unterworfen. Seine Kritik an der herrschenden Lehre und an einer aus seiner Sicht falschen, ja verheerenden (Wirtschafts)Politik konnte er frei publizieren. Behrens, 26 Jahre jünger als John Maynard Keynes (1883–1946), gehörte der nachfolgenden Generation an. Die Keynes prägenden Jugend- und Studienjahre lagen vor der Kata-

1 Im laufenden Text werden fremdsprachliche Zitate in deutscher Übersetzung referiert; in den Fußnoten werden sie hingegen nur im Original wiedergegeben. Mein Text stützt sich ganz überwiegend auf Behrens' posthum publizierte Arbeiten.

2 Beispielhaft sei hier nur eine der vielen einschlägigen Formulierungen zitiert: »Der Staatsmonopolismus ist auch als eine ›sozialistische‹ Variante keine Entartung oder Deformation des Sozialismus, wie seine kapitalistische Variante keine Entartung oder Deformation des Kapitalismus ist. Er ist eine gesellschaftliche Formation, die den Kapitalismus ablöste, nachdem er nicht durch den Sozialismus abgelöst worden war.« (Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie. Berlin 1992. S. 34).

3 »Der Staatsmonopolismus ist [...] keine Zwischenstufe, sondern hat sich als eine neue Produktionsweise konstituiert, als eine bürokratische Produktionsweise mit einem staatsmonopolistischen Überbau.« (ebenda. S. 35). – »Der real existierende Sozialismus ist keine Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus bzw. gar schon Kommunismus, sondern eine selbständige gesellschaftliche Formation.« (ebenda. S. 38).

strophe des Ersten Weltkriegs,⁴ für Behrens wurde hingegen die Zeit danach zur geistig wegweisenden Lebensphase.

Eine tiefergehende, unvoreingenommene, gar ideell anregende Rezeption der Keynesschen Theorie läßt sich in Behrens' Schriften nicht nachweisen, weder in den zu Lebzeiten publizierten, noch in den posthum veröffentlichten »Geheimpapieren«. Vielmehr scheint Behrens' Kenntnis der Keynesschen Theorie recht dürftig und von Fehl- und Vorurteil bestimmt gewesen zu sein.⁵ Nicht einmal in einer Fußnote taucht ein Verweis auf eine Publikation von Keynes in letztgenannten Schriften Behrens' auf – deutlich anders als etwa Verweise auf Schumpeter, mit dem sich Behrens relativ ausführlich befaßte.⁶ Gegenüber Keynes' Gesamtwerk ließ sich Behrens also evidente Unkenntnis und ideologische Befangenheit zu schulden kommen. Hierbei ist vielleicht als mildernder Umstand anzuführen, daß nicht nur von den Ideologen des Realsozialismus, sondern auch von manchen Linken im Westen der Keynesianismus als perfider Reformismus gebrandmarkt wurde. Er verführe die Arbeiterschaft mit illusionären Reformversprechungen, sei nur Lebensverlängerung des von Krisen geschüttelten kapitalistischen Systems. Diese Kritik traf aber allenfalls den von der »neoklassischen Synthese« gefledderten Keynes – den »Bastard-Keynesianismus« in der Diktion Joan Robinsons – und bezog weder Keynes' Langfristanalyse des kapitalistischen Systems mit ein, noch wurde anerkannt, daß wesentliche Momente keynesianisch inspirierter Sozialstaatlichkeit gegen Kapitalinteressen durchgesetzt wurden. Daß dabei sowohl der Systemkonflikt als Katalysator wirkte als auch – das gilt insbesondere für das westliche Nachkriegsdeutschland – die kompromittierten Nazi-Kollaborateure der Kapitalfraktion zwecks Wiederherstellung ihrer alten Eigentums- und Machtverhältnisse Konzessionen an die Arbeiterschaft machten bzw. machen mußten, läßt sich heute allerdings viel deutlicher erkennen als in den ersten zwei bis drei Nachkriegsjahrzehnten.

4 Von den verschiedenen Keynes-Biographien sticht ihres Umfangs und der zugrunde liegenden Detailrecherchen wegen die dreibändige Darstellung von Skidelsky hervor, die auch in einer komprimierten, einbändigen Ausgabe vorliegt (siehe Robert Skidelsky: *John Maynard Keynes*. Vol. 1–3. Oxford 1983, 1992 und 2000).

5 »Die Kritik an einer sozialistischen ›Wirtschaftsrechnung‹ ähnelt oft in einer fatalen Weise den lächerlichen Rezepten der Geldreformer von Gesell bis Keynes.« (Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie*. Berlin 1992. S. 162).

6 Siehe ebenda. S. 122ff.

Die Notwendigkeit für jene opportunistische Geschmeidigkeit besteht nicht mehr. Auch deshalb marschier(t)e die antikeynesianische Konterrevolution so siegreich zurück in die vorkeynesianische Vergangenheit. Die linke Pauschalkritik am Keynesianismus übertrieb, indem sie die objektiven Verbesserungen für die arbeitenden Menschen, die durch die keynesianischen bzw. keynesianisch fundierten Reformen erreicht worden waren, bagatellierte, ja diffamierte. Das war dem antikapitalistischen Rundumschlag der realsozialistischen Ideologen geschuldet. Behrens blieb nicht frei von solcher Realitätsverzerrung und verengter Abqualifizierung des »Wohlfahrtsstaates« als Korruptionsmechanismus und des (beschäftigungspolitischen) Interventionismus als allein der Kapitalverwertung verpflichtet.⁷ Mit solcher Einseitigkeit verfehlte Behrens die für die dialektische Geschichtsbetrachtung erforderliche Differenziertheit.⁸ Doch der weit schwerer wiegende Mangel jener Keynes-Kritik bestand in der mit dem ideologischen Gegner geteilten Blindheit gegenüber dem *Gesamtgebäude* der Keynesschen Theorie und ihren Implikationen für die Langfristanalyse des entwickelten Kapitalismus. Bis heute wird der Kern der Keynesschen

7 »Die Monopolisierung des Kapitalismus blockierte seine ökonomischen Gesetze, so daß staatliche Eingriffe für ihre Durchsetzung notwendig wurden, die schließlich dazu führten, daß wichtige Elemente des staatlichen Überbaus in die Basis integriert wurden. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ersetzte dann die unmittelbare Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die politische Gewalt einer zentralistischen Staatsmacht durch psychische Manipulation und Korruption durch Wohlstand.« (ebenda. S. 35. Hervorhebung – K. G. Zinn). – Günter Krause hat in einer differenzierten Würdigung von Behrens' Beitrag zur Geschichte der politischen Ökonomie auf Behrens' erhebliche ideologische Befangenheit und (Kenntnis-)Schwächen gegenüber den nichtsozialistischen Kritikern des kapitalistischen Marktsystems hingewiesen (siehe Günter Krause: Fritz Behrens und die Geschichte der politischen Ökonomie. In: Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999. S. 94ff.

8 Aus heutiger Sicht erscheint auch Behrens' harsches Urteil über den »Realsozialismus« als zu eng, wenn auch nicht falsch. Behrens gab m. E. der Vollbeschäftigung, der sozialen Sicherung und der doch vergleichsweise mäßigen Einkommensungleichheit in den realsozialistischen Volkswirtschaften nicht das ihnen angemessene Gewicht, und dadurch erscheint seine Realsozialismus-Kritik bei aller Angemessenheit in vielen wichtigen Aspekten doch undifferenziert. Psychologisch ist das mit Blick auf Behrens' persönliche Situation durchaus verständlich, sollte aber gerade wegen der Behrensschen Treffsicherheit in der Analyse des undemokratischen Politischen Systems und der mangels Anerkennung der Wertgesetzfunktion für eine hoch entwickelte Volkswirtschaft mit internationalen Handelsbeziehungen bedingten Ineffizienzen und Innovationsschwächen nicht beschönigt bzw. verschwiegen werden.

Langfristtheorie, das Stagnationstheorem,⁹ von den Wirtschaftswissenschaftlern – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ignoriert; allenfalls wird es als zeitbedingte, d. h. als Reaktion auf die Große Depression der 1930er Jahre geborene Idee ohne grundsätzliche historische und wirtschaftspolitische Bedeutung, sozusagen als ein theoriegeschichtliches Kuriosum, registriert. Die ökonomische Profession sieht in Keynes einen Reformisten. Ob Anhänger oder Kritiker des Keynesianismus – es besteht bisher *weitgehend* Einigkeit darüber, daß die »Keynessche Revolution« nicht mehr, aber auch nicht weniger als einen Paradigmenwechsel der marktwirtschaftlichen Theorie bedeutet, also reformistisch erscheint und keine sozialökonomische Systemtransformation ansteuert. *Weitgehend* besteht diese Einhelligkeit der Meinungen, aber nicht vollständig. Die neoliberalistischen Extremisten fürchteten nämlich schon immer, daß auch das kleinste Quantum Staatsinterventionismus den Weg zur Zentralverwaltungswirtschaft ebnete, und so galt solchen Leuten beispielsweise Roosevelts New Deal als offener und der Keynesianismus zumindest als untergründiger »Sozialismus«. Aus heutiger Sicht erscheinen diese Deutungen nicht mehr so absurd wie zur Zeit ihrer ersten Proklamation. Denn der seit fast dreißig Jahren ablaufende politische und ideologische Angriff auf den sozialstaalichen Interventionismus führte zu einer Situation, der gegenüber der keynesianisch fundierte Sozialstaat im Nachkriegseuropa bis Mitte der 1970er Jahre – jene als »les trente glorieuses« apostrophierten Jahrzehnte – in der Tat ein wenig von

9 Stagnation bedeutet nicht, daß es kein Wirtschaftswachstum mehr gibt, sondern daß dieses im Trend hinter dem Produktivitätswachstum zurück bleibt und deshalb bei konstanter Arbeitszeit der Erwerbspersonen Dauerarbeitslosigkeit eintritt. Keynes' selbst hat sich um eine »Popularisierung« des Stagnationstheorems nicht bemüht. Das mag mit ein Grund dafür sein, daß dieses Theorem sowie die einschlägigen Publikationen von Keynes bis heute eine Art Untergrunddasein fristen. Siehe die Originalquellen u. a. John Maynard Keynes: Some Economic Consequences of a Declining Population (1937). In: John Maynard Keynes: The Collected Writings of John Maynard Keynes. Bd. 14. London-Basingstoke 1973 und 1989. S. 124–133. – John Maynard Keynes: The Long-term Problem of Full Employment. In: Ebenda. Bd. 27. London-Basingstoke 1980. S. 320ff. – Siehe auch Norbert Reuter: Ökonomik der »Langen Frist«. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industrieergesellschaften. Marburg 2000. – Karl Georg Zinn: Die Langfristperspektive der Keynesschen Wirtschaftstheorie. In: Das Wirtschaftsstudium. Düsseldorf 27(August/September 1998). S. 926–935. – Eine deutsche Übersetzung des gesamten Textes findet sich in Norbert Reuter: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief. Marburg 1998. S. 139–144.

der Aura eines sozialistisch angehauchten Gemeinwesens ausstrahlte; und der demokratische Wohlfahrtsstaat Schwedens war in mancher Hinsicht einer sozialistischen Gesellschaft weitaus näher als alle vergangenen und gegenwärtigen sozialökonomischen Formationen.¹⁰ Die »gemischte Wirtschaftsordnung« (mixed economy) der ersten zwei bis drei Nachkriegsjahrzehnte unterschied sich jedenfalls in den Wesensmerkmalen ihres Überbaus grundsätzlich von dem im Verlauf der neoliberalistischen »Gegenrevolution« restaurierten Kapitalorientierung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Behrens war kein echter Antikeynesianer, sondern es fehlte ihm an der erforderlichen Detailkenntnis dessen, was er abqualifizierte. Was vermag also überhaupt zu einer sinnvollen Frage zu führen, die die beiden in familiärer Herkunft, Bildungsgang, Lebenslauf, theoretischen Grundlagen, ideologischer Sozialisation, politischer Wirkmächtigkeit und wissenschaftlicher Geltung so verschiedene Denker des vergangenen Jahrhunderts unter eine Überschrift stellt? Der äußere Anlaß, ein Symposium zu Fritz Behrens' Werk, ist eben nur äußerer Anlaß für ein »Behrens-Keynes-Thema«. Auch andere in ihrem kritischen Verständnis des Kapitalismus herausragende Ökonomen des 20. Jahrhunderts – nennen wir beispielhaft ohne Rangordnung etwa den von Behrens ausführlicher diskutierten Schumpeter, Sweezy, Preiser Adolph Loewe oder der kürzlich verstorbene Robert Heilbroner – sind neben anderen denkbare »Behrens-Partner« für eine theoriegeschichtlich vergleichende Betrachtung; wobei – anders als in der hier erörterten Thematik – Behrens' Utopie-Vorstellung und die antiutopistische Ideologie der Gegenwart¹¹ besondere Beachtung verdienen.

10 Zu den sozialökonomischen Besonderheiten der skandinavischen Länder und ihren spezifischen kulturellen Dimensionen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik siehe Cornelia Heintze: Das skandinavische Erfolgsmodell und sein kulturelles Fundament – eine Annäherung. Erscheint in Zeitschrift Arbeit. Dortmund 2005. – Cornelia Heintze: Die Zukunfts-Blockade, BSE, Armut, Terrorismus – Warum in der Gesellschaft kollektives Vorsorgelernen mißlingt. Berlin 2002. – Karl Georg Zinn: Die Zukunft eines qualitativen Keynesianismus in Europa. In: Zeitschrift Arbeit. Dortmund (2003)4. S. 277–294.

11 Siehe Ernst Wurl: Die politische Utopie bei Fritz Behrens. In: Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999. – Kurt Lenk: Das Elend des Anti-Utopismus. In: Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte. Frankfurt am Main (2005)4. S. 33–38. – Siehe auch weitere Aufsätze in der zitierten Zeitschrift.

Doch eine geistige Beziehung zwischen Behrens und Keynes zu erkennen, wäre insofern aufschlußreich, als es beiden darum ging, den jeweiligen Status quo ihres gesellschaftlichen Umfeldes zugunsten einer humaneren Sozialökonomie zu reformieren – oder historisch zutreffender: zu transformieren. Gerade die weitgehend fehlende Rezeption des Keyneschen Werkes durch Behrens, den jüngeren der beiden, würde die historische Relevanz auch von Keynes' Zukunftsvorstellungen unterstreichen, wenn Behrens unabhängig von seinem berühmten älteren Zeitgenossen zu ähnlichen oder gar gleichen Positionen gelangte.

In der vergleichenden Werkschau fallen in der Tat partielle Gemeinsamkeiten auf, die zwar nicht deckungsgleich sind, aber doch eine – vor dem Hintergrund der vorhergehenden Bemerkungen – erstaunliche Geistesverwandtschaft erkennen lassen.

2. Kampf gegen ideologische Dogmatiker und für liberal-sozialistische Reform

Der Sozialist Behrens und der Sozialliberale Keynes kritisierten die Orthodoxien – Behrens den Marxismus-Leninismus, Keynes die neoklassische Gleichgewichtstheorie. Keynes hatte Marx wohl nie im Original gelesen und seine aus zweiter Hand gelieferten Urteile und Vorurteile hinderten ihn, etwa die frappierende Übereinstimmung sachgerecht zu würdigen, die zwischen seiner eigenen, nachfrageorientierten Ursachenbestimmung der Krisen »reifer« Volkswirtschaften und der von Marx im Zusammenhang mit dem Realisierungsproblem dargelegten Absatzkrisen besteht.¹² Keynes' süffisante Bemerkungen über die »Katastrophenpartei«,¹³ womit er die Linke der britischen Labour Party meinte, spiegelte seine mental verankerte Aversion gegen jeglichen Radikalismus – außer seinem eigenen selbstredend – wider und zeugt von seiner

12 Siehe Karl Georg Zinn: *Arbeit, Konsum, Akkumulation. Versuch einer integralen Kapitalismusanalyse von Keynes und Marx.* Hamburg 1986. S. 53ff. – Peter Kenway: *Marx, Keynes and the Possibility of Crisis.* In: *Cambridge Journal of Economics.* Bd. 4. Cambridge 1980. S. 23–36. – Siehe auch die kurze Kommentierung von Donald Moggridge in *John Maynard Keynes: The Collected Writings of John Maynard Keynes.* Bd. 13. London-Basingstoke 1973 und 1989. S. 420.

13 »... the extreme left wing – the section of the Labour Party which I shall designate the party of catastrophe.« (John Maynard Keynes: *Am I A Liberal?* In: *John Maynard Keynes: The Collected Writings of John Maynard Keynes.* Bd. 9. London-Basingstoke 1972 und 1989. S. 297).

sich selbst auferlegten Beschränkung, die Kritik am Status quo der kapitalistischen Ökonomie nicht über die nach seiner Ansicht auf reformpolitischem Weg behebbaren Mängel hinaus zu treiben. Behrens' theoretisches Werk hingegen wäre ohne Marx und Marxismus, an dessen Fortentwicklung er ja wesentlich beteiligt war, nicht möglich gewesen.

Im Unterschied zu Keynes blieb Behrens der Einfluß auf die Wirtschaftspolitik weitgehend verwehrt, und auch sein theoretisches Gesamtwerk findet erst langsam angemessene Beachtung. Es wird noch dauern, ehe Behrens, der Kapitalismus und Realsozialismus gleichermaßen für untauglich hielt, eine humane, den Zukunftsfragen gewachsene Lösung der sozialökonomischen Probleme herbeizuführen, von einem seinen Ideen günstigeren Zeitgeist aufgenommen werden wird. Vielleicht wären seine Ideen realitätswirksam geworden, wenn ihm der »historische Zufall«,¹⁴ dem er in seinen geschichtsphilosophischen Überlegungen so hohe Bedeutung für die Entwicklungsrichtung sozialökonomischer Formationen beimaß, günstig begegnet wäre, ihm etwa die Chance gewährt hätte, in der Debatte um einen neuen DDR-Staat des demokratischen Sozialismus (nicht nur für Behrens ein Pleonasmus) Partei zu ergreifen.

Doch auch Keynes erlebte trotz seines frühen Weltruhmes als wissenschaftlicher Ökonom und Kritiker des Versailler Vertrages erst mit und infolge der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs die breite Anerkennung seiner Theorie in der wirtschaftspolitischen Praxis. Auch das nur unvollständig und, wie wir seit dreißiger Jahren beobachten, nicht irreversibel. Sein sozialliberales, in letzter Konsequenz vielleicht zu recht sozialistisch zu nennendes Bild von einem guten, gelungenen Gemeinwesen ist gewiß nicht klassenkonformer Ideologie geschuldet. Wäre Keynes' Klassenzugehörigkeit für seine normative Auffassung von der richtigen Gesell-

14 Die postumen Schriften Behrens' zeigen an vielen Stellen, daß er die Hypothese, es gäbe Geschichtsgesetze, verwarf und nur historische Möglichkeiten für verschiedene Entwicklungen konzidiert, die konkret vom »historischen Zufall« abhängen. »Die historische Dialektik, wie sie Marx und Engels sahen, vollzog sich nicht so, daß die Zufälligkeiten sich diskret zurückzogen, wenn sie ihr Werk vollbracht hatten.« (Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie. Berlin 1992. S. 200). – »Der real existierende Sozialismus war nicht notwendig, er war historisch zufällig und letztlich vermeidbar.« (ebenda. S. 58). – Siehe auch Ernst Wurl: Die politische Utopie bei Fritz Behrens. In: Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999. S. 127.

schaft bestimmend geworden, hätte er tatsächlich jener Apologet des Kapitalismus sein müssen, wie es ihm von linken Positionen aus vorgeworfen wurde. Doch es trifft das Gegenteil zu. Daß Keynes die Neoklassik, den Kernbestandteil der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie, frontal angriff und bis heute die zentrale Figur im Feindbild des Neoliberalismus abgibt, legt die These nahe, daß Keynes seine normativen Ideen seiner fundamentalen Einsicht in die Krisenhaftigkeit des Laissez-faire-Kapitalismus und somit auch in die ideologische Bestimmtheit der neoklassischen Wirtschaftstheorie verdankt. Seine Kritik am realen Kapitalismus artikuliert sich zwar auch moralisch, aber sie ist nicht rein moralisch begründet, sondern aus wissenschaftlicher Erkenntnis geboren. Denn wie kann eine Wirtschaftstheorie, die auf der realitätswidrigen Unterstellung beruht, die kapitalistische Marktwirtschaft sei essentiell ein »natürliches« Gleichgewichtssystem, wahr sein, da sie ihr Erkenntnisobjekt gar nicht in seiner faktischen Existenz analysiert, sondern es von Anfang an mystifizierend umdeutet; umdeutet zugunsten der Legitimierung des kapitalistischen Status quo – formal und methodisch durchaus in wissenschaftlicher Arbeitsweise, aber mit ideologischer Vorgabe und in der kryptisch tradierten Metaphysik des Glaubens an die vermeintlich »prästabilisierte Harmonie« der Laissez-faire-Ökonomie.

3. Markt und Plan

Keynes gehörte zu den Berühmtheiten seines Fachs im 20. Jahrhundert, und spätestens seit 1919/1920, seit seiner scharfen Kritik am Versailler Vertrag,¹⁵ fand er breite internationale Aufmerksamkeit. Seine neue Wirtschaftstheorie bestimmte, wie schon erwähnt, zeitweilig die Leitlinien der Wirtschaftspolitik der meisten kapitalistischer Länder nach dem Zweiten Weltkrieg in erheblichem Maß. Bis zu seinem Tod fungierte er als einflußreicher Berater der englischen Regierung. Sein als »Keynes-Plan« bekannter Entwurf für die Weltwährungsordnung der Nachkriegszeit konnte auf der Bretton-Woods-Konferenz (1944) gegen die Dominanz der im »White-Plan« formulierten US-amerikanischen Interessen zwar nicht erfolgreich

15 Siehe John Maynard Keynes: *The Economic Consequences of the Peace*. In: John Maynard Keynes: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*. Bd. 2. London-Basingstoke 1971 und 1984. – John Maynard Keynes: *A Revision of the Treaty*. In: *Ebenda*. Bd. 3. London-Basingstoke 1971 und 1990.

konkurrieren, aber Keynes' Einschätzung der währungspolitischen Erfordernisse der Weltwirtschaft nach Ende des Krieges erscheint heute eher noch sachgemäßer als zur damaligen Zeit.¹⁶

Gegenüber Keynes, einem Großfürsten der Politischen Ökonomie, nimmt sich Fritz Behrens bescheiden aus. Sein wissenschaftliches Werk wurde kaum über den nationalen Rahmen hinaus wahrgenommen, und sein theoretisches und wirtschaftspolitisches Potential blieben wegen der harten Repression, der er unterworfen wurde, zum Schaden einer zukunftsweisenden, sozialistischen Reformpolitik weitgehend ungenutzt. Beide Wissenschaftler sahen sich wegen ihrer Opposition zu der jeweiligen Orthodoxie ihres Faches vehementen Angriffen ausgesetzt, in denen sich wissenschaftliche und ideologische Gegnerschaften artikulierten. Beide Wirtschaftstheoretiker betonten die Notwendigkeit eines marktwirtschaftlichen Koordinationsmechanismus, um in einer hochentwickelten Friedenswirtschaft Effizienz des Faktoreinsatzes und bestmögliche Befriedigung der individuellen Konsumbedürfnisse zu gewährleisten.¹⁷ Beide erkannten aber auch die Unabdingbarkeit

16 Siehe Elke Muchlinski: Kontroversen in der internationalen Währungspolitik. Retrospektive zu Keynes-White-Boughton und IMF. In: Interventionen. Bd. 2. Berlin (2005)1. S. 57–73.

17 Marktbeziehungen werden von Behrens in der Regel als »Warenproduktion« bezeichnet; sie seien aber durchaus mit der Aufhebung des Warencharakters der Arbeit vereinbar, wenn die Produzenten selbst über den gemeinschaftlich geschaffenen Wert verfügen, also sozialistische Produktionsverhältnisse erreicht sind; eine ähnliche Vorstellung läßt sich bei Erich Preiser erkennen, wenn er zwischen auterger (sozialistischer) und allgerger (kapitalistischer) Wirtschaft unterscheidet (Erich Preiser: Grundzüge der Konjunkturtheorie. Tübingen 1933). – Behrens bemerkt in seiner Kritik am Realsozialismus: »Die Liquidierung der abstrakten Arbeit, d. h. des Wertes durch die Aufhebung der Warenproduktion bedeutet die Schaffung einer naturalen Wirtschaft, in der nur die Gebrauchswerte geplant werden und die damit auf die Vergleichbarmachung verschiedener Arbeiten und ihrer Produkte verzichtet und damit auf die Minimierung des Arbeitsaufwandes für einzelne Produkte und Maximierung des Effekts der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, die nur durch den Wert und Wertkategorien möglich ist. In einer solchen Produktionsweise gäbe es keine Chance für Freiheit und Gleichheit der Individuen; sie wäre Basis einer auf die Spitze getriebenen Despotie und das kontradiktorische Gegenteil einer sozialistischen Gesellschaft.« (Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie. Berlin 1992. S. 177). – Diese Passage läßt sich dahingehend verstehen, daß Behrens den Marktmechanismus im rein instrumentellen Sinn nicht nur der wirtschaftlichen Effizienz wegen für erforderlich hielt, sondern auch der Freiheit und Gleichheit halber. – Siehe auch Horst Richter: Fritz Behrens zu Warenproduktion und Wertgesetz im Sozialismus. In: Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«.

einer makroökonomischen Regulierung des Wirtschaftsprozesses, um den sonst unauflösbaren Konflikt zwischen Gesamtinteressen und individuellem Selbstinteresse im Sinn einer sozial befriedigenden und dauerhaft stabilen Entwicklung zu bewältigen. Die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse, insbesondere die Kontinuität der dem historischen Niveau der Volkswirtschaft adäquaten Akkumulation, erfordere zudem eine gesamtwirtschaftliche Planung. Keynes hielt die »Sozialisierung der Investitionstätigkeit«¹⁸ für notwendig, um der Arbeitslosigkeit und den wiederkehrenden Krisen auf lange Sicht vorzubeugen. Unter Sozialisierung verstand er in diesem Zusammenhang nicht die juristische Veränderung des Produktionsmitteleigentums, sondern die gesamtwirtschaftlich abgestimmte Planung der öffentlichen und privaten Investitionen. Denn nur dadurch ließen sich das zur anhaltenden Vollbeschäftigung erforderliche Ausmaß der Investitionen und die Kontinuität der Sachkapitalbildung erreichen. Nur der Staat – gewiß sollte er ein demokratischer Staat sein – ist in der Lage, die Initiative hierfür zu ergreifen und die makroökonomische Planung durchzusetzen.¹⁹ Selbstverständlich postulierte Behrens ebenfalls die Unabdingbarkeit der (gesamtwirtschaftlichen) Planung und der damit auch erforderlichen staatlichen Implementierungskompetenz für eine stabile und effiziente Volkswirtschaft.²⁰ Jedoch grenzte er die »Planwirtschaft« scharf von der »Zentralverwaltungswirtschaft« ab, die in Notlagen und Kriegszeiten angemessen sein mochte,

Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999.

18 »Furthermore, it seems unlikely that the influence of banking policy on the rate of interest will be sufficient by itself to determine an optimum rate of investment. I conceive, therefore, that a somewhat comprehensive socialisation of investment will prove the only means of securing an approximation to full employment; though this need not exclude all manner of compromises and of devices by which public authority will co-operate with private initiative.« (John Maynard Keynes: *The General Theory of Employment, Interest and Money*. In: *John Maynard Keynes: The Collected Writings of John Maynard Keynes*. Bd. 7. London-Basingstoke 1973 und 1989. S. 378).

19 Siehe *John Maynard Keynes: Concluding Notes on the Social Philosophy towards which the General Theory Might Lead*. In: *Ebenda*. S. 372–384.

20 Siehe Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie*. Berlin 1992. S. 132ff. und 155ff. – Siehe auch Klaus Steinitz: *Probleme einer gesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft*. In: Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. *Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums*. Leipzig 1999. S. 105–113.

aber »nie haben Sozialisten behauptet, eine sozialistische Planwirtschaft sei eine Zentralverwaltungswirtschaft.«²¹

3. Die kritische Schwelle zwischen Reformkapitalismus und sozialistischer Transformation

Der Einleitungssatz des letzten, des »sozialphilosophischen« Kapitels von Keynes' meist beachtetem Werk, der »Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«, von 1936, verdient, immer wieder – jedenfalls so lange seine Feststellung auf die Realität zutrifft – in Erinnerung gebracht zu werden:

»Die auffälligsten Mängel der Wirtschaftsgesellschaft, in der wir leben, sind ihr Versagen, Vollbeschäftigung zu gewährleisten, und die willkürliche und unausgeglichene Verteilung von Vermögen und Einkommen.«²²

Keynes' gesamtes wirtschaftstheoretisches Werk ist um diese Probleme zentriert: Wie lassen sich Vollbeschäftigung und eine sozial ausbalancierte Verteilung erreichen. Offenkundig handelt es sich um (wirtschafts)politische Ziele, und somit geht es um sozialetische Normen.²³ In seinen prognostischen Einschätzungen

21 Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie*. Berlin 1992. S. 132. – Er fährt fort: »Das Modell einer Zentralverwaltungswirtschaft ist das Modell der Wirtschaft eines zerstörten, ausgehungerten, notleidenden Landes, in der knappe Mittel nicht ökonomisch verteilt werden und auch nicht verteilt werden können, weil nur das nackte Leben gefristet werden muß.« (ebenda. S. 132f.). – Behrens' scharfe Kritik am zentralverwaltungswirtschaftlichen Dirigismus, den er auf die stalinistische (Wirtschafts)Politik zurückführte, wurde bereits für das Frankfurter Colloquium 1967 formuliert (siehe Fritz Behrens: *Erste Fassung der Rede zum Colloquium »Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre Kapital«* in Frankfurt am Main im September 1967. In: Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): *Ich habe einige Dogmen angetastet ...«*. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999. S. 139.

22 Übersetzung von mir – K. G. Zinn. Im Original heißt es: »The outstanding faults of the economic society in which we live are its failure to provide for full employment and its arbitrary and inequitable distribution of wealth and incomes.« (John Maynard Keynes: *The General Theory of Employment, Interest and Money*. In: John Maynard Keynes: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*. Bd. 7. London-Basingstoke 1973 und 1989. S. 372).

23 Siehe zur sozialetischen Orientierung des Keynes'schen Gesamtwerkes Karl Georg Zinn: *Staat und Wirtschaftsordnung im Denken Keynes'*. In: *Ökonomie und Gesellschaft. Jahrbuch 6: Die Aktualität keynesianischer Analysen*. Frankfurt am Main, New York 1988. S. 149f.

zur Zukunft der hochentwickelten Volkswirtschaften sah Keynes das baldige Ende der Knappheit an allen lebenswichtigen und sonstigen Gütern, die »absolute Bedürfnisse« befriedigen, d. h. die Bedürfnisse – die naturgemäß dem Gossenschen Sättigungsgesetz unterliegen, im Unterschied zu den unbegrenzten »relativen Bedürfnissen«, den Geltungs-, Macht- und Prestigeneigungen.²⁴ Mit schwindender Knappheit jener Güter und gleichzeitig anhaltender Sparneigung gemäß dem »fundamentalen psychologischen Gesetz« bzw. dem Brentano-Keynesschen Gesetz²⁵ ergibt sich aber das Problem, wie bei abflauender Nachfragedynamik noch Vollbeschäftigung (durch Wachstum) zu erreichen ist. In seiner auch heute noch kaum bekannten Langfristprognose vom Frühjahr 1943 zur wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung²⁶ skizzierte Keynes drei Entwicklungsphasen. Die letzte brächte Stagnation, d. h. das gesamtwirtschaftliche Wachstum fiel dauerhaft unter die Zunahme der Produktivität bzw. des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, so daß ohne gezielte beschäftigungspolitische Gegenmaßnahmen steigende Massenarbeitslosigkeit unvermeidlich würde. Unter anderem empfahl Keynes – und dies im Kriegsjahr 1943! – als unverzichtbares Heilmittel gegen die stagnationsbedingte Arbeitslosigkeit sukzessive Arbeitszeitverkürzungen. In der dritten, der Stagnationsphase, »wird es notwendig, vernünftiges Konsumieren zu ermutigen und das Sparen zu entmutigen, – und einen Teil des unerwünschten Überflusses durch ausgiebigere Muße, längere Ferien (ein wundervoller Weg, Geld los zu werden) und kürzere Arbeitszeiten zu absorbieren«.²⁷ Ob sich Keynes bewußt

24 Zu Keynes Unterscheidung zwischen absoluten und relativen Bedürfnissen und den daraus ableitbaren Entwicklungsperspektiven reicher Gesellschaften siehe John Maynard Keynes: *Economic Possibilities for our Grandchildren* (1928/1930). In: *John Maynard Keynes: The Collected Writings of John Maynard Keynes*. Bd. 9. London-Basingstoke 1972. S. 321–332. – In diesem Essay von 1930 findet sich Keynes' Vorausschätzung, daß die Knappheit im eigentlichen Sinn in etwa drei Generationen, also von damals aus gesehen in ca. 100 Jahren, dank des technischen Fortschritts überwunden wäre. Bedingung hierfür: kein stärkeres Bevölkerungswachstum und keine größeren Kriege.

25 Siehe Karl Georg Zinn: *Keynes' »fundamentales psychologisches Gesetz« und dessen Vorwegnahme von Lujo Brentano*. In: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*. Bd. 113. Berlin 1993. S. 447–459.

26 Siehe John Maynard Keynes: *The Long-Term Problem Of Full Employment*. In: *John Maynard Keynes: The Collected Writings of John Maynard Keynes*. Bd. 27. London-Basingstoke 1980. S. 320ff.

27 »It becomes necessary to encourage wise consumption and discourage saving, – and to absorb some part of the unwanted surplus by increased leisure, more holidays

war, daß seine wirtschaftspolitischen Postulate letztlich eine Systemtransformation einleiten würden bzw. erforderten, wenn die Politik ihnen folgte? Anscheinend hat Keynes diese Konsequenz nicht ziehen wollen. Jedenfalls geht er nicht explizit darauf ein. Der Lärm seiner Gegner hat aber schon Grund; deren These, Keynesianismus pur sei Sozialismus, enthält wohl doch einen wahren Kern – und noch mehr als das.

4. Keynesscher Sozialismus und Behrens' Marktsozialismus. Repression oder Gegenaufklärung: verschiedene Methoden, gleiche Wirkungen

Keynes' Theorie führt zu Handlungsempfehlungen, deren Umsetzung jene sozialetischen Ziele – Vollbeschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit – mit hoher Wahrscheinlichkeit realisierbar machen, aber eben um den Preis, Kapitalinteressen verletzen zu müssen. Deshalb also die anhaltende Gegnerschaft zum Keynesianismus – von seinen Lebzeiten an bis heute. Vollbeschäftigungs- und Verteilungspolitik müssen gegen die Interessen der Kapitaleigner und ihrer Klientel durchgesetzt werden. Das ist eine Machtfraße. Wie könnten jene daher in einer Demokratie anders reagieren, als alle ideologischen Hebel in Bewegung zu setzen und die Medienkanäle zu kaufen, um den Wahrheitsanspruch der Keynesschen Theorie zu bestreiten und die Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu diffamieren. Der vehemente Antikeynesianismus der Gegenwart, der inzwischen seit mehr als zwei Jahrzehnten in den Massenmedien vorherrscht, hätte sich in tatsächlich unabhängigen, wirklich freien Druck- und Funkmedien nicht etablieren können. Vielmehr hätten demokratischer Pluralismus, ein von vorausgehendem Gehorsam und verinnerlichtem Zensurerwartungen unbelasteter Journalismus und auch das schlichte Selbstinteresse der Medienleute an Vollbeschäftigung und Krisenfreiheit der ideologischen Vereinnahmung der Informations- und Wissenssysteme Einhalt geboten. Die »Vierte Gewalt« hat zwar keineswegs abgedankt, aber sich in den Dienst machtpolitischer Interessen nehmen lassen (müssen) und spottet ihrer demokratischen Aufgabe, – ob in resignativem Zynismus oder eifrigerer Lakaienart läuft aufs gleiche hinaus.²⁸

(which are a wonderfully good way of getting rid of money) and shorter hours.« (ebenda. S. 323). – Siehe auch Fußnote 9.

28 Siehe Thomas Leif: Dienstleister oder Aufklärer? Gefahren für die »Vierte Gewalt«. In: Vorgänge – Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik. Wiesba-

Behrens stand in seinem letzten Lebensjahrzehnt praktisch unter Publikationsverbot, und auch frühere Texte wurden der Öffentlichkeit vorenthalten. Solche repressive Zensur gab und gibt es im »Westen« nicht. Die Methoden, Kritik am und Gegenentwurf zu den bestehenden Produktionsverhältnissen politisch wirkungslos zu machen, sind subtiler, versteckter und weit besser vereinbar mit der gegebenen Rechtsordnung, aber unter Umständen kaum weniger effektiv als direkte Zensur und autoritäres Verbot.

Nicht nur der deutschen Öffentlichkeit wird Vollbeschäftigung als ein »von allen« erwünschtes Ziel präsentiert. Es gibt keinen Politiker und keinen des politischen Marketings kundigen Öffentlichkeitsarbeiter von Unternehmen, Verbänden, Kammern usw., der nicht beteuert, daß alles getan werden müsse, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Doch nachgeschoben wird dann schnell die salvatorische Floskel, Vollbeschäftigung sei leider eine Utopie.²⁹ Auch die übelsten Angriffe auf den Sozialstaat und auf die erkämpften Rechte der abhängigen Beschäftigten werden als Beitrag zu mehr Beschäftigung getarnt, wie umgekehrt alle Vorschläge keynesianischer Beschäftigungspolitik als schädlich für Arbeitsplätze und Wachstum diskreditiert werden. Oberflächlich betrachtet scheint sich die Debatte immer nur um die alte Frage des richtigen Weges zu mehr Beschäftigung zu drehen. Doch im Grunde geht es gar nicht nur um das Wie und Wohin, sondern ob überhaupt alle, insbesondere diejenigen, die über die Produktionsmittel und einen Großteil des gesellschaftlichen Mehrprodukts verfügen, ein echtes Interesse an Vollbeschäftigung haben (können).

Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit sind nicht nur wirtschaftliche Erscheinungen, sondern sie haben politische Dimensionen. Vollbeschäftigung stärkt die Verhandlungsposition der abhängig Beschäftigten und ihrer Organisationen. Deshalb bestehen prinzipielle Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital sowohl bezüglich Wünschbarkeit von Vollbeschäftigung als auch im Hinblick auf den als richtig propagierten Weg dorthin. Es ist eben kein Zufall, daß der Keynesianismus, die Stärkung der Massenkaufkraft zugunsten der Beschäftigung, von den Gewerkschaften propagiert wird und die Gegenseite sich auf die »freien« Marktkräfte beruft. Hinter den vordergründigen Argumenten des Pro und Contra beschäftigungspolitischer Maßnahmen steckt immer auch der Ver-

den (März 2005)169: Qualitätsjournalismus in der Krise. S. 34–48. – Siehe auch weitere Aufsätze in dem Themenheft.

29 Siehe Fußnote 10.

teilungskonflikt: Wer kann wie viel des gesellschaftlichen Mehrprodukts an sich ziehen. Die Verfügungsgewalt über das Mehrprodukt stellte für Behrens das zentrale Kriterium zur Unterscheidung zwischen sozialistischen Ökonomien und anderen Formationen dar,³⁰ und wenn Keynes eine gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die »Sozialisierung« der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit postuliert, geht es ebenfalls um die Verfügung und Verwendung von (erheblichen) Teilen des gesellschaftlichen Mehrprodukts, also um Interessen und Macht. Es ist also offenkundig, daß die wirtschaftstheoretisch fundierten Politikvorstellungen von Keynes keineswegs nur rein ökonomische Zweckmäßigkeitsfragen betreffen, sondern sozialetische Wertvorstellungen enthalten und gesellschaftliche Interessenkonflikte ins Spiel bringen. Das galt auch für Behrens »ökonomisch« motivierte Kritik an den zentralverwaltungswirtschaftlichen Methoden und Mechanismen des Realsozialismus. Was Fritz Behrens mit ökonomisch-technischen Argumenten als ineffizient, als wohlstandsschädlich und innovationshinderlich angriff, ging weit über wirtschaftliche Zweckmäßigkeitsüberlegungen hinaus und zielte auf das politische System und sein prinzipielles Demokratiedefizit. Ohne tief greifende demokratische Reform der Politik, bleibt die Wirtschaftsreform bestenfalls in Anfängen stecken, wenn es denn überhaupt zu mehr als rein symbolischer Reformrhetorik kommt.

Die politische, genauer: demokratische Dimension von Vollbeschäftigung wird von der breiteren Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. Sie erliegt dem von der Propaganda vermittelten Anschein, es gehe nur um instrumentelle Zweckmäßigkeiten; ob Angebots- und/oder Nachfragepolitik habe mit politischen Interessenlagen und Machtausübung kaum etwas zu tun. Doch Vollbeschäftigung gibt den abhängig Beschäftigten mehr *Freiheit*, und Arbeitslosigkeit vergrößert den Handlungsspielraum der Unternehmen, stärkt deren Macht nicht nur gegenüber den abhängig Beschäftigten, sondern auch gegenüber Regierungen und anderen politischen Institutionen. Zumindest auf mittlere Sicht wird Vollbeschäftigung die Lohnquote anheben, und das läßt befürchten, die Gewinne würden komprimiert. Das kann durchaus geschehen, aber keineswegs ist das unbedingt der Fall. Vielmehr gehört es zu den ökonomischen Paradoxien, daß der Anstieg der Lohnquote unter Vollbeschäftigungsbedingungen meist auch die *Profitmasse* wachsen läßt – bei eventuell verminderter *Profitrate*. Wie andererseits von einer

30 Siehe Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie*. Berlin 1992. S. 38.

Großen Depression nicht nur die Arbeitskräfte, sondern auch die Kapitaleigner negativ betroffen sind. Das Interesse der Kapitaleseite an den disziplinierenden Effekten der Arbeitslosigkeit legt somit eine »mäßige« Unterbeschäftigung nahe. Deshalb ist es auch glaubwürdig, wenn jene über »zu hohe« Arbeitslosenzahlen klagen. Doch es gelingt eben nicht dauerhaft – ohne makroökonomisch orientierte Intervention und eines gewissen Maßes an gesamtwirtschaftlicher Planung – Arbeitslosigkeit auf jenes Niveau einzuregulieren, das zur Disziplinierung der abhängig Beschäftigten geeignet erscheint, aber weder Gewinneinbußen noch die Gefahr politischer Instabilität mit sich bringt.

Letztlich sind Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit in reichen Volkswirtschaften Machtfragen, und sie werden machtpolitisch entschieden. Die skizzierte Konstellation der Herrschaftsinteressen der Kapitaleseite an »mäßiger« Arbeitslosigkeit wurde von Michal Kalecki in einem relativ bekannten Aufsatz von 1943 eingehend erörtert,³¹ so daß hier nicht weiter darauf eingegangen sei.

In den realsozialistischen Systemen läßt sich ein analoges Dilemma erkennen, nämlich der dort herrschende Widerspruch zwischen Vollbeschäftigung und Effizienz. Das Beschäftigungsproblem hatte das System im Sinn von Vollbeschäftigung gelöst, aber auf Kosten von Produktivität und Innovationsleistungen.³² Um die Effizienz und Innovationsfähigkeit zu erhöhen, wären Reformen notwendig gewesen, nämlich durch Einführung von Marktbeziehungen bzw. durch bewußte Anwendung des Wertgesetzes im Sozialismus; also Reformen, wie sie von Behrens und anderen propagiert worden waren.³³ Nicht an ökonomischen Hindernissen, sondern am Demokratiedefizit des politischen Systems und den zementierten Machtstrukturen erstarb das Bemühen um die letztlich auch politisch überlebensnotwendige Wirtschaftsreform in der DDR. Genau besehen scheiterte der DDR-Staat an seiner Politik

31 Siehe Michal Kalecki: Politische Ökonomie der Vollbeschäftigung (1943). In: Bruno S. Frey/Werner Meissner (Hrsg.): Zwei Ansätze der Politischen Ökonomie. Marxismus und ökonomische Theorie der Politik. Frankfurt am Main 1974. S. 176 bis 185.

32 Siehe Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie. Berlin 1992. – Helmut Koziolk: Hat die politische Ökonomie des Sozialismus bleibende Erkenntnisse hinterlassen? In: Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999. S. 68ff.

33 Siehe Horst Richter: Fritz Behrens zu Warenproduktion und Wertgesetz im Sozialismus. In: Ebenda.

und nicht umgekehrt die Politik an der Ökonomie. Schon früh hatte Fritz Behrens das Effizienzproblem als den Dreh- und Angelpunkt für die historische Fortexistenz einer nichtkapitalistischen Volkswirtschaft herausgestellt, und es stand für ihn außer Frage, daß marktsozialistische Verhältnisse dafür notwendig wären. Seine Aufmerksamkeit und Sympathie für das jugoslawische Modell eines Marktsozialismus mit Arbeiterselbstverwaltung gründeten nicht nur auf rein wirtschaftswissenschaftlichem Interesse,³⁴ sondern er sah darin auch den Ansatz eines überlegenen Gesellschafts-systems.

Doch war es wirklich nur der »historischer Zufall« im Sinne Behrens', der seiner frühen hellsichtigen Beurteilung der Fehlentwicklungen im Realsozialismus die praktische Wirksamkeit verwehrte, oder nicht (auch) die von Marx/Engels in der »Deutschen Ideologie« konstatierte Unmöglichkeit, daß der Sozialismus in einem Land oder in einer Gruppe von Ländern lebensfähig würde und bliebe?³⁵ Behrens hatte in seinem Referat zum Frankfurter Colloquium anläßlich des einhundertsten Erscheinungsjahres von Marx' »Das Kapital« 1967 gerade auf jene Passage der »Deutschen Ideologie« verwiesen, die die Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Land in aller Klarheit konstatierte. Dieser Rückgriff auf die große Autorität des wissenschaftlichen Sozialismus untermauerte Behrens' Kritik an der voluntaristischen Wirtschaftspolitik der realsozialistischen Zentralverwaltungswirtschaften, indem der Widerspruch zwischen ideologischem Anspruch und Wirklichkeit auch anhand einer unmißverständlichen Passage aus einem »klassischen« Text des Sozialismus verdeutlicht wurde.

5. Resümee und zusammenfassende Stichworte

Theoretische Positionen der Politischen Ökonomie und deren jeweilige Hauptvertreter gegenüber zu stellen und vergleichend zu

34 Siehe Behrens' Ausführungen zur Überlegenheit des »Gruppeneigentum« gegenüber dem Staatseigentum in Fritz Behrens: Erste Fassung der Rede zum Colloquium »Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre Kapital« in Frankfurt am Main im September 1967. In: Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999. S. 139f.

35 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 3. S. 34f.

erörtern, kann zwar als ein geläufiges Verfahren verstanden werden, um Gemeinsamkeiten und Gegensätze deutlich zu konturieren, dennoch bedarf es immer einer Erläuterung, warum der jeweilige Vergleich angestellt wird. Dies gilt im vorliegenden Fall der konfrontierenden Betrachtung von Fritz Behrens und John Maynard Keynes in besonderem Maße, weil zwischen ihnen, wie hier dargelegt wurde, weder rezeptionsgeschichtliche Verbindungen bestehen, noch auch nur oberflächliche Ähnlichkeiten etwa biographischer oder solche der politischen Wirksamkeit auffallen. Im Gegenteil handelt es sich doch um zwei ganz verschiedene Typen von wissenschaftlichen Karrieren. Behrens, der überzeugte Kommunist in einem Land, das zwar Marx und den Marxismus hervorbrachte, aber die kleinbürgerliche Mentalität seiner langen Geschichte einer in Einzelstaaten zersplitterten Nation mitschleppt, in seinen Präferenzen eher Autorität und Sicherheit gegenüber Selbstbestimmung und demokratischer Solidarität den Vorzug gibt und sich vor der Großen Reform, gar der Revolution – und sei es nur eine à la Keynes – fürchtet.

Nicht einmal der ursprünglich im bundesdeutschen Grundgesetz formulierte Auftrag, daß sich ein wiedervereinigtes Deutschland eine neue, gemeinsame Verfassung gibt, wurde zu befolgen gewagt, sondern es wurde der einschlägige Grundgesetzartikel (Artikel 146³⁶) schlicht »abgeschafft«, – selbstverständlich ohne das Volk zu befragen. Diese faktische Entmündigung des Staatsvolks bei historisch bedeutsamen, langfristig wirksamen Entscheidungen wiederholte sich jüngst bei der (Nicht)Abstimmung über den Entwurf einer Europäischen Verfassung.³⁷

Keynes lebte und wirkte im Land der ersten bürgerlichen und der ersten industriellen Revolution. Der politische Liberalismus, der vom ökonomischen überlagert wurde und gegenwärtig unter der Restaurierung des politisch ungezügelten Kapitalismus mehr und mehr erstickt wird, taktete den Pulsschlag Keynesschen Den-

36 »Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.«

37 Selbst der Text des Entwurfs der Europäischen Verfassung wurde – anders als beispielsweise in Frankreich, wo die breite Öffentlichkeit recht gut über die neoliberale Stoßrichtung des EU-Verfassungsentwurfs unterrichtet wurde (Elisabeth Gauthier: »Nein«-Kampagne zur EU-Verfassung in Frankreich. In: *Sozialismus. Hamburg* 32(2005)5. S. 8–10), vor der deutschen Öffentlichkeit eher verborgen. Es gibt keine preiswerte »Volksausgabe«, geschweige daß die Regierung den Text an alle Haushalte bzw. Wahlberechtigten hätte verteilen lassen.

kens und hielt ihn – wie erwähnt, bei aller Sympathie für das *soziale* Anliegen der englischen Labour Party – auf Distanz zur »Linken«. ³⁸

Das auf den ersten Blick so befremdliche Thema eines Vergleichs der beiden so grundverschiedenen Persönlichkeiten Behrens und Keynes bedufte einer Legitimierung, die im einleitenden Abschnitt zu geben versucht wurde. Die daran anschließenden Ausführungen haben jedoch – so hofft der Verfasser – erkennen lassen, daß es wichtige Gemeinsamkeiten der beiden kritischen Wissenschaftler gibt. Zusammenfassend seien jene Ansatzpunkte, die u. E. das Thema, eine vergleichende Betrachtung von Behrens und Keynes, als eine sinnvolle Fragestellung rechtfertigen, nochmals in Stichworten aufgelistet. Es handelt es sich weder um eine erschöpfende noch um eine hinreichend präzierte Auflistung, und die hier vorliegende erste Gegenüberstellung der beiden Antiorthodoxen sei als vorläufig und hypothetisch verstanden. Es dürfte jedoch deutlich geworden sein, daß eine weitergehende, auf umfassenderem Quellenstudium aufbauende Fortführung der Thematik lohnen wird. Hier also die Liste der Kernpunkte des Vergleichs der beiden Wissenschaftler:

* die normativen Vorstellungen über eine humane, gute Sozialökonomie,

* die kritische Haltung zur jeweiligen Orthodoxie,

* bei Keynes die daraus resultierende Forderung nach dem Staatsinterventionismus als notwendigem Korrekturinstrument gegen die inhärenten Instabilitäten und sozial inakzeptablen Verteilungs- und Beschäftigungswirkungen eines sich selbst bzw. ausschließlich den gewinnorientierten Institutionen überlassenen Marktsystems; bei Behrens die als erforderlich betrachtete »Integrierung des Marktes in den Plan [...] (als) fortschreitender Prozeß«, der weder national beschränkt sein könne noch das »Wertgesetz, als regulierendes Gesetz der Warenproduktion«³⁹ eliminieren dürfe bzw. das vermöge.

* Somit Übereinstimmungen in der Beurteilung des als sinnvoll erachteten Verhältnis von makroökonomischer Planung und dezentraler Marktsteuerung;

³⁸ Siehe John Maynard Keynes: *Am I A Liberal?* In: *John Maynard Keynes: The Collected Writings of John Maynard Keynes*. Bd. 9. London-Basingstoke 1972 und 1989. S. 295–306.

³⁹ Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie*. Berlin 1992. S. 138.

* die – wenn auch stärker bei Behrens als bei Keynes sichtbare – Verbindung der ökonomischen Analyse mit historischen Aspekten und philosophischen, insbesondere geschichtsphilosophischen Erörterungen;

* daher Beschäftigung mit und Bewußtsein von den langfristigen Veränderungen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, den möglichen Ursachen dafür sowie daraus hergeleitet der Versuch, prognostische Überlegungen zu entwickeln.

Eva Müller
*Das gesellschaftliche Gesamtprodukt oder
die Bruttowertschöpfung als Ausgangspunkt
volkswirtschaftlicher Analysen*

Im ersten Statistischen Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, welches die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, deren Leiter Professor Dr. Fritz Behrens war, herausgegeben hat, war das gesellschaftliche Gesamtprodukt Ausgangspunkt der volkswirtschaftlichen Bilanz. Das blieb es bis zum letzten Statistischen Jahrbuch der DDR.¹ Heute, wie auch bisher in der BRD, war und ist es die Bruttowertschöpfung.²

Scheinbar ein unwesentlicher Unterschied.

Tatsächlich ist es ein Unterschied, der einen Kernpunkt der politischen Ökonomie berührt, ihren Springpunkt: Die Entdeckung des Doppelcharakters der warenproduzierenden Arbeit als konkrete und als abstrakte Arbeit, die Produkte hervorbringt, die zugleich einen Gebrauchswert und einen Wert haben.³

Als abstrakte Arbeit bringt sie jährlich einen Neuwert hervor, als konkrete Arbeit schafft sie Gebrauchswerte, wodurch sie gleichzeitig den Wert der verbrauchten Produktionsmittel erhält und auf die neuen Produkte überträgt.

Der Wert der während eines Jahres hergestellten Produkte besteht demnach aus dem Neuwert und dem übertragenen Wert der verbrauchten Produktionsmittel. Das Ergebnis der Jahresarbeit ist somit das gesellschaftliche Gesamtprodukt als Gesamtheit der erzeugten Gebrauchswerte und das Nettoprodukt als der Teil des Gesamtprodukts, der dem erzeugten Neuwert entspricht.

1 Siehe *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955. Berlin 1956. S. 90-93.* – *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990. Berlin 1990. S. 97-109.*

2 Siehe als Beispiel *Statistisches Jahrbuch 2003. Für die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt. Wiesbaden 2003. S. 662-664.*

3 Marx schrieb: »Diese zwieschlächtige Natur der in der Ware enthaltenen Arbeit ist zuerst von mir kritisch nachgewiesen worden. Da dieser Punkt der Springpunkt ist, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht, soll er hier näher beleuchtet werden.« (Karl Marx: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 23. S. 56*).

Die der Marxschen politischen Ökonomie zugrunde liegende Unterscheidung zwischen dem Gebrauchswert und dem Wert einer Ware wird in der gegenwärtigen Wirtschaftstheorie aufgehoben. Gebrauchswert und Wert »verschmelzen« im Begriff Nutzen, Nützlichkeit. Die Nützlichkeit ist aber nur meßbar im Vergleich zweier ähnlicher Gebrauchswerte am Umfang der mit ihrer Hilfe zu befriedigenden Bedürfnisse.

Die doppelte Sicht auf die Warenwelt, einer Welt der Gebrauchswerte und der Werte, wird aufgehoben und damit auch die Möglichkeit, das Gesamtprodukt und das Nettoprodukt zu sehen. Aus einer klaren Unterscheidung zwischen dem volkswirtschaftlichen Gesamtprodukt und dem volkswirtschaftlichen Nettoprodukt wird der verschwommene Begriff »Bruttowertschöpfung«⁴ Produktionswert minus »Vorleistungen«.

Nach der gegenwärtig vorherrschenden Wirtschaftstheorie gibt es keinen übertragenen Wert der verbrauchten Produktionsmittel. Die »Vorleistungen«, die sofort vom Produktionswert subtrahiert werden, gehören nicht zum Jahresprodukt, weil sie nicht neu hergestellt werden, sondern nur Leistungen aus vergangenen Jahren sind.

Aber was ist das für ein Jahresprodukt ohne die »Vorleistungen«? Was sind Schuhe ohne Leder oder das Brot ohne Mehl?

Ich sagte einmal: Die Bruttowertschöpfung sei ein amputiertes Gesamtprodukt. Das ist ungenau: Es ist gar kein Gesamtprodukt, während ein Mensch, dessen Bein amputiert wurde, immer noch ein Mensch ist, aber Schuhe ohne Leder sind keine Schuhe, so wie Brot ohne Mehl kein Brot ist.

Die gegenwärtige Wirtschaftstheorie kann das Gesamtprodukt nicht erklären, will es aber auch nicht. So kommt sie schneller zur Bruttowertschöpfung, von der dann ohne theoretische Begründung später die Abschreibungen subtrahiert werden, um bei der Nettowertschöpfung die Einkommenstheorie aufzubauen, mit der die »gerechte« Einkommensverteilung begründet wird: Es gäbe drei gleichwertige Produktionsfaktoren, die gleichermaßen Anspruch auf Einkommen haben – Boden, Arbeit und Kapital. Ohne weitere

4 Als volkswirtschaftliche Kennziffer wird die Bruttowertschöpfung oft nicht definiert, wie beispielsweise bei Friedrich Geigant/Franz Haslinger/Dieter Sobotka/Horst M. Westphal: Lexikon der Volkswirtschaft. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Landsberg am Lech 2000. S. 132. – Ebenso wird bei Artur Woll die Bruttowertschöpfung im Sachregister nicht erwähnt (siehe Artur Woll: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. 13. Auflage. München 2000. S. 682).

Erklärung werden aus den drei Produktionsfaktoren, die angeblich Anspruch auf Einkommen haben, die Menschen, die diese bereitstellen: Bodeneigentümer, Arbeitende und Produktionsmittelbesitzende.

Die gegenwärtig vorherrschende Produktionstheorie ist simpel: »Zur Produktion von Gütern [...] benötigt man Produktionsfaktoren [...] Die Ausgangsfrage der Produktionstheorie lautet: Wie verändert sich die Ausbringung bei Variation des Faktoreinsatzes?«⁵

Daß der Mensch arbeitet, die Maschinen und die Naturbedingungen dabei nur nutzt, wird beiseite geschoben. So wird aus einem gesellschaftlichen Verhältnis, aus einem Verhältnis zwischen Menschen, ein technisches Verhältnis, ein Verhältnis zwischen Dingen.

Aus einer klaren Sicht auf die Wirtschaft wird eine verschwommene. So gelangt man auch zu der Bruttowertschöpfung als Ausgangskennziffer der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ohne sie theoretisch zu begründen, anstatt das gesellschaftliche Gesamtprodukt dafür zu nehmen.

Die Definition »die Bruttowertschöpfung [...] ist ein Maß für den zusätzlichen Wert, der im Rahmen der Produktion von Waren und Dienstleistungen in einer Periode von produzierenden Einheiten geschaffen wird«⁶ ist recht ungenau. Warum enthält diese Kennziffer auch die Abschreibungen, die doch keinen »zusätzlichen Wert« verkörpern?

Nach einer mir unverständlichen Konzeption (ich fand bisher nirgendwo eine theoretische Begründung) wird gegenwärtig auch an keiner Stelle eine *Summe*: Abschreibungen und Vorleistungen gebildet. Stets werden vom Produktionswert (das gesellschaftliche Gesamtprodukt in der Statistik der BRD) sofort die »Vorleistungen« subtrahiert, das ist das verbrauchte Material und ähnliches, und viel später die Abschreibungen. Die Kategorie »Produktionsverbrauch« gibt es in der gegenwärtigen Wirtschaftstheorie nicht, im Unterschied zur Kategorie produziertes Nationaleinkommen.

Die einzige denkbare Begründung dafür ist die theoretische Leugnung der Existenz eines volkswirtschaftlichen Gesamtprodukts, weil »Vorleistungen« nicht dazugehören: Das Leder gehört nicht zu den Schuhen und das Mehl nicht zum Brot.

5 Artur Woll: *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*. 13. Auflage. München 2000. S. 161.

6 Dieter Brümmerhoff/Heinrich Lützel: *Lexikon der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen*. Dritte völlig überarbeitete Auflage. München, Wien 2002. S. 63.

Der letzte Grund für diesen theoretischen Wirrwarr ist das Nicht-Zur-Kennntnis-Nehmen des von Marx begründeten Doppelcharakters der warenproduzierenden Arbeit, wobei die konkrete Arbeit nicht nur die Gebrauchswerte prägt, sondern auch bewirkt, daß der Wert der verbrauchten Produktionsmittel auf das neu hergestellte Produkt übertragen wird, so daß auch dieser Wertteil zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt gehört, so wie das Leder zu den Schuhen und das Mehl zum Brot.

Im ersten Statistischen Jahrbuch der DDR für das Jahr 1955, herausgegeben von Fritz Behrens, war nicht nur das gesellschaftliche Gesamtprodukt Ausgangspunkt der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (das war es ebenso in der UdSSR), sondern dieses wurde auch sauber untergliedert in:

- Verbrauch an Produktionsmitteln und Nettoproduct beim. Aufkommen, sowie in
- Ersatz für Produktionsmittel, Akkumulation und Konsumtion bei der Verwendung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts.⁷

In späteren Statistischen Jahrbüchern wurde der Produktionsverbrauch untergliedert in:

- Abschreibungen für Grundmittel, Nutzungsentgelte, Mieten und Pachten sowie
- Verbrauch von Material und produktiven Leistungen.⁸

Das produzierte Nationaleinkommen oder Nettoproduct war nur ein Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, der Produktionsverbrauch war der andere Teil.

Erst wenn man vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt ausgeht, kann logisch einwandfrei erklärt werden, warum sich der Produktenwert aus drei Bestandteilen zusammensetzt: c , v und m . C , das verbrauchte konstante Kapital, ist der von den verbrauchten Produktionsmitteln übertragene Wert dieser, v und m der neu produzierte Wert, der nach dem Verkauf des gesamten Produkts zu

⁷ Siehe Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955. Berlin 1956. S. 92f.

⁸ Siehe als Beispiel Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990. Berlin 1990. S. 101-103. – In den Statistischen Jahrbüchern der UdSSR wurden nur das gesellschaftliche Gesamtprodukt und danach das produzierte Nationaleinkommen angeführt. Der Produktionsverbrauch könnte nur als Differenz zwischen dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt und dem produzierten Nationaleinkommen ermittelt werden. Da aber keine absoluten Werte, sondern nur Wachstumsraten ausgewiesen werden, ist das schlecht möglich (siehe als Beispiel Die Volkswirtschaft der UdSSR im Jahr 1967. Moskau 1968. S. 55-59).

Arbeitseinkommen und Mehrwerteinkommen wird, zu Einkommen für die Arbeitenden und Einkommen für die Produktionsmittelbesitzer, arbeitsloses Einkommen, welches Einkommen aus der Ausbeutung der Arbeitenden ist. Dieses Mehrwerteinkommen kann voll über den Staat umverteilt werden, wie bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln, oder nur teilweise über Steuern, wie in der Gegenwart.

Bei Privateigentum an den Produktionsmitteln, welches gegenwärtig in der BRD vorherrscht, wird das Mehrwerteinkommen zum bedeutenden Teil Einkommen der Produktionsmittelbesitzer, ihr arbeitsloses Einkommen.

Diese klare Trennung des Produktenwertes in c , v und m macht die Ausbeutung der Arbeitenden sichtbar. Daraus wird verständlich, warum die gegenwärtige Wirtschaftstheorie diese klare Sicht meidet und lieber mit verschwommenen Begriffen, wie der Bruttowertschöpfung arbeitet.

Warum bezeichnete Marx die »zwieschlächtige Natur der in der Ware enthaltenen Arbeit« als den »Springpunkt«, »um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht«? Weil – meiner Meinung nach – nur dieser Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit erlaubt, den Wertübertrag der verbrauchten Produktionsmittel als Bestandteil des Warenwertes zu erklären: Die konkrete Arbeit bringt die Gebrauchswerte der Produkte hervor und überträgt gleichzeitig den Wert der verbrauchten Produktionsmittel auf das neu hergestellte Produkt, so daß dieser Wertbestandteil c neben den beiden anderen Wertbestandteilen des neu produzierten Wertes v und m zum Produktenwert gehört.

Noch bei *Adam Smith*, der die Arbeitswerttheorie begründete, hatte der Warenwert letztlich nur zwei Bestandteile: v und m . Er schrieb: »Der Wert, welchen die Arbeiter dem Material hinzufügen, löst sich also in diesem Falle in zwei Teile auf, in den Arbeitslohn und in den Gewinn des Arbeitgebers über das ganze für Material und Arbeitslohn verausgabte Kapital hinaus.«⁹ Ist Grund und Boden Privateigentum, so kommt noch ein dritter Wertbestandteil dazu: die Grundrente.¹⁰

Adam Smith hat den Wert des Produkts auf den Neuwert reduziert, was mit dem Wert des Materials, das er erwähnt, geschieht, ließ er offen.

9 *Adam Smith: Reichtum der Nationen. Paderborn o. J. S. 52.*

10 *Siehe ebenda. S. 53f.*

Seine wissenschaftlichen Nachkommen, wie z. B. Nassau W. Senior, wußten eine Antwort, bekannt geworden unter »Seniors Letzte Stunde«. Danach arbeitet der Arbeiter nur eine vorletzte Stunde für seinen Lohn und die letzte Stunde für den Gewinn, die restliche Arbeitszeit nutze er für den Ersatz der Werte des verbrauchten Materials, z. B. der Baumwolle, die er zu Garn macht, oder der abgenutzten Maschinerie.¹¹

Diese primitive Sicht auf den Wert der verbrauchten Produktionsmittel - er müßte neu erzeugt werden -, hat sich nicht gehalten, geblieben ist aber das Nicht-Erklären-Können, was mit dem Wert der verbrauchten Produktionsmittel geschieht, daß dieser dank der konkreten Arbeit »von selbst« auf das neue Produkt übergeht.¹² Nur so kann der Wert des einzelnen Produkts und seiner Gesamtheit, des gesellschaftlichen Gesamtprodukts erklärt werden.

Da dieser »Springpunkt«, »um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht«, der gegenwärtigen Volkswirtschaftslehre fehlt, kann diese auch nicht den Wertübertrag der verbrauchten Produktionsmittel erklären und benennt den Hauptteil davon »Vorleistungen«, die man so schnell wie möglich vom Produktionswert subtrahieren muß, so daß nur die verbliebene Bruttowertschöpfung als der alleinige Ausgangspunkt volkswirtschaftlicher Analysen bleibt.

Auch Behrens kannte diese Schwachstelle der gegenwärtig vorherrschenden Wirtschaftstheorie. Nicht zufällig hat er als marxistischer Politökonom das gesellschaftliche Gesamtprodukt und nicht die Bruttowertschöpfung zum Ausgangspunkt statistischer Analysen der Volkswirtschaft gemacht.

11 Siehe Karl Marx. Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 23. S. 237-243.

12 Siehe ebenda. S. 240.

Horst Richter
*Fritz Behrens zur Theorie bzw. zu Problemen
der produktiven und unproduktiven Arbeit*

Im umfangreichen politökonomischen wissenschaftlichen Nachlaß von Fritz Behrens nehmen die Veröffentlichungen über produktive und unproduktive Arbeit, über Arbeitsproduktivität und Fragen über deren Messung und Berechnung einen zentralen Platz ein. Im von Gerhard Müller aufgestellten Verzeichnis der wissenschaftlichen Beiträge von Fritz Behrens – Bücher, Artikel, Vorträge –, in dem 217 Titel enthalten sind, beschäftigen sich allein 88, das sind ca. 41%, mit der obengenannten Problematik.

Mit Fug und Recht kann behauptet werden, Fritz Behrens war in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der herausragende Kopf unter den zahlreichen Wirtschaftswissenschaftlern der DDR, die sich mit der Thematik der produktiven und unproduktiven Arbeit sowie der Arbeitsproduktivität befaßt haben. Er legte das theoretische Fundament für die Produktivitätsforschung der DDR. Sein Interesse galt dabei ebenso den politökonomisch-theoretischen Grundlagen, wie den Fragen der statistischen Erfassung und Berechnung der Arbeitsproduktivität oder der dogmengeschichtlichen Analyse und Kritik der Auffassungen über produktive und unproduktive Arbeit. Behrens Wirken auf diesem Gebiet kann als Lehrbeispiel angesehen werden und dienen, wie wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Anwendung in der Praxis miteinander zu verbinden sind.

Es stellt sich die Frage, warum spielte damals in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Diskussion in der DDR der Gesamtkomplex der produktiven und unproduktiven Arbeit sowie der Arbeitsproduktivität eine solche zentrale Rolle? Warum war damals das Interesse für diese Fragen so groß?

Die Beantwortung dieser Frage macht einen kurzen historischen Rückblick erforderlich.

Nach der Bildung der BRD und der DDR im Jahr 1949 existierten innerhalb der von den alliierten Siegermächten festgelegten Grenzen zwei Staaten auf deutschem Boden. Beide Staaten waren angetreten, auf den Trümmern des »Dritten Reiches« eine neue Gesellschaftsordnung, vor allem aber eine neue, ihr eigene Wirtschaftsordnung zu schaffen. Die DDR setzte sich das Ziel, zu-

nächst eine antifaschistisch-demokratische Ordnung aufzubauen, später, proklamiert durch die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED, die im Juli 1952 stattfand, die »Grundlagen des Sozialismus« planmäßig zu errichten. Es sollte der Versuch unternommen werden, die aus der Vergangenheit resultierende *soziale Frage* zu lösen. Nach der Gründung der DDR ging es darum, politische und ökonomische Verhältnisse zu schaffen, die dies langfristig und dauerhaft ermöglichen sollten. Eine Kernfrage war dabei, den produktiv Tätigen aufzuwerten, abgestimmte Proportionen zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit herzustellen, den Nutzeffekt der produktiven Arbeit zu erhöhen, d. h. hohe Tempi bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erzielen. Auf der Basis neuer Eigentumsbeziehungen, unter Ausschaltung marktwirtschaftlicher Gesetze, sollte mit Hilfe einer zentral geplanten und gesteuerten Volkswirtschaft ein Niveau der Arbeitsproduktivität erreicht werden, das höher ist als in der BRD bzw. in anderen entwickelten westlichen Ländern.

Es sollte der Leninsche Gedanke verwirklicht werden: »Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.«¹

Obwohl die BRD in den fünfziger Jahren hohe Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität zu verzeichnen hatte, die DDR im Vergleich zur BRD im Niveau der Arbeitsproduktivität beträchtlich zurücklag, wurde noch im Jahr 1959, bar jedweder ökonomischen Grundlage, als Hauptaufgabe im Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1959 bis 1965 formuliert: »Westdeutschland auf dem Gebiet der Arbeitsproduktivität einzuholen und zu überflügeln«.²

Die Ökonomen der DDR – und nicht nur sie – waren damals davon überzeugt, daß diese Aufgabe lösbar ist. Auch Fritz Behrens. Es war die Hoffnung – um nicht zu sagen die Illusion – verbreitet, der Sozialismus ist das Zeitalter des Fortschritts.

In seiner Rede zur Ehrenpromotion an der Karl-Marx-Universität Leipzig im Oktober 1979 führte Fritz Behrens aus: »[...] meine Leipziger Zeit nach 1945 [gehört] zu den besten Jahren meiner wissenschaftlichen Tätigkeit [Behrens schied 1955 aus der Karl-Marx-Universität Leipzig aus und wurde an die Akademie der

1 W. I. Lenin: *Die große Initiative*. In: W. I. Lenin: *Werke*. Bd. 29. S. 416.

2 *Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1959 bis 1965*. In: Walter Ulbricht: *Der Siebenjahrplan des Friedens, des Wohlstandes und des Glücks des Volkes*. Berlin 1959. S. 165.

Wissenschaften berufen]. Gewiß, wem sage ich das heute – waren diese Jahre – materiell gesehen – schwer, aber wann wieder war sowohl Begeisterung und Hingabe von Professoren und Studenten an den Gedanken des Sozialismus so groß und tief wie damals [...].«³

Begeisterung und Hingabe an den Gedanken des Sozialismus mögen ein Grund mit dafür gewesen sein, warum sich Fritz Behrens und mit ihm andere namhafte Wirtschaftswissenschaftler wie Gerhard Richter, Herbert Wolf, Helmut Koziol, Hans Thalmann, Fred Oelßner u. a. mit der Problematik der Produktivitätstheorie beschäftigt haben.

Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, daß der überzeugte Sozialist und Marxist Fritz Behrens, der seinerzeit einen herausragenden Beitrag zur Ausarbeitung der Marxschen politischen Ökonomie, zu ihrer Lehre an den Universitäten und Hochschulen in der DDR geleistet hat, der viele Schüler ausgebildet hat, die später namhafte Hochschullehrer geworden sind, daß dieser Fritz Behrens in den sechziger und siebziger Jahren in Ungnade gefallen und von den Oberen der DDR an den Rand des wissenschaftlichen Lebens gedrückt worden ist, nur weil er – wie er sich einmal äußerte – »einige Dogmen angetastet« hatte. Ich erinnere mich noch gut daran, als mir Mitte der siebziger Jahre der damalige Leiter der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED Hannes Hörnig zu verstehen gab – ich war damals 1. Sekretär der Kreisleitung der SED an der Karl-Marx-Universität –, der Name Fritz Behrens könne im wissenschaftlichen Diskurs wieder genannt werden. Offensichtlich plagten seinerzeit die Verantwortlichen Schuldgefühle, als sie die Zustimmung zur Ehrenpromotion von Fritz Behrens an der Karl-Marx-Universität erteilten. Behrens gebührt das Verdienst, daß er als marxistischer Ökonom der DDR ein auf der Grundlage der Marxschen Erkenntnisse im »Kapital« und in den »Theorien über den Mehrwert« umfassendes Bild über die Kategorien produktive und unproduktive Arbeit geschaffen hat. In seiner 1949 im Dietz Verlag erschienenen Frühschrift »Alte und Neue Probleme der politischen Ökonomie« – die auch heute noch lesenswert ist –, beginnt Behrens den Abschnitt »Die produktive Arbeit des Menschen im Arbeitsprozeß« mit folgendem Satz: »Produktiv« zu

3 Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. *Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999. S. 142.*

sein wird im landläufigen Sinne als eine Ehre, ›unproduktiv‹ zu sein als eine Herabsetzung aufgefaßt.«⁴

Die Landläufigkeit dieser Auffassung habe ich selbst erfahren. In einem Vortrag, den ich vor Hochschullehrern der Karl-Marx-Universität gehalten habe, kam ich u. a. auch auf das Verhältnis von produktiver und unproduktiver Arbeit zu sprechen. Ich führte dabei u. a. aus, daß z. B. die Tätigkeit eines Arztes, Künstlers, Lehrers u. a. unproduktiv sei. Unter den anwesenden Hochschullehrern befanden sich auch Mediziner. Sie fühlten sich mit meiner Bemerkung diskreditiert, herabgesetzt. Empört reagierten sie auf eine derartige Wertung ihrer Arbeit. Weitläufig ist die Meinung verbreitet, gesellschaftlich nützliche Arbeit sei produktive Arbeit.

In der politökonomischen Diskussion und Lehre gab es damals sehr unterschiedliche Meinungen über die produktive und unproduktive Arbeit im Sozialismus. Es gab darunter die Auffassung, daß auf Grund der neuen Eigentumsverhältnisse die Trennung von produktiver und unproduktiver Arbeit aufgehoben sei. Da mit der Schaffung neuer Eigentumsverhältnisse auch die Klasse abgeschafft worden ist, die sich früher das Mehrprodukt angeeignet hat, entfallende auch die Teilung der Arbeit in produktive und unproduktive Arbeit. Das Nettoprodukt ($N = v + m$) teile sich ebenfalls nicht mehr in notwendiges Produkt und Mehrprodukt, das gesamte neugeschaffene Produkt sei notwendiges Produkt. Die Arbeit, ganz gleich wo sie verrichtet wird, ob in der materiellen Produktion oder außerhalb von ihr, sei gesellschaftlich notwendige Arbeit.

Für Fritz Behrens war das Beschäftigen mit der Problematik der produktiven und unproduktiven Arbeit keine rein akademische Angelegenheit. Es war vielmehr auch ein Erfordernis, das sich aus dem notwendigen Wachstum von Bruttoprodukt und Nettoprodukt ergab. Hohes Wirtschaftswachstum war Voraussetzung dafür, den Lebensstandard der Menschen zu heben und die erweiterte Reproduktion zu sichern. Neben der Entwicklung der Arbeitsproduktivität war für Behrens die absolute Zahl der produktiven Arbeiter an der Gesamtzahl der Beschäftigten, das Verhältnis der produktiven zur unproduktiven Arbeit ein entscheidender Wachstumsfaktor.

⁴ Fritz Behrens: *Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie. Eine theoretische und statistische Studie über die produktive Arbeit im Kapitalismus. Berlin 1948. S. 72.*

Da damals die Zahl der Beschäftigten in der DDR sich nicht nennenswert vergrößerte, die Arbeitskräfte insgesamt knapp waren, erlangte die Klarheit über den Faktor produktiver Arbeit für die Sicherung des Wirtschaftswachstums zunehmende Bedeutung. Es galt, das Verhältnis von produktiver zu unproduktiver Arbeit zugunsten der produktiven Arbeit zu verbessern und den Nutzeffekt der produktiven Arbeit, das heißt die Arbeitsproduktivität zu erhöhen.

Behrens schenkte in seinen Arbeiten der inhaltlichen Bestimmung des Begriffs der produktiven Arbeit große Aufmerksamkeit. Er setzte sich dabei sowohl mit nichtmarxistischen Auffassungen als auch mit Fehlinterpretationen des Marxschen Begriffs der produktiven Arbeit auseinander. Behrens hält sich bei der inhaltlichen Bestimmung des Begriffs der produktiven Arbeit streng an die Marxsche Betrachtung des Arbeitsprozesses, die bekanntlich in zweifacher Hinsicht erfolgte: einmal unabhängig von einer bestimmten gesellschaftlichen Form und zum anderen als kapitalistischer Produktionsprozeß. Beide Betrachtungen haben für die Bestimmung des Begriffs der produktiven Arbeit grundsätzliche Bedeutung. Unabhängig von der gesellschaftlichen Form des Arbeitsprozesses ist produktive Arbeit eine Tätigkeit, die Gebrauchswerte hervorbringt. Marx schreibt im »Kapital«, Erster Band: »Betrachtet man den ganzen Prozeß vom Standpunkt seines Resultats, des Produkts, so erscheinen beide, Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstand, als Produktionsmittel und die Arbeit selbst als produktive Arbeit.«⁵ Produktive Arbeit ist somit Arbeit, die ein Produkt, einen Gebrauchswert hervorbringt, der entweder konsumiert oder investiert wird. Behrens bezeichnet dies gelegentlich als Binsenwahrheit der ökonomischen Theorie.⁶ Diese Binsenwahrheit besagt zugleich, daß der Begriff der produktiven Arbeit ein allgemeines Moment enthält, das ihn zu einer grundlegenden Kategorie aller Produktionsweisen macht.⁷

Gebrauchswerte herzustellen ist zwar allgemeines Moment der produktiven Arbeit; es trifft aber nicht den Kern der produktiven Arbeit unter spezifisch kapitalistischen Verhältnissen, unter denen Arbeiter und Produktionsmittel voneinander getrennt sind, unter

⁵ Karl Marx: *Das Kapital. Erster Band.* In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke.* Bd. 23. S. 196.

⁶ Siehe Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie.* Berlin 1992. S. 150.

⁷ Siehe Fritz Behrens: *Der Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit und der Struktureffekt bei der Messung der Arbeitsproduktivität.* Berlin 1961. S. 6.

denen die Arbeitskraft des Arbeiters eine Ware ist und die Produktionsmittel die Kapitalform annehmen. Marx schreibt im ersten Band des »Kapital«: »Der Begriff des produktiven Arbeiters schließt daher keineswegs bloß ein Verhältnis zwischen Tätigkeit und Nutzeffekt, zwischen Arbeiter und Arbeitsprodukten ein, sondern auch ein spezifisch gesellschaftliches, geschichtlich entstandenes Produktionsverhältnis [...]«. ⁸

Für die kapitalistischen Produktionsverhältnisse formuliert Marx eindeutig: »Nur der Arbeiter ist produktiv, der Mehrwert für den Kapitalisten produziert oder zur Selbstverwertung des Kapitals dient.« ⁹

Das spezifisch gesellschaftliche Moment im Begriff der produktiven Arbeit unter Kapitalverhältnissen führt dazu, daß sich das Produktive in der Arbeit von der Gebrauchswertseite auf die Wertseite verlagert. Da sich der Wert als Geld verselbständigt, ist für das Produktivsein der Arbeit nicht mehr der Gebrauchswert, sondern der Wert, speziell der Mehrwert, das Dominierende. Es entsteht das Kuriosum, daß eine Tätigkeit produktiv sein kann, ohne daß sie im eigentlichen Sinne des Arbeitsprozesses tatsächlich auch produktiv ist. Es gilt die Formel $G-G'$; ganz gleich wo und wie die Verwertung stattfindet. Ob in einer Wurstfabrik, wie Marx schreibt, oder in einer Schule bei der Bearbeitung von Kinderköpfen. ¹⁰

Bei seiner Analyse der produktiven Arbeit entschleiert Behrens einerseits die Mystifikation der produktiven Arbeit durch das Kapitalverhältnis, er widerlegt die bürgerliche Produktionsfaktoretheorie, wonach Arbeit, Kapital und Boden wertbildend seien, andererseits mißt er dem Marxschen Gedanken große Bedeutung bei, daß im Kapitalismus nur die Tätigkeit produktiv ist, die der Selbstverwertung des Kapitals dient. Dieses *kapitalspezifische* Moment der produktiven Arbeit hat heute Dimensionen erreicht, die in früheren Zeiten nicht vorstellbar waren. Das Kapitalverwertungs-gesetz bestimmt heute fast das gesamte gesellschaftliche Leben; es erfaßt ebenso die Wirtschaft wie weite Teile der Politik – siehe Abgeordnetenenebeneinkünfte –, es gilt für die Unterhaltung, die Wissenschaft, den Journalismus, den Sport u. v. a.

⁸ Karl Marx: *Das Kapital. Erster Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 23. S. 532.*

⁹ *Ebenda.*

¹⁰ *Siehe ebenda.*

Der Publizist Michael Schneider formuliert treffend in seiner Studie »Das Ende eines Jahrhundertmythos«: »Die Durchkapitalisierung der Gesellschaft hat diese in eine gigantische Verwertungs-GmbH verwandelt« – und an anderer Stelle heißt es »[...] der Verwertungs-, der ›Liebestrieb des Kapitals‹ (Marx) ist zur Triebnatur des Menschen geworden«. ¹¹

Die Kapitalverwertung, die zum Inhalt der produktiven Arbeit geworden ist, führt unter den heutigen Bedingungen dazu, daß das überschüssige Kapital nur noch in Bruchteilen als produktives Kapital angelegt wird, während der größte Teil in Wertpapiere, Aktien und anderen Geldanlagefonds wandert, denn hier ist der Verwertungsgrad höher als im produzierenden Bereich. Der Preis dafür ist die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen, die Existenz eines großen Heeres von Arbeitslosen. Anstatt der Wertschöpfung findet im großen Stil Umverteilung von Wert statt. Das eigentliche Wirtschaftswachstum, das auf der Erzeugung von Produkten, Gebrauchswerten oder von materiellen Diensten beruht, bleibt auf der Strecke.

In den Schriften von Fritz Behrens wird der Frage viel Aufmerksamkeit geschenkt, was das spezifisch gesellschaftliche Verhältnis der produktiven Arbeit im Sozialismus ist. Für die neue, sozialistische Wirtschaftsordnung gilt für Behrens, daß der produktiven Arbeit das allgemeine Moment zugrunde liegt, sie in der materiellen Produktion stattfindet, sie ein Produkt hervorbringt, aber nicht nur ein Produkt schlechthin, sondern ein Produkt, das ein Mehrprodukt einschließt. Die Kapitalverwertung ist zwar auf Grund der neuen Eigentumsverhältnisse überwunden, nicht aber die Notwendigkeit, ein Mehrprodukt zu schaffen. Da weiterhin Warenproduktion existiert, Ware-Geld-Beziehungen unverzichtbar sind, erscheint im Sozialismus das Mehrprodukt als gesellschaftliches Reineinkommen. Behrens schreibt: »Vom Standpunkt der sozialistischen Produktion ist alle Arbeit produktiv, die neben dem Produkt für sich auch ein Produkt für die Gesellschaft produziert.« ¹² Neben der Schaffung eines Mehrprodukts, eines Produkts für die Gesellschaft ist für Behrens für die Bestimmung der produktiven Arbeit im Sozialismus ebenso von Bedeutung, *wer* sich das Mehrprodukt aneignet. »Zur Bestimmung der produktiven Arbeit vom

¹¹ Michael Schneider: *Das Ende eines Jahrhundertmythos*. Köln 1996. S. 36f.

¹² Fritz Behrens: *Der Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit und der Struktureffekt bei der Messung der Arbeitsproduktivität*. Berlin 1961. S. 13.

Standpunkt der jeweils herrschenden Produktionsverhältnisse, ist immer die Beantwortung der Frage notwendig, wer sich das Mehrprodukt aneignet, das in der materiellen Produktion durch die produktiven Arbeiter produziert wird«. ¹³

Es erübrigt sich, näher darauf einzugehen, was im einzelnen zum Bereich der produktiven und unproduktiven Arbeit gehört, zumal durch Strukturveränderungen der Bereich der materiellen Produktion sich fortlaufend verändert. Es bedarf auch keiner näheren Begründung dafür, warum das Ergebnis der Tätigkeit im produktiven Bereich die Existenzgrundlage für den Gesamtbereich der unproduktiven Arbeit ist, sowohl für dessen materielle Ausgestaltung als auch für das Einkommen der dort Beschäftigten. Es gilt auch für den Sozialismus die Binsenwahrheit, je größer das geschaffene materielle Produkt, je höher der Nutzeffekt der produktiven Arbeit, desto mehr Mittel stehen für den unproduktiven Bereich zur Verfügung.

Wenn Behrens die Frage stellt, daß zur Bestimmung der produktiven Arbeit im Sozialismus auch die Frage gehört, wer sich das im produktiven Bereich geschaffene Produkt, vor allem das Mehrprodukt, aneignet, dann wirft er ein Problem auf, das den gesamten Lenkungs- und Steuerungsmechanismus der sozialistischen Wirtschaft berührt. Aneigner dieses Produkts war bis zum Ende des Sozialismus der Staat. Dieser gab vor, die Interessen der Eigentümer wahrzunehmen und zu vertreten. Behrens erkannte frühzeitig – bereits Mitte der fünfziger Jahre –, daß die gesamtgesellschaftliche, die staatliche Aneignung fundamentale Mängel enthält, die sich vor allem in übertriebenen administrativen und bürokratischen Methoden zur Durchsetzung der zentral festgelegten Planziele äußerten. Indem die Betriebe nur über zentral zugeteilte Mittel verfügten, waren ihre Freiräume für eigenverantwortliche Entscheidung äußerst begrenzt. Behrens plädierte für größere Rechte der Betriebe, für mehr Eigenverantwortung, für mehr Demokratie vor Ort, er plädierte dafür, daß den Betrieben das Recht eingeräumt wird, entsprechend der von ihm erbrachten Leistung am Aneignungsprozeß teilzunehmen, sie am erzielten Gewinn zu beteiligen. In der Ersten Fassung der Rede zum Kolloquium »Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre ›Kapital‹ in Frankfurt am Main im September 1967 macht Behrens angesichts der Ineffi-

13 Fritz Behrens: Zu einigen Fragen der produktiven Arbeit und der Arbeitsproduktivität. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Berlin 1959. S. 6.

zienz des sozialistischen Planungssystems die Bemerkung, daß der Staat durchaus in der Lage ist Staatseigentum auf Gruppen zu delegieren, »[...] denn – so Behrens – die Gesellschaft kann das Verfügungsrecht über die ihr gehörenden Produktionsmittel auch auf Gruppen delegieren, auf Produzentenkollektive, die der Gesellschaft gehörende Produktionsmittel in ihrem Auftrag selbst verwalten und auch ihr Wertprodukt (v + m – H. R.) selbst aneignen, es im Rahmen gesellschaftlicher Normative verteilen«. ¹⁴

Diese Äußerungen waren natürlich Öl in das Feuer derjenigen, die in der »Entstaatlichung« der Wirtschaft, in der Selbstverwaltung der Wirtschaft einen Frontalangriff auf die Grundlagen des Sozialismus sahen. Nach seinem Auftritt auf der Frankfurter Konferenz »100 Jahre ›Kapital‹« mußte Fritz Behrens harte und schwere Auseinandersetzungen über sich ergehen lassen. 1970 ließ er sich aus vielerlei Gründen vorzeitig emeritieren, nicht zuletzt wegen seines desolaten Gesundheitszustands. Das Kapitel Produktivitätstheorie, bedeutender Teil seines Lebenswerks, war abgeschlossen. Die letzten Jahre seines schöpferischen Schaffens widmete er der Geschichte der politischen Ökonomie. Mit der ihm eigenen Akribie zeichnete er dogmengeschichtlich nach, wie der Begriff der produktiven Arbeit von den Merkantilisten, Physiokraten, der klassischen politischen Ökonomie und den Vulgärökonomien bestimmt worden ist. Sich mit der Geschichte der ökonomischen Wissenschaft beschäftigend, traf Behrens die Feststellung, die – obwohl viele von uns schon seit Jahren das Lehrpult in den Hörsälen verlassen haben bzw. verlassen mußten – auch tatsächlich zutrifft: »Es ist erschreckend, wie niedrig das Niveau vieler sozialistischer Ökonomen in ihren Kenntnissen der Geschichte ihrer Wissenschaft ist. Das liegt vor allem daran, daß sie wichtige Werke – das gilt sogar für marxistische Werke – nur aus Auszügen und Zitaten kennen und sie zu einer immanenten Kritik eines nichtmarxistischen Theoretikers unfähig sind, weil sie eine sogenannte ›transzendente‹ Kritik für ausreichend halten«. ¹⁵

14 Fritz Behrens: *Erste Fassung der Rede zum Kolloquium »Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre ›Kapital‹« in Frankfurt am Main im September 1967. In: Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet ...«. Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums. Leipzig 1999. S. 140.*

15 Helmut Steiner: *Notizen einer Gesellschaftstheorie des Fritz Behrens. In: Ebenda. S. 29.*

Es ist wünschenswert, daß auch heute noch der Fundus Behrenscher Arbeiten über produktive und unproduktive Arbeit sowie über die Arbeitsproduktivität bei der Analyse ökonomischer Prozesse die gebührende Beachtung geschenkt wird.

Klaus Müller

Behrens und Kautsky über Kapitalwanderungen

Wer auf einem Kolloquium zum Thema »Alternative Ökonomie« darüber spricht, in welche Richtungen Kapital fließt, dürfte bei den Zuhörern Erstaunen bis Unverständnis hervorrufen. Doch ist das unter Ökonomen strittige Problem der Kapitalbewegungen zwischen den Zweigen der Volkswirtschaft nur der Anknüpfungspunkt, um an Grundsätzlicheres zu erinnern. Es geht um Meinungsverschiedenheiten zwischen Ökonomen, die, kommen diese Leute aus unterschiedlichem »Lager«, als normal empfunden werden, die überraschen können, wenn die Kontrahenten sich derselben Denkrichtung zurechnen. Woran liegt es, daß die Gelehrten der ökonomischen Wissenschaft ihre Welt so unterschiedlich sehen, teilweise völlig gegensätzlich interpretieren? Das ist letztlich die zentrale Frage dieser wissenschaftlichen Veranstaltung. Denn Alternativen sind immer das Andere. Welche Ursachen haben unterschiedliche Sichten und Strategien? Welche davon sind »richtig«? Welche Konsequenzen für die Gestaltung und für die Steuerung komplexer ökonomischer Systeme sind daraus abzuleiten? Wer sich auf die Suche nach alternativen Ökonomien begibt, muß sich einiger Grundtatbestände bewußt sein. Welche dies vor allem sind, soll an einem Aspekt eines konkreten, zugegeben nicht ganz anspruchslosen Problems der theoretischen Ökonomie, der Kapitalwanderung zwischen den Anlagesphären im Rahmen der Verwandlung von Werten in Produktionspreise und der Profite in Durchschnittsprofite, diskutiert werden.

Die Einwände, die Fritz Behrens in dieser Frage gegen die Darstellung des Problems durch Karl Kautsky vorbringt, sind gut geeignet, einige Antworten allgemeinerer Art auf diese Fragen zu finden.

Fritz Behrens hat in seiner vierbändigen Geschichte der politischen Ökonomie, die, obgleich zu empfehlen, einige fehlerhafte und unzureichende Darstellungen enthält,¹ Kautsky vorgeworfen,

1 Die Arbeit ist auch nicht frei von durchaus üblichen marxistischen Vereinfachungen. So wirkt – um nur ein Beispiel zu nennen – die Auseinandersetzung mit Fritz Tarnow, einem führenden Gewerkschaftspolitiker der Weimarer Republik, der behauptet hatte, es sei keineswegs schon erwiesen, daß das sozialistische System ebenso gut wie das kapitalistische den dauernden Fortschritt verbürgen könne, aus

die ökonomischen Theorie von Karl Marx zu verflachen und zu vulgarisieren. Kautsky hatte geschrieben: »Das Wirken von Nachfrage und Angebot muß auch jenen Ungleichheiten der Profitraten entgegenarbeiten, die aus der Ungleichheit in der organischen Zusammensetzung des Kapitals entstehen.«²

Unter der organischen Zusammensetzung des Kapitals ist dabei das wertmäßige Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu verstehen.³ Ihre Größe ist bei Akzeptanz, daß Mehrwert nur durch produktive Arbeit geschaffen wird, entscheidend für die sich in den einzelnen Zweigen und Anlagebereichen der Volkswirtschaft bildende Profitrate.⁴

»Nach Kautskys Interpretation (der Marxschen Lehre vom Ausgleich unterschiedlich hoher Zweigprofitraten zu einer allgemeinen Durchschnittsprofitrate und damit der Verwandlung von Werten in Produktionspreise – K. M.)«, schreibt Behrens, »[...] fließt im entwickelten Kapitalismus Kapital von den Produktionszweigen mit höchster organischer Zusammensetzung, also höchster Arbeitsproduktivität, ab und Kapital den Produktionszweigen mit niedrigster organischer Zusammensetzung, also niedrigster Arbeitsproduktivität zu. Diese Interpretation der Marxschen Theorie ist nicht nur unzureichend und fehlerhaft, sondern falsch.«⁵ Sie sei »barer Unsinn«,⁶ behauptet Fritz Behrens, und begründet seine Ablehnung der Kautsky-Version damit, daß diese den technischen Fortschritt im Kapitalismus nicht erklären könne.⁷

»Neues Kapital wird nicht«, so Behrens, »in A (Zweig mit niedriger OZ,⁸ – K. M.), sondern in C (Zweig mit hoher OZ – K. M.) angelegt, und die Produktion wird auch nicht – wie Kautsky aus seinen Voraussetzungen folgert – in A (Zweig mit niedriger Z –

heutiger Sicht nicht unbedingt überzeugend (siehe Fritz Behrens: Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie. Bd. II. Berlin 1976. S. 210.

2 Karl Kautsky: Karl Marx' Ökonomische Lehren. 26. Aufl., Nachdruck der 1922 erschienenen 22. Aufl. Berlin, Bonn 1980. S. 91.

3 In der nichtmarxistischen Wirtschaftstheorie bezeichnet man die Einsatzrelation der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit als Kapitalintensität.

4 Die Profitrate drückt die Rentabilität des Kapitaleinsatzes aus.

5 Fritz Behrens: Fritz Behrens: Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie. Bd. II. Berlin 1976. S. 212.

6 Ebenda. S. 160.

7 Siehe ebenda. S. 212.

8 OZ = Organische Zusammensetzung (wertmäßiges Einsatzverhältnis zwischen Kapital und Arbeit).

K. M.) ausgedehnt und in C (Zweig mit hoher OZ – K. M.) eingeschränkt, sondern umgekehrt, wie es der Wirklichkeit entspricht.«⁹

Nach Kautsky wandere Kapital von Zweigen mit hoher Organischer Zusammensetzung in Zweige mit niedriger Organischer Zusammensetzung; Behrens behauptet, es sei umgekehrt. Man fragt sich, woraus derart gegensätzliche Auffassungen resultieren. Der formalen Logik zufolge kann scheinbar nur eine der beiden richtig sein.

Zweifelsfrei ist, daß nicht Behrens, sondern Kautsky die Marxsche Lehre von der die Zweigprofitraten nivellierenden Konkurrenz um die profitabelste Kapitalanlage richtig wiedergibt: »Das Kapital entzieht sich aber einer Sphäre mit niedriger Profitrate und wirft sich auf die andre, die höheren Profit abwirft. Durch diese beständige Aus- und Einwanderung, mit einem Wort, durch seine Verteilung zwischen den verschiedenen Sphären, je nachdem dort die Profitrate sinkt, hier steigt, bewirkt es solches Verhältnis der Zufuhr zur Nachfrage, daß der Durchschnittsprofit in den verschiedenen Produktionssphären derselbe wird und daher die Werte sich in Produktionspreise verwandeln.«¹⁰

Nach Marx verläßt Kapital die Zweige, in denen die Profitrate niedrig ist, um sich dort anzusiedeln, wo diese hoch ist. Wie groß die organischen Zusammensetzungen in den kapitalaufnehmenden und kapitalabgebenden Zweigen sind, geht aus dieser kaum strittigen Feststellung jedoch nicht hervor. Kann nun begründet werden, daß die Profitrate in Zweigen mit *niedriger* Organischer Zusammensetzung *hoch*, in Zweigen mit *hoher* Organischer Zusammensetzung dagegen *niedrig* ist – und das ist die Marxsche Auffassung –, muß Kapital auf der Suche nach den profitabelsten Branchen aus Zweigen mit hoher Organischer Zusammensetzung (= niedriger Profitrate) abgezogen und den Zweigen mit niedriger Organischer Zusammensetzung (= hoher Profitrate) zugeführt werden. Das ist die unbestechliche Logik (siehe Abb. I)!

9 Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie*. Bd. II. Berlin 1976. S. 160.

10 Karl Marx: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Dritter Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*. Bd. 25. S. 206. – Siehe auch ebenda. S. 164ff. und 182ff.

Abb. I: Organische Zusammensetzung, gleiche Mehrwertraten und Kapitalflüsse

Zweig	I	II
Konstantes Kapital c	70	90
Variables Kapital v	30	10
Organische Zusammensetzung $\frac{c}{v}$	2,3	9
c + v	100	100
Mehrwert $\left(\frac{m \cdot 100\%}{v}\right)$	100 %	100 %
Mehrwert m	30	10
Preis c + v + m	130	110
Profitrate $\left(\frac{m \cdot 100\%}{v}\right)$	30 %	10 %
	← Kapitalfluß	
Wirkung:	A > N	A < N
	Preissenkung	Preisanstieg
Produktionspreis	p = 120	p = 120
Durchschnittsprofitrate	20 %	20 %

Somit stimmt nicht Behrens, sondern Kautsky mit Marx überein, und dies nicht nur, was die Richtung der Kapitalwanderung betrifft, sondern auch in bezug auf die durch die Kapitalwanderung ausgelösten Angebots- und Nachfrageänderungen in den Zweigen, in deren Ergebnis sich Produktionspreise und eine allgemeine Durchschnittsprofitrate des Zweiges bilden.¹¹ Im kapitalabgebenden Zweig wird das Angebot unter die Nachfrage fallen, wodurch die Preise, Gewinne und Profitabilität steigen. In den kapitalaufnehmenden Zweigen wird das Angebot die Nachfrage übertreffen, wodurch die Preise, Gewinne und Profitabilität sinken. Veränderungen von Angebot und Nachfrage sind nicht nur Bestandteil der innerzweiglichen, differenzierenden Konkurrenz, – so die Annahme von Behrens,¹² sondern können sich auch durch Kapital-

¹¹ Diese Version des Kapitalwanderungsmechanismus findet sich später auch in Lehrbüchern der Politischen Ökonomie des Kapitalismus (siehe E. J. Bregel/A. D. Smirnow: *Politische Ökonomie*. Berlin 1973. S. 237. – Alfred Lemnitz/Günter Hoell/Peter Hofmann/Dieter Klein/Hannelore Riedel/Karl-Heinz Schwank: *Politische Ökonomie des Kapitalismus*. Berlin 1980. S. 268ff.).

¹² Siehe Fritz Behrens. *Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie*. Bd. II. S. 159.

zuflüsse aus anderen Zweigen bzw. Kapitalabflüsse zu anderen Zweigen ergeben und damit Bestandteil der die Profitraten nivellierenden Konkurrenz sein.

Daß Kautsky und nicht Behrens Marx richtig interpretiert, ist dabei allenfalls am Rande wichtig. Gesagt ist damit noch nicht, wer von beiden *in der Sache* irrt und auch nicht, was trotz theoretischer Stringenz in der Praxis passiert. Es geht auch weniger darum, sich als Marx-Kenner zu profilieren. Interessant ist vor allem die Frage, aus welchen Gründen die Ökonomen oft gegensätzliche Ansichten vertreten und ob derartige Kontroversen produktiv genutzt werden können.

Nach Lenins harscher Kritik an Kautsky, dem er allenfalls das Niveau eines Gymnasiallehrers für ältere Geschichte zuerkannte,¹³ entsprach es dem DDR-Zeitgeist, auf Distanz zu Kautsky zu gehen. Doch ein derart primitiver Opportunismus war sicher nicht der Grund für Behrens' Polemik gegen Kautsky. Meinungsverschiedenheiten widerspiegeln oft konträre, materielle oder ideelle Partikularinteressen. So gibt es unternehmerfreundliche Theorien und andere, die die Interessen der Arbeiter und sozial Benachteiligten in der Gesellschaft artikulieren. Solche oder ähnliche Interessenkonflikte können im Fall Behrens–Kautsky ausgeschlossen werden. Waren es intellektuelle Schwächen oder kannte Behrens seinen Marx nicht? Auch diese möglichen Gründe kann man verneinen. Worin ist dann der Grund zu sehen? Die Sache ist ein wenig komplizierter und durchaus geeignet, über das konkrete Problem hinaus, Allgemeingültiges abzuleiten.

So darf nicht übersehen werden, daß für das Marxsche, von Kautsky korrekt dargestellte, Modell des Profitratenausgleichs eine Reihe von Prämissen gelten:

Erstens, die Mehrwertrate in den einzelnen Produktionszweigen wird als gleich angenommen.¹⁴

Zweitens, das Kapital geht überall gleichmäßig ganz in das jährliche Produkt ein.¹⁵

¹³ Siehe W. I. Lenin: *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*. In: W. I. Lenin: *Werke*. Bd. 28. S. 232 (zitiert bei Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie*. Bd. II. Berlin 1976. S. 216).

¹⁴ Siehe Karl Marx: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band*. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*. Bd. 25. S. 165.

¹⁵ Siehe ebenda: S. 164.

Drittens, von der Verschiedenheit der Umschlagszeiten des Kapitals wird abgesehen.¹⁶ Dann muß unter der weiteren Voraussetzung, daß *viertens* die Produkte zu Preisen verkauft werden, die ihren Werten entsprechen und *fünftens* die Arbeitswerttheorie gilt (neuer Wert also nur durch lebendige Arbeit entsteht) sowie *sechstens* der Kapitalfluß zwischen den Zweigen ungehindert stattfinden kann (sowohl die technische Übertragbarkeit des Kapitals gewährleistet ist als auch keinerlei Eintritts- und Austrittsbarrieren z. B. in Form von Monopolen existierten) und *siebtens* die Höhe der Profitrate das unternehmerische Ziel am genauesten trifft und demnach *das* Kriterium für Kapitalanlageentscheidungen ist, sowie außerdem *achtens* die Preisbewegungen nicht monopolistisch deformiert sind, sondern die Veränderungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage widerspiegeln und *neuntens* Produktinnovationen, Erwartungen, Risikoüberlegungen und anderes unbeachtet bleiben, dann – und eigentlich *nur* dann – muß es als Konsequenz aus der Gesamtheit dieser Voraussetzungen zu einer Kapitalwanderung kommen, wie sie im Marx-Modell des Ausgleichs unterschiedlicher Profitraten zur Durchschnittsprofitrate und der Herausbildung des Produktionspreises angenommen wird.

Die Ergebnisse der die Profitraten nivellierenden Konkurrenz sind lediglich eine zwingende Konsequenz dieses umfangreichen Pakets von Prämissen.

Fritz Behrens nimmt im Gegensatz dazu an, daß aufgrund der in Zweigen mit hoher Organischer Zusammensetzung auch höheren Produktivität die Mehrwertrate dort größer sein müsse als in Zweigen mit niedriger Organischer Zusammensetzung (in denen die Produktivität unterdurchschnittlich ist). »Kautsky ignoriert«, so schreibt er, »daß unterschiedliche organische Zusammensetzung des Kapitals unterschiedliche Arbeitsproduktivität bedeutet, weil unterschiedliches Niveau von Technik und Organisation der Produktion.«¹⁷ Dieser Einwand ist gewichtig. Ein Zusammenhang zwischen der organischen Zusammensetzung und der Produktivität besteht. Er wird an der betreffenden Stelle im Marxschen Ka-

¹⁶ Siehe ebenda.

¹⁷ Fritz Behrens: *Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie*. Bd. II. Berlin 1976. S. 159.

pital (und dann auch durch Kautsky) ausgeblendet, weil allein der Einfluß der *organischen Zusammensetzung* auf die Profitrate gezeigt werden sollte. Dies erforderte, vom Einfluß anderer Faktoren zu abstrahieren. Zieht man aber solche (beispielsweise die Mehrwertrate, die Produktivität, das Innovationsniveau u. a.) in die Betrachtung ein, läßt sich zeigen, daß es Situationen geben kann, in denen Kapital aus Zweigen mit *niedriger* Organischer Zusammensetzung in solche mit *hoher* Organischer Zusammensetzung fließt. Behrens hätte in der Sache, nicht aber gegenüber Kautsky Recht. Er argumentiert unter neuen Annahmen logisch. Was er jedoch nicht merkt ist, daß er durch einen Austausch der Prämissen das Kautsky-Modell nicht widerlegt, sondern lediglich ergänzt bzw. modifiziert (siehe Abb. II).

Abb. II: Organische Zusammensetzung, ungleiche Mehrwertraten und Kapitalflüsse

Zweig	I	II
Konstantes Kapital c	70	90
Variables Kapital v	30	10
Organische Zusammensetzung $\frac{c}{v}$	2,3	9
c + v	100	100
Mehrwert $\left(\frac{m \cdot 100\%}{v}\right)$	50%	200%
Mehrwert m	15	20
Preis c + v + m	115	120
Profitrate $\left(\frac{m \cdot 100\%}{v}\right)$	15%	20%
Wirkung:	A < N	A > N
	Preisanstieg	Preissenkung
Produktionspreis	p = 117,5	p = 117,5
Durchschnittsprofitrate	17,5%	17,5%

Das ist der Fehler Behrens': Nicht zu erkennen, daß er von anderen Annahmen als Kautsky ausgeht, von einem anderen Standpunkt aus argumentiert, und Kautskys Lösung auf diese Weise nicht widerlegen, sehr wohl aber zu ergänzen vermag. Behrens bereichert die Theorie, indem er irrt.

Werden entgegengesetzte Konstellationen für möglich gehalten, entsteht jedoch die Frage nach der logischen Konsistenz und dem

Realitätsgehalt der den Modellen zugrunde gelegten Prämissen, da sich eine Theorie auch an ihren Voraussetzungen messen lassen muß. Konkret geht es um die Frage, ob die in der Marx'schen Theorie getroffene Annahme einer gleich hohen Mehrwertrate und Produktivität in den Zweigen mit unterschiedlicher Organischer Zusammensetzung des Kapitals realistisch und hilfreich ist.

Natürlich dürfte dies in der Realität eher ein Zufall sein. Dabei kommt hinzu, daß die Produktivität unterschiedlicher Zweige – nimmt man den Begriff korrekt – nicht einmal vergleichbar ist. Reine Produktivitätskennziffern allein können deshalb auch kein Kriterium für Anlageentscheidungen sein. Welche Kapitalanlageentscheidungen soll die Kenntnis bewirken, daß die Anzahl der in einer Stunde chirurgisch behandelten Knochenbrüche höher als die Anzahl gefertigter Porzellanuntertassen pro Stunde oder kleiner als die Summe geschlachteter Mastschweine in derselben Zeiteinheit ist? Es gibt aber einen Zusammenhang zwischen der Produktivität und der Mehrwertrate und da hat Behrens, obgleich sein Angriff gegen Kautsky ins Leere geht, unbedingt Recht (Abb. III, Varianten I, II).

Abb. III: Produktivität und Mehrwertrate

I Ausgangssituation

II 20prozentige Arbeitsproduktivitätssteigerung bei gleichbleibenden Absatzpreisen, wobei das Produktionswachstum dem Produktivitätsanstieg entspricht

III 20prozentige Arbeitsproduktivitätssteigerung bei sinkenden Absatzpreisen infolge eines Angebotsüberschusses, wobei Produktionswachstum = Produktivitätsanstieg

	I	II	III
Produzierte Menge (Stück/Stunde)	10	12	12
Preis (Euro/Stück)	5	5	4,50
Lohn pro Stunde (Euro/Stunde)	10	10	10
Lohn pro Stück (Variables Kapital/Stück)	1	0,833	0,833
Konstantes Kapital/Stück (Material- und Kapitalstückkosten)	3	3	3
Gewinn pro Stück	1	1,17	0,67
Preissumme	50	60	54
Summe Variables Kapital	10	10	10
Summe Konstantes Kapital	30	36	36
Summe Mehrwert (Gewinn)	10	14	8
Mehrwertrate	100%	140%	80%

Daß die Arbeitsproduktivität in Zweigen mit hoher Organischer Zusammensetzung die in Zweigen mit niedriger Organischer Zusammensetzung übertrifft, kann angenommen werden, vom Problem der Vergleichbarkeit einmal abgesehen.¹⁸ Folglich ist auch denkbar, daß die produktivitätsbedingt höhere Mehrwertrate den *negativen* Einfluß der *höheren* Organischen Zusammensetzung auf die Profitrate ausgleichen oder gar überkompensieren und die produktivitätsbedingt niedrigere Mehrwertrate umgekehrt den *positiven* Einfluß der *niedrigeren* Organischen Zusammensetzung auf die Profitrate abschwächen oder aufheben kann. Wie hoch die Profitrate in den einzelnen Zweigen sein und wie sie sich entwickeln wird, hängt offenbar von der Stärke und dem relativen Gewicht ihrer unterschiedlich und zum Teil entgegengesetzt wirkenden Bestimmungsfaktoren ab.

Wenn allerdings eine den Einfluß der Organischen Zusammensetzung auf die Profitrate aufhebende Wirkung von Produktivitätsunterschieden für möglich gehalten wird, dann heißt dies keinesfalls, daß ein solcher Effekt auch zwangsläufig eintreten muß. Was wirklich geschieht, hängt auch von anderen Einflußfaktoren, hängt, genauer ausgedrückt, vom Zustand des Gesamtgefüges ab.

A) Bei gegebenen Preisen der Absatzprodukte steigen durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität die wertmäßige Wirtschaftlichkeit, die Mehrwertrate und bei gegebenem Kapitaleinsatz auch die Profitrate (Rentabilität). Es kann zu einer Kapitalzufuhr im Behrenschen Sinne kommen (siehe Abb. IV). Denkbar ist allerdings auch, daß

B) die Preise im Ergebnis der Produktivitätssteigerung und eines damit verbundenen Angebotsüberschusses sinken. Die wertmäßige Wirtschaftlichkeit und die Mehrwertrate können gleich bleiben oder sogar sinken, ebenso die Rentabilität (Profitrate). Es erfolgt ein Kapitalentzug im Kautsky-Marxschen Sinne (siehe Abb. V).

18 Produktivitätsvergleiche sind nur innerhalb einer Branche möglich und sinnvoll.

Abb. IV: Produktivität und Profitrate bei Preiskonstanz

(Annahme:

Es gelten die Bedingungen in Abb. III, Varianten I und II)

Vor der Produktivitätssteigerung		Nach der Produktivitätssteigerung	
c	30	c	36
v	10	v	10
OZ	3	OZ	3,6
m	10	m	14
c+v+m	50	c+v+m	60
Mehrwertrate	100%	Mehrwertrate	140%
Profitrate	25%	Profitrate	30,4%

Produktivität, organische Zusammensetzung, Mehrwert- und Profitrate steigen.

Abb. V: Produktivität und Profitrate bei sinkenden Absatzpreisen

(Annahme:

Es gelten die Bedingungen in Abb. III, Varianten I und III)

Vor der Produktivitätssteigerung		Nach der Produktivitätssteigerung	
c	30	c	36
v	10	v	10
OZ	3	OZ	3,6
m	10	m	8
c+v+m	50	c+v+m	54
Mehrwertrate	100%	Mehrwertrate	80%
Profitrate	25%	Profitrate	17,4%

Produktivität und organische Zusammensetzung steigen, Mehrwertrate und Profitrate sinken.

Der Einfluß der Arbeitsproduktivität auf die Profitrate und Kapitalanlageentscheidungen ist also nicht eindeutig.

Wie steht es um die Behrensische Behauptung, mit Kautskys Version des Problems könne der technische Fortschritt im Kapitalismus nicht erklärt werden?

Diese These ist aus zwei Gründen falsch:

Erstens, die nivellierende Konkurrenz um die profitabelste Kapitalanlage bewirkt gerade, daß sich der technische Fortschritt allgemein, einigermaßen proportional über alle Zweige der Volkswirtschaft ausdehnen kann und sich nicht auf ausgewählte, ohnehin technisch bereits fortgeschrittene, Branchen beschränkt.

Zweitens, die zwischenzweigliche Konkurrenz wird ergänzt durch eine innerzweigliche Konkurrenz. Und der Produktivitätsvergleich ist in erster Linie ein innerzweigliches Phänomen. Dabei ist anzunehmen, daß sich Kapital im Sinne des Gesetzes vom Minimum dort ansiedelt, wo Nachholebedarf und Veränderungsschritt am größten sind. Nur durch Imitation diffundiert technischer Fortschritt, für produktivitätsschwache Unternehmen wohl die einzige Überlebenschance. Kapital wird demzufolge nicht zwangsläufig in *die* Betriebe gehen, in denen Organische Zusammensetzung und Produktivität bereits überdurchschnittlich sind, sondern dorthin, wo aufgrund der unterdurchschnittlichen Ausstattung das Steigerungspotential und der Nachholebedarf besonders groß sind.

In der Praxis sind sowohl die miteinander verbundenen innerzweiglichen als auch zwischenzweiglichen Kapitalanlageentscheidungen noch weitaus komplexer. Vor allem die Innovationsdynamik, Unsicherheit und Risikoabwägungen sowie die Erwartungen über künftige Entwicklungen (nicht zuletzt die der Profitrate) bestimmen das Anlageverhalten der Investoren. Anlageentscheidungen enthalten immer auch spekulative Momente. Sie sind naturgemäß ein Spiel mit der Unsicherheit. »Neue Firmen in jeder neuen Branche nehmen im Grunde an einer Lotterie teil« schreibt auch Lester Thurow. »Die meisten neuen Firmen gehen Pleite, doch einige sind sehr erfolgreich.«¹⁹ Vor 1929 wurden in den USA 2.000 Automobilunternehmen gegründet (vor allem von Fahrradherstellern), in den fünfziger Jahren waren noch drei Konzerne übriggeblieben: Ford, der das Geschäftsmodell für die Automobil*produktion* revolutionierte (Fließbänder, Teilefertigung und Lieferkettenmanagement), Alfred Sloan von General Motors, der das Geschäftsmodell für den Automobil*verkauf* änderte (»jährliche Modellwechsel, unterschiedliche Farben und die Ansicht, daß das Auto Teil der Persönlichkeit des Besitzers ist, weshalb es der Käufer nicht wie einen Kühlschrank behandelt und nur alle 25 Jahre ein neues erwirbt«²⁰), Chrysler, ein erfolgreicher Mitläufer, der erst 1998 seine Unabhängigkeit an Daimler-Benz verlor. »Ein Anleger, der genug Glück hatte oder klug genug war, in diese drei Unternehmen zu investieren, wurde in den fünfziger Jahren märchenhaft reich, obwohl es 1929 zu einem Börsenkrach und in den dreißiger Jahren

¹⁹ Lester Thurow: *Die Zukunft der Weltwirtschaft*. Frankfurt am Main, New York 2004. S. 275.

²⁰ *Ebenda*. S. 276.

zur Weltwirtschaftskrise kam. Aber alle, die in die anderen 1.997 Firmen investiert hatten, verloren ihr Geld.«²¹

Hätte man 1983, zu Beginn der PC-Revolution, voraussehen können, daß im Jahre 2001 auf der Welt 140 Millionen PCs verkauft werden? Wenn ja, in welches Unternehmen hätte man dann investiert? »Wahrscheinlich in Commodore Computer«, vermutet Lester Thurow, »den seinerzeit führenden PC-Hersteller, der einen Marktanteil von 33 Prozent aufwies und rasch wuchs. 1994 gab Commodore Computer das Geschäft auf. Damals hätte man nicht in den großen Sieger, nämlich Microsoft, investieren können, da es 1983 noch keine Aktiengesellschaft war.«²²

Ähnliches widerfuhr in den letzten Jahren der Telekommunikationsbranche. Ehemalige Stahlkonzerne wie Mannesmann, sowie Energieunternehmen wie RWE, Veba und Viag (heute E.ON) stiegen in den neunziger Jahren mit überschüssigen liquiden Mitteln in die fremde Branche ein, weil technische Innovationen (Mobilfunk, Handys) lukrative Profitaussichten verhießen. Kapital floß in eine Branche mit einer überdurchschnittlich hohen Organischen Zusammensetzung. Doch nicht diese und auch nicht die aktuelle Profitrate waren für diese Anlageentscheidung ausschlaggebend gewesen. Es waren der Neuigkeitsgrad des Marktes und die an das neue Produkt geknüpften Zukunftserwartungen bzw. unterschiedliche Innovations- und Sättigungsgrade in den Zweigen, die Kapitalumschichtungen auslösten. Maßgeblich sind weniger die aktuellen Konstellationen im Gefüge der ökonomischen Größen, sondern die Meinung, wie es um diese künftig bestellt sein könnte. Es ist nicht anzunehmen, daß eine Entscheidung langfristiger Art gefällt wird, wenn man erwartet, daß die Gründe, die für diese Entscheidung sprechen, nur vorübergehend oder nur für eine kurze Zeit bestehen. Die hektische Ausdehnung im High-Tech-Bereich führte zur Überakkumulation und in nur wenigen Jahren folgerichtig vom Boom in die Krise.

Die Beispiele des US-amerikanischen Auto- und Computermarktes sowie jüngst auf dem Gebiet der mobilen Kommunikation zeigen, daß man im Konkreten irren kann, selbst wenn man im Prinzip Recht behält.

²¹ *Ebenda.*

²² *Ebenda.*

*Verallgemeinernde Schlußfolgerungen
(aus der Sicht der Suche nach Alternativen)*

Erstens: An Behrens unglücklicher Kritik an Kautskys Vorstellung über die Richtung der Kapitalwanderung zeigt sich das Grunddilemma der ökonomischen Wissenschaft, die ihrem Untersuchungsgegenstand, jenem vielgestaltigen Beziehungsgefüge und dem sich verändernden Wechselgeflecht bis heute ziemlich hilflos gegenüber zu stehen scheint, die immer wieder an der Totalität aller Aspekte des Weltganzen zerbricht. Sie ist in ihrer Gesamtheit der ganzheitlichen Daseinsweise der ökonomischen Realität nicht gewachsen, wird dieser, wenn überhaupt, nur sehr selten gerecht. Modellbetrachtungen sind sicher notwendig, doch muß man sich stets bewußt sein, daß aus ihnen gewonnenes Partialwissen Teil einer komplexen und komplizierten Gesamtheit ist und gerade deshalb in der Regel nicht verselbständigt werden kann. Partialwissen muß vielmehr in komplexe, ganzheitliche Betrachtungsweisen eingebunden werden. Die Realität existiert nun einmal so und nur eine ganzheitliche Betrachtung kann ihr letztlich gerecht werden. Ansonsten sind Irrtümer unvermeidlich. Die verbreitete Annahme, daß allein die Veränderung einer Stellgröße genau vorhersehbare Automatismen in Gang setzen könnte, ist absurd. Was die Veränderung einer Größe (Einkommen, Steuern, Löhne, Produktivität usw., usf.) wirklich bewirkt, hängt nicht nur von der Art und dem Ausmaß dieser Veränderung, sondern stets auch von der Beschaffenheit des ökonomischen Gesamtgefüges ab. An sich handelt es sich um Banalitäten und der Ökonom könnte sich mit Gelassenheit von ihnen wenden, wüßte er nicht, daß genau diese Absurditäten das wirtschaftspolitische Tagesgeschäft dominieren. Allein die Gedankenkette »Geringere Unternehmenssteuern – mehr Gewinne – mehr Investitionen – mehr Arbeitsplätze« ist ein prägnantes Beispiel dafür, welch eine verheerende Konsequenz die Ignoranz von Multikausalität und Komplexität nach sich ziehen muß. Daß sich die gewünschten ökonomischen Kettenwirkungen quasi spielend wie fallende Dominosteine einstellten, ist nur eine der vielen grobschlächtigen Vereinfachungen, mit denen honorige Sachverständige des neoliberal geprägten Mainstream die ökonomische Welt verklären. Das neoliberale Bestreben, die theoretische Ökonomie wie eine mathematisch-naturwissenschaftliche Disziplin, ähnlich der Physik, genauer vielleicht der Mechanik oder Hydrodynamik mit ihren »einfachen«, überschaubaren Algorithmen

men zu betrachten, erweist sich als Illusion. Sozialökonomische Systeme wie die Volkswirtschaft sind viel zu komplex, viel zu variabel und zu unsicher, um mit simplen algebraischen Formeln erfaßt werden zu können.

Zweitens: Einfache Umkehrschlüsse sind, wie auch die Behrensche Kritik an Kautsky zeigt, nicht in jedem Fall hilfreich. Oft ist es zu wenig, nur das Gegenteil von dem zu wollen oder als richtig anzusehen, was man als falsch zu erkennen glaubt. Wenn eine wirtschaftspolitische Maßnahme nicht greift, muß das Gegenteil keineswegs zwangsläufig Erfolg haben (zum Beispiel Steuersenkungen – Steuererhöhungen, Lohnsenkungen – Lohnerhöhungen usw.). Wenn die Profitmehrung vorrangiges Ziel des unternehmerischen Handelns ist, so tragen Steuersenkungen direkt diesem Ziel Rechnung. Weshalb sollen Unternehmen den auf diese Weise zusätzlich angeeigneten Profit sofort bedingungslos den Unsicherheiten und Risiken der Investitionstätigkeit aussetzen? Investitionen unterbleiben doch nicht in erster Linie deshalb, weil es an Finanzierungsmitteln mangle (für die liquiditätsstarken Großunternehmen kann dies mit Sicherheit ausgeschlossen werden), sondern weil mangels zahlungsfähiger Nachfrage und wegen unausgelasteter Kapazitäten die entscheidenden Bedingungen fehlen, die Erweiterungsinvestitionen erst sinnvoll machen. So muß sich niemand wundern, daß die bisherigen Steuersenkungen – die Körperschaftsteuer sank von 56% auf 25% und soll weiter auf 19% gesenkt werden – ohne Wirkung auf Investition und Beschäftigung blieben. Wenn Steuersenkungen nicht mehr Beschäftigung bringen, heißt das aber nicht, daß Steuererhöhungen dies tun. Beide sich ausschließenden Möglichkeiten – entweder weitere Steuersenkungen zu fordern, wenn man die Art des Eingriffs für richtig, nur ihr Ausmaß für zu gering hält oder Steuererhöhungen zu verlangen – können falsch und wirkungslos bleiben. Höhere Steuereinnahmen, die durchaus möglich sind (z. B. durch Erhöhung der Besteuerung großer Erbschaften, Wiedereinführung der Besteuerung großer Vermögen, die Einführung einer Devisenumsatzsteuer u. ä.) führen nur dann zu einer höheren Beschäftigung, wenn die entsprechenden wirtschaftspolitischen Anschlußstücke (z. B. in Form der Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors) gesetzt werden. Wäre es nicht gerechtfertigt, den großen Unternehmen höhere Steuern abzufordern, die ihre Wettbewerbsfähigkeit dadurch unterstreichen, daß sie Rekordgewinne in Milliar-

denhöhe erzielen und dennoch Arbeitskräfte zu Tausenden unter dem Vorwand entlassen, nur so wettbewerbsfähig werden zu können? Weist beispielsweise ein Unternehmen einen Jahresgewinn in Höhe von drei Milliarden Euro aus und hat es im gleichen Jahr 12.000 Mitarbeiter entlassen, müßte es in einem höheren Maße am staatlichen Steueraufkommen beteiligt werden als bei einer Weiterbeschäftigung seiner entlassenen Arbeitskräfte. Denn für die Vernichtung der Arbeitsplätze gibt es in einem solchen Fall keinen Grund. Verursachte eine Arbeitskraft jährlich Lohnkosten in Höhe von 50.000 Euro, würde dadurch, daß die Entlassung unterbleibt, »nur« noch ein Gewinn von 2,4 Milliarden Euro ausgewiesen werden können. Wäre ein solcher Überschuß nicht auch ausreichend? Im Gegenzug könnten *den* Unternehmen Steuern erlassen werden, die neue Arbeitskräfte dauerhaft einstellen. Eine solchermaßen betriebene selektive Steuerpolitik könnte dazu beitragen, daß Einkommen sich dort ansammeln, wo sie gebraucht werden und volkswirtschaftlich wohltuende Effekte nach sich ziehen können und gleichzeitig verhindert werden, daß die volkswirtschaftlich sinnvollen Verwendungszwecken entzogenen Liquiditätsüberschüsse, mit denen vornehmlich Casino-Kapitalismus gespielt wird, weiter wachsen.

Daß Lohnsenkungen ein untaugliches Mittel sind, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, heißt nicht, daß Lohnerhöhungen grundsätzlich Erfolg garantieren könnten. Lohnerhöhungen auf relativ hohem Einkommensniveau, bei verbreiteter Sättigung und geringer marginaler Konsumneigung dürften kaum nennenswerte Beschäftigungseffekte bewirken. Die Antwort auf die Frage nach den Wirkungen von Lohnveränderungen kann dabei weder nur aus betriebs- noch nur aus volkswirtschaftlicher Sicht gesucht werden. Beide – der betriebswirtschaftliche Kosten- und der volkswirtschaftliche Nachfrageaspekt – sind wichtig. Die relative Senkung (bzw. Erhöhung) des Lohnes verbessert (bzw. verschlechtert) zwar die Verwertungsbedingungen des individuellen Kapitals; sie führt aber zugleich zur Beeinträchtigung (bzw. Verbesserung) dieser Bedingungen für das Gesamtkapital, indem sie als Bestimmungsgrund zahlungsfähiger Nachfrage objektiv krisenverschärfend oder konjunkturdämpfend (bzw. krisenmildernd oder konjunkturstützend) sein muß, was nicht heißt, Krise und Aufschwung ausschließlich als Lohnproblem zu sehen. Zwei formallogisch unvereinbare, weil kontradiktorische Urteile – Löhne verbessern und verschlechtern die Kapitalverwertung – sind, so vermag die dialektische Logik zu

zeigen, eben doch vereinbar, weil sie für andere Beziehungen (einmal für das individuelle Kapital, zum anderen für das Gesamtkapital oder einmal für die kurze Zeit, zum anderen für die »lange« Zeit gelten).

Es ist wunderbar, daß kaum einer, der behauptet, die Löhne seien zu hoch, auch nur daran zu denken scheint, daß es eines Maßstabes bedarf, um dies bewerten zu können. Ob die Profitrate hoch oder niedrig ist, läßt sich letztlich auch nur durch Vergleichen feststellen. Eine Profitrate in Höhe von 20% wäre niedrig, wenn ansonsten Werte von 25% erreicht würden; sie müßte als hoch bewertet werden, wenn in vergleichbaren Anlagesphären nur zehn Prozent erreicht werden.²³ Unternehmer können jeglichen Lohn für zu hoch und jeglichen Gewinn für zu gering halten. Wenn illegale Beschäftigung nur drei Euro pro Arbeitsstunde kostet und sämtliche Lohnnebenkosten spart, ist eine legale Beschäftigung, die vier Euro pro Arbeitsstunde kostet, noch immer zu teuer. Wenn allein Lohnkosten Standortentscheidungen begründeten, so müßte Kapital von Deutschland, wo die Löhne in einer Branche vielleicht acht Euro pro Stunde betragen, nach Tschechien wandern, wo dieselbe Arbeit nur fünf Euro kostet, von da nach Ungarn, wo noch einmal zwei Euro gespart werden können. Aber auch im Puszalund wird Kapital nicht seßhaft werden, wenn weiter östlich, beispielsweise in Moldowa oder der Ukraine, lediglich noch ein Euro gezahlt werden muß. Schließlich landet Kapital in der Mongolei, wo es genügen mag, die Arbeiter täglich mit einer lauwarmen Mahlzeit abzuspeisen.

Kostensenkungen bedeuten Gewinnsteigerungen und für letztere gibt es aus Unternehmersicht keine Obergrenzen. Ob die Vergütung zu hoch, zu niedrig, angemessen oder nicht ist, läßt sich so gerade nicht ermitteln. Löhne müssen oder können gemessen und bewertet werden am Preisniveau, an der Produktivität, an der Höhe der anderen Kosten, am Gewinneinkommen der Unternehmer, natürlich auch am Lohnniveau in anderen Ländern, wobei die Löhne dort wiederum nicht unabhängig von anderen ökonomischen Größen (Preise, Produktivität usw.) zu betrachten sind. Derartige Analysen zeigen, daß von einem Hochlohnland Deutschland nicht die Rede sein kann.²⁴ Unternehmen möchten (und kön-

23 100 junge Männer in einer Disco sind viel, wenn gleichzeitig 20 junge Frauen anwesend sind; sie sind wenig, wenn 200 Frauen einen Partner suchen.

24 Siehe Klaus Müller: Mikroökonomie – kritisch und praxisnah. 3. Aufl. Chemnitz 2004. S. 21ff.

nen dank des technischen Fortschritts, der Produktivitätssteigerungen ermöglicht) immer weniger Menschen und diese, wenn möglich, zu immer geringeren Löhnen beschäftigen. Gleichzeitig aber möchten sie derselben Anzahl von Leuten, von denen immer weniger arbeiten, immer mehr Waren und diese, wenn möglich, zu immer höheren Preisen verkaufen. Wieso will niemand merken, daß dies nicht aufgehen kann?

Ist Wachstum der Schlüssel zur Lösung des Beschäftigungsproblems? Mit Ja oder Nein ist auch diese Frage nicht befriedigend zu beantworten. Da in den hochentwickelten Industriestaaten Sättigungsgrad, Angebotsüberschüsse und Umweltbelastungen einen Stand erreicht haben, der eine weitere Steigerung des Bruttoinlandsprodukts weder notwendig noch möglich macht, ist die Behauptung, es bedürfe eines hohen Wirtschaftswachstums, um das Beschäftigungsdilemma zu überwinden, längst anachronistisch geworden. Vielmehr ist zu fragen: Welche Güter/Leistungen sind wo und unter welchen Bedingungen zu mehren, welche reichen, um Bedarf und Nachfrage zu decken, welche sollten oder können, weil ökonomisch oder sozial-ethisch bedingte Angebotsüberschüsse vorhanden sind, gesenkt werden? Wirtschaftswachstum wird benötigt, um Angebotslücken zu schließen. Es wird nicht benötigt, um bereits vorhandene Überschüsse zu vergrößern. In hochproduktiven Volkswirtschaften führt der Weg zu mehr Beschäftigung nicht über ein höheres Wachstum, für das die Bedingungen nicht mehr vorhanden sind, sondern über eine konsequente Arbeitszeitverkürzung.

Drittens: Eine wirklich stabile Alternative läßt sich nicht reduzieren auf Teilverbesserungen – so wünschenswert und dringend sie sein mögen –, sondern muß ein in sich harmonischer Gesamtentwurf sein. Dabei ist Unsicherheit in einem bestimmten Maße unvermeidlich und muß hingenommen werden. Es ist unmöglich, vorauszusehen, wie sich die Gesamtheit der Variablen und deren Beziehungen untereinander verändern werden. Unwägbarkeiten kann man begrenzen, aber nicht ausschließen. Auch Alternativkonzepte bergen Risiken in sich und können unerwünschte Nebenwirkungen auslösen. Der Alternativökonom muß diese selbst finden. Es gibt niemand, den er fragen könnte. Zwar kann beispielsweise angenommen werden, daß Lohnerhöhungen bei einkommensschwachen Schichten einen höheren Konsumzuwachs ermöglichen als Einkommenssteigerungen bei denen, die gesättigt

sind und deren Sparquote größer ist. Unsicher ist jedoch, wie die Einkommenserhöhung die Konsumneigung verändern wird (wie im Durchschnitt der Vorperioden oder auf neue Weise).

Schließlich zeigt der Behrens-Kautsky-Konflikt, daß auch große Denker irren und daß man aus anregenden Irrtümern oft mehr lernen und höheren Nutzen ziehen kann als aus der ständigen Wiederholung von Allgemeinplätzen, worauf Jürgen Kuczynski, Freund von Fritz Behrens, so oft und gern hinwies.

Joachim Bischoff
Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie
– Behrens und die gegenwärtige Linke

1.

Friedrich Behrens veröffentlichte 1948 ein Buch mit dem Titel »Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie«. Diese Studie über die produktive Arbeit im Kapitalismus war – so der Autor – zu einem Teil »in den Jahren der Hitlerherrschaft entstanden«.¹ Bekanntlich hatte Behrens im nationalsozialistischen Deutschland im Bereich der Statistik eine existentielle Nische gefunden und wollte in den Neubeginn eine Weiterentwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und damit eine Demokratisierung der Gesellschaft mit auf den Weg bringen. Die umfassende Erfassung der Preis- respektive. Wertgrößen war in dem zurückliegenden Jahrzehnt nicht zuletzt unter den Anforderungen der Kriegswirtschaft in den kapitalistischen Gesellschaften weiterentwickelt worden. Gleichwohl – so Behrens – litt das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen damals wie heute darunter, daß in einer kapitalistischen Ökonomie wegen der eigentümlichen Mystifizierung der gesellschaftlichen Kategorien keine Klarheit über die grundlegenden Ausbeutungs- und Verhältnisse existieren kann. Für den Marxisten Behrens war hingegen »die Berechnung des Volkseinkommens [...] die Krönung der volkswirtschaftlichen Statistik. Sie setzt theoretisches Denken und viel statistisches Können voraus.«²

Die Studie selbst konzentrierte sich auf die Erörterung der produktiven Arbeit im Kapitalismus. Der Begriff der produktiven Arbeit ist nicht nur nach Ansicht von Behrens für das Verständnis der Klassenstruktur und damit für die Kritik der politischen Ökonomie grundlegend. Der Begriff der produktiven Arbeit entspricht der voll entwickelten kapitalistischen Produktionsweise. Gestützt auf diese theoretischen Einsichten könnte die Volkseinkommensstatistik drei Aufgaben erfüllen:

1 Fritz Behrens: Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie. Berlin 1948 S. 8.

2 Ebenda. S. 63.

»Sie hätte erstens die Größe des ursprünglichen Einkommen v (d. h. Lohn) und m (Mehrarbeit) zu liefern.«³ Zweitens wären die abgeleiteten Einkommen von diesem Primärrevenue zu erfassen und schließlich müßten drittens die Einkommen der nichtkapitalistischen Warenproduzenten fixiert werden. Behrens unterstreicht damals die Bedeutung für die gesellschaftlichen Reformprozesse: »Da der Aufbau einer umfassenden und gründlichen deutschen Produktionsstatistik für unsere neue demokratische Wirtschaft eine Lebensfrage geworden ist, wird auch die künftige deutsche Volkseinkommenstatistik darauf nutzen ziehen können. Dabei ist ebenso wichtig wie die Organisation einer guten Statistik die wissenschaftliche Klärung der volkswirtschaftlichen Begriffe.«⁴

Auf diesem Terrain zeichneten sich in dieser frühen Nachkriegszeit bereits die grundlegenden Kontroversen ab, die in den folgenden Jahren administrativ beendet wurden und damit zulasten der Gestaltung der realen ökonomischen Beziehungen, zulasten der demokratischen Willensbildung und zum Schaden der Wissenschaft. Jürgen Kuczynski verwies darauf, daß »sich bei der statistischen Berechnung des Volkseinkommens Komplikationen zum Beispiel aus der Tatsache der imperialistischen Extraprofite ergeben müssen«.⁵ Behrens gesteht – im Rahmen seiner theoretischen Fundierung – eine weitere Komplikation zu: »Der moderne Monopolkapitalismus bedeutet die ›produktiven‹ Schichten der Gesellschaft doppelt aus: einmal ökonomisch, indem er sich wie jeder Kapitalismus einen Teil ihres Arbeitsprodukts, den von ihnen erzeugten Mehrheit aneignet, dann aber dadurch, daß er von ihrem Lohn bedeutende Abzüge macht, um seinen immer wachsenden Macht- und Herrschaftsapparat aufrechtzuerhalten und auszubauen.«⁶ Nehmen wir schließlich die umstrittene Einordnung der einfachen Warenproduzenten in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung hinzu, dann haben wir die drei Schlüsselprobleme, die in der Folgezeit politisch administrativ ohne theoretische Grundsatzdebatte entschieden wurden. Die marxistische Fundierung einer Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung blieb ein unerledigtes Projekt.⁷

3 *Ebenda. S. 61.*

4 *Ebenda. S. 70.*

5 *Ebenda. S. 60.*

6 *Ebenda. S. 106.*

7 *Siehe dazu Projekt Klassenanalyse, Gesamtreproduktionsprozeß der BRD 1950–1975. Westberlin 1976. – Eva Müller: Marxsche Reproduktionstheorie. Hamburg 2005.*

2.

Behrens konnte sich theoretisch-politisch mit einer wissenschaftlich fundierten Kapitalismusanalyse und damit einer sozialistischen Umgestaltungspolitik nicht durchsetzen. Die verlorene gesellschaftliche Auseinandersetzung Mitte der fünfziger Jahre über die Interpretation der gesellschaftlichen Theorie des Werts und deren politische Konsequenzen für die Entwicklung einer nichtkapitalistischen Ökonomie war Ausdruck einer umfassenden Fehlentwicklung innerhalb der realsozialistischen Länder und des östlichen Marxismus, die nach mehreren Krisen im Zusammenbruch der staatssozialistischen Ökonomien Ende der achtziger Jahre ihr Ende fand.

Aber auch im Westen war die Deformation des Marxismus prägend durch die Trennung von jeder revolutionären Praxis, durch die Stalinisierung der kommunistischen Parteien im Westen und wegen der beeindruckenden ökonomisch-sozialen Ergebnisse der beschleunigten Kapitalakkumulation in der fordistischen Entwicklungsetappe. Zu Recht konstatiert Perry Anderson: »Das verborgene Kennzeichen des westlichen Marxismus besteht darin, daß er Resultat einer Niederlage ist. Daß es der sozialistischen Revolution nicht gelang, außerhalb Rußlands Fuß zu fassen – Ursache und Folge ihrer Korruption in Rußland, ist der Hintergrund, vor dem die gesamte theoretische Tradition dieser Periode gesehen werden muß [...] Die Verengung der theoretischen Arbeit auf die vorgegebene Alternative: institutioneller Gehorsam oder individuelle Isolation ließ jede Möglichkeit einer dynamischen Beziehung zwischen dem historischen Materialismus und dem sozialistischen Kampf verkümmern und schloß jede direkte Weiterentwicklung der Hauptfragestellungen des klassischen Marxismus aus.«⁸ Dies galt insbesondere für die ökonomischen Bewegungsgesetze, die Veränderungen des Staatsapparates und politisch-ideologischen Überbaus sowie die strategischen Konzeption. Gerade diese Fragen wurden unter der beschleunigten Kapitalakkumulation im fordistischen Entwicklungsstadium wichtig, weil augenscheinlich alle Prognosen über den bevorstehenden Verfall oder Krise des Kapitalismus gravierende Defizite des marxistischen Denkens verdeutlichten.

⁸ Perry Anderson: *Über den westlichen Marxismus*. Frankfurt am Main 1976. S. 68ff.

Mit dem weitgehenden Zusammenbruch der staatssozialistisch konstruierten Gesellschaften in den letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts können die bis dahin geltenden Fesseln für den Marxismus abgestreift werden. Voraussetzung für ein neues Kapitel in der Tradition der von Marx begründeten Kritik der politischen Ökonomie ist allerdings aus meiner Sicht, daß wir uns über zwei Erblasten vollständig klar geworden sind:

Erstens: Mit der Krise des Fordismus und der Aufhebung der Systemkonfrontation ist eine selbstkritische Aufhebung der spezifischen Charakterzüge des westlichen Marxismus möglich. »Entstanden aus der Niederlage der proletarischen Revolutionen in den fortgeschrittenen Gebieten des europäischen Kapitalismus nach dem ersten Weltkrieg, entwickelte er sich im Zuge einer immer tiefer werdenden Spaltung zwischen der sozialistischen Theorie und der Praxis der Arbeiterklasse. Die Kluft zwischen diesen beiden, die sich zunächst durch die imperialistische Isolation des Sowjetstaates aufgetan hatte, wurde durch die Bürokratisierung der UdSSR und der Komintern unter Stalin institutionell erweitert und zementiert. Für die Exponenten des nun im Westen neu entstehenden Marxismus stellte die offizielle kommunistische Bewegung die einzige wirklich bedeutsame Verkörperung der internationalen Arbeiterklasse dar, gleichgültig ob diese Theoretiker sich ihr anschlossen, ob sie mit ihr ein Bündnis eingingen oder sie ablehnten. Die im Wesen der kommunistischen Parteien dieser Epoche angelegte strukturelle Trennung von Theorie und Praxis schloß eine einheitliche politisch-intellektuelle Arbeit aus, wie sie den klassischen Marxismus gekennzeichnet hatte [...] Der westliche Marxismus war ein integraler Bestandteil dieser Geschichte, und eine neue Generation revolutionärer Sozialisten in den imperialistischen Ländern darf ihn nicht ignorieren [...] Mit dieser Tradition abzurechnen – zugleich von ihr zu lernen und sich von ihr zu lösen – ist daher heute in jedem Land Voraussetzung für die Erneuerung der marxistischen Theorie.«⁹

Zweitens: Dieser Doppelschritt von Anerkennung und Bruch gilt auch für den gegenwärtigen Kapitalismus. Die bisherigen Beschreibungen für die Machtverhältnisse sind durch die Entwicklung der ökonomischen Bewegungsgesetze unbrauchbar geworden. Mit der Aufhebung der Systemkonfrontation ist die internationale Nachkriegsordnung außer Kraft gesetzt und die USA sind auf eine ganz

9 *Ebenda.* S. 138.

neue Weise Hegemonialmacht. Kein Staat hatte in der bisherigen Geschichte eine derart globale Vorherrschaft besessen. »Der entscheidende Aspekt gegenwärtiger Politik ist [...] nicht, daß die Welt außer Kontrolle geraten ist, sondern daß sie noch nie zuvor in einem solchen Ausmaße von einer einzigen Macht gelenkt [...] wurde. Die US-amerikanischen Ziele, durch die Staatsstrategen überall popularisiert, könnten nicht transparenter sein: Es geht – wo immer möglich – darum, die allgemeine weltweite Expansion des neoliberalen Kapitalismus und seiner Organisation in Übereinstimmung mit den nationalen Normen und Interessen der USA durchzusetzen.«¹⁰ Freilich ist die Basis dieser Hegemonialmacht das Militär. Die ökonomischen und kulturellen Potentiale fallen deutlich hinter die militärische Stärke zurück.

Eine realistische Beschreibung der Machtverhältnisse muß sich daher der globalen Widersprüchlichkeit stellen. Auf der einen Seite sind wir mit der Ideologie des Neoliberalismus konfrontiert, »dessen Ausbreitung in den vergangenen zwei Dekaden über alle Kontinente ihn zur vielleicht universalsten Ideologie in der Weltgeschichte machte«.¹¹ Auf der anderen Seite repräsentiert eben diese Ideologie eben nicht mehr die Tugenden und das Pathos der Bourgeoisie, sondern die verschiedenen nationalen Sphären der globalisierten bürgerlichen Welt sind unter ein Regime der Finanzmärkte und der Vermögensbesitzer (Aktionäre und Shareholder) gestellt, in dem eine Vision von ownership society vermittelt wird. Gleichwohl ist in dieser Gesellschaftskonzeption weder ein Platz für kreative gesellschaftliche Wertschöpfung, noch ein Respekt für die subalternen Klassen der Arbeitenden. Nie zuvor in der Geschichte des Kapitalismus wurden die Träger der gesellschaftlichen Arbeit mit größerer Verachtung gestraft, nie zuvor wurde jeder Gedanke an Machtteilung oder Partizipation als unakzeptable Schranke der Ansprüche der Vermögenden auf den gesellschaftlichen Reichtum beiseite gefegt. Bei diesen Erben der bürgerlichen Klasse gibt es keine Konzeption von Gemeinwesen, sondern nur noch die Allmachtphantasie von der Herrschaft der Märkte. Logischerweise arrangieren sich diese Erben der einst revolutionären Bourgeoisie mit dem nachhaltigen Substanzverlust der parlamentarischen Willensbildungs- und Wahlsysteme.

10 Perry Anderson: Das Zeitalter des Eric Hobsbawm, ein Rückblick auf das 20. Jahrhundert. In: SoZ. Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis. Köln (2003)5. S. 50.

11 Ebenda. S. 60.

Zugespitzt lautet die These: in der auf das goldene Zeitalter des Fordismus nachfolgende Krise ist nicht nur die Systemkonfrontation aufgelöst worden, sondern es hat sich eine Transformation der bürgerlichen Klassen- und Machtverhältnisse in einer passiven Revolution durch gesetzt.

3.

In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern hat sich in den siebziger Jahren eine fundamentale Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse vollzogen. Der Übergang zu einer Konzeption der Privatisierung des öffentlichen Eigentums, des Verzichtes auf gesamtgesellschaftliche Steuerung, der Verlagerung von öffentlichen Dienstleistungen auf die privaten Haushalte und der Öffnung von wesentlichen Bereichen (Infrastruktur, öffentliche Daseinsvorsorge, Wohnen, Soziale Sicherheit) für die Kapitalverwertung steht im Zusammenhang mit einer Machtverschiebung in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß dominierenden Kapitalunternehmen.

Der Handlungsparameter, mit dem diese Verschiebung der Machtverhältnisse in Verbindung gebracht wird, ist die »Shareholder Value«-Konzeption. Was Ende der achtziger Jahre als Analysetechnik für Kapitalinvestoren und Managementtechnik in Erscheinung trat, stützte sich auf das Faktum, daß die Interessen der Finanzinvestoren entschieden durchzusetzen sind. Mit der »Shareholder Value«-Politik rücken die Interessen der Aktionäre in das Zentrum der Kapitalunternehmen und die Interessen der Finanzmärkte oder des Finanzkapitals in den Mittelpunkt der Gesellschaftspolitik.

Im Prinzip sind Kapitalunternehmen und damit die Akteure Aktionär und Investoren keine neuen Phänomene. Wenn wir gleichwohl eine Machtverschiebung zugunsten des Vermögensbesitzes in der modernen Unternehmenslandschaft konstatieren, so ist dies der Tatsache geschuldet, daß die Vermögensbesitzer neuerdings organisiert auf den Unternehmensprozeß einwirken. »Die Orientierung der Unternehmensentscheidungen am Ziel einer Maximierung des Börsenwerts des Unternehmens nennt man das »Shareholder Value«-Prinzip. Seine Durchsetzung ist eng verbunden mit der Professionalisierung des Kapitalmarkts [...] Solange [...] die Aktionäre eines Unternehmens als Gruppe nicht professionell ko-

ordiniert waren und nicht das notwendige Wissen über die Details des Unternehmens hatten, orientierte sich das Unternehmen nicht Wirklich an den Aktionärsinteressen. In jener Zeit entstand der Begriff des ›Managerial Capitalism‹, d. h. einer Leitungsstruktur des Unternehmens, bei der man als Vorstand formal dem Aktionär verantwortlich war, bei der aber der Vorstandsvorsitzende de facto die Mitglieder des Board, der ihn zu kontrollieren hatte, selbst aussuchte. Zwar erhielten die Aktionäre relativ regelmäßig ihre Dividende, aber zu sagen hatten sie praktisch wenig.«¹²

Die Professionalisierung der Geld- und der Kapitalmärkte ist im Prozeß der Krise des Fordismus entstanden. Im Laufe der sechziger Jahre beherrschte der Eurodollarmarkt die internationalen Bewegungen des Geld- und Zinskapitals, weil die Investoren den nationalen Kapitalverkehrskontrollen und den Regeln der nationalen Besteuerung von Zins- und Vermögenseinkommen ausweichen wollten. Die Macht des Eurodollarmarktes setzte sich sowohl gegenüber den nationalstaatlichen Regelungen, dem Kredit- und Banksystem als auch in den Kapitalunternehmen selbst durch. Weitere Faktoren des Ausbaus der neuen Machtverhältnisse waren die größere Effizienz der Steuerung aller Finanzprodukte infolge der Digitalisierung und die Vernetzung der Finanzoperationen. Gleichermäßen konnte die Professionalisierung auf die Gestaltung der betrieblichen Wertschöpfungskette ausgeweitet werden.

Durch die passive Revolution in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wird ein Hegemoniewechsel ermöglicht, der auf eine Machtverschiebung vom fungierenden Einzelkapitalisten hin zu Kapital- und Aktiengesellschaften und die hinter diesen stehenden Fonds- und Finanzgesellschaften hinausläuft. Diese Veränderung ist letztlich mit einer Aufhebung der relativen Verselbständigung des Managements verbunden. Die Vorherrschaft der Finanzmärkte und Kapitalgesellschaften geht schließlich einher mit einer entsprechenden Dynamik der privaten Vermögensbesitzer. Die privaten Vermögensbesitzer bedienen sich mehr und mehr der professionellen Anlageberatung oder delegieren Teile oder ihr Vermögen insgesamt an Vermögensverwalter. Diese Professionalisierung gewinnt an Gewicht mit der Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen und der Internationalisierung der Vermögensanlage. Entfällt der Zwang, das Vermögen in heimischen Unternehmen oder entsprechenden Unternehmenspapieren anzulegen, ist die An-

12 Carl Christian von Weizsäcker: Logik der Globalisierung. Göttingen 1999. S. 101.

lageentscheidung auch für ausländische Immobilienmärkte, festverzinsliche Staatspapiere und die neuen Finanzinstrumente (Derivative) offen, gewinnt diese Professionalisierung weiteren Einfluß. Über den verschärften Wettbewerb der professionalisierten Vermögensbesitzer wird zugleich der Druck auf die Wertschöpfung der Unternehmen größer. Die Ausrichtung an das Shareholder Prinzip führt über die Veränderung des Wertschöpfungs- und Verwertungsprozesses zur Gewinnsteigerung und vergrößerten Eigenkapitalbildung. Der internationale Wettbewerb verändert also sowohl die nationalen Vermögenmärkte als auch die Investitions- und Wertschöpfungspolitik der Kapitalgesellschaften. Aber zugleich werden damit auch erneut die Widersprüche entwickelt, was sich in den gravierenden Finanzkrisen und dem geplatzten Börsenboom niederschlägt. »Wir stehen also vor einem zwiespältigen Ergebnis der zunehmenden Professionalisierung der Kapitalmärkte. Einerseits ist die Zeit der selbstherrlichen Industriekapitäne, die das Eigenkapital schlecht einsetzten, vorbei. Unter dem Zeichen von Shareholder Value wird mit Eigenkapital heute sparsamer, rationaler umgegangen. Andererseits entsteht ein zunehmender kurzfristiger Performancedruck, der das genannte Herdenverhalten auslöst und damit zu großen Schwankungen der Märkte beiträgt.«¹³

Die passive Revolution bezog ihre Energien aus dem Erschöpfen der Innovationspotentiale der fordistischen Betriebsweise, der Abflachung des Wirtschaftswachstums, dem Anstieg und der Ausbildung chronischer Massenarbeitslosigkeit und der schleichenden Erosion der finanziellen Fundamente des Sozialstaates und der sozialen Sicherungssysteme. Die passive Revolution stützt sich auf das Ausbrechen der Vermögensbesitzer aus dem historischen Block sozialer Kräfte, der die Jahrzehnte zuvor eine programmierte Ökonomie unter kapitalistischen Rahmenbedingungen verfolgt hatte.

4.

T. H. Marshall hat die Herausbildung des Sozialstaates im Zusammenhang mit der fordistischen Massenproduktion begrifflich prägnant erfaßt. Diese Entwicklungsetappe »sah die ersten großen

13 Ebenda. S. 117.

Fortschritte sozialer Rechte, die deutliche Veränderungen der egalitären Prinzipien, wie sie im Staatsbürgerstatus zum Ausdruck kamen [...] Das Ansteigen der ungleich über die sozialen Klassen verteilten Geldeinkommen veränderte die wirtschaftliche Distanz, die diese Klassen von einander trennte [...] Zweitens stauchte ein immer stärker gestaffeltes System direkter Besteuerung die gesamte Skala verfügbarer Einkommen zusammen. Drittens ermöglichte die Massenfertigung für den Binnenmarkt [...] den weniger Wohlhabenden die Teilhabe an einer materiellen Kultur, deren Qualität sich im Unterschied zu früher weniger deutlich von der der Reichen absetzte. Das alles veränderte auf grundlegende Weise den Rahmen, in dem sich der Fortschritt der Staatsbürgerrechte abspielte.«¹⁴ Diese Ausweitung der sozialen Rechte ist erkämpft worden, was ein neues Verhältnis von Individuen und öffentlichen Institutionen einschließt. Mit der Herausbildung des Sozialstaates verwandeln sich soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung in Gegenstände, »um den sich die Staaten nicht um ihrer selbst, sondern um der Individuen willen zu kümmern haben [...] Nimmt man den Beveridgeplan als symbolischen Bezugspunkt, so ist im Verlauf des Jahrzehnts von 1940 bis 1950 die Ausformulierung eines neuen Rechts, einer neuen Moral, einer neuen Ökonomie und einer neuen Politik der Körpers zu beobachten.«¹⁵

Im zwanzigsten Jahrhundert hat sich das Lohnarbeitsverhältnis nach und nach »zu einer stabilen gesellschaftlichen Position entwickelt, mit der Sicherheitsgarantien und Rechtsansprüche verbunden wurden, die geeignet waren, einen gesellschaftlichen Bürgerstatus zu begründen. Diese Verknüpfung von Arbeit und sozialer Sicherung kann als die große Innovation der Erwerbsgesellschaft gesehen werden.«¹⁶ Das Arbeitseinkommen (Lohn) entspricht nicht mehr nur einem Entgelt für die unter der Regie des Kapitals verrichtete Arbeitszeit, sondern eröffnet den Zugang zu einer neuen Form von gesellschaftlichem Eigentum dar, das heißt der sozialen Absicherung von existentiellen Risiken wie Krankheit, Arbeitsunfällen, Arbeitslosigkeit und Altersversorgung. Es handelt sich zunächst um einen sozialen Status für Lohnabhängige, der allerdings auf eine existentielle Mindestsicherung (Mindestlohn) oder Existenzsicherung im Falle der Nichtarbeit (soziale

14 Thomas Marshall: Bürgerrechte und soziale Klassen. Frankfurt am Main 1992. S. 66.

15 Michel Foucault: Krise der Medizin oder Krise der Antimedizin? In: Michel Foucault: Schriften. Bd. 3. Frankfurt am Main 2003. S. 55f.

Mindestsicherung) einschließt. »Bis annähernd zum Beginn der siebziger Jahre konnte man [...] beobachten, wie das Lohnarbeitsverhältnis durch Ausweitung kollektiver Regelungen konsolidiert wurde, durch kollektive Vereinbarungen, kollektive Rechte in Bezug auf Arbeit und soziale Sicherheit, starke Präsenz der Gewerkschaften, starke Präsenz des Staates Kompromisse zwischen mächtigen kollektiven Akteuren und dergleichen. Man konnte damals insoweit von einem Kompromiß sprechen als mächtige kollektive Akteure in der Lage waren, den Marktmechanismen die Stirn zu bieten.«¹⁷ Dieser Klassenkompromiß basiert auf einer bestimmten gesellschaftlichen Betriebsweise (dem fordistisch-tayloristischen Produktionsmodell), einem Modus der sozialen Regulierung von Kapital- und Arbeitsmärkten und redistributiven Sozialtransfers.

Während bis Anfang der 1970er Jahre in wechselnden gesellschaftlichen Konstellationen Versuche unternommen wurden, die bis dahin fixierte Machtverteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital zugunsten der subalternen Schichten zu verändern, setzte sich Mitte der 1970er Jahre international wie in den Hauptländern des Kapitals ein neoliberales Rollback durch.

Die neoliberale Politik der radikalen Stärkung des Privateigentums als Antwort auf Wachstums- und Strukturprobleme der modernen kapitalistischen Staaten ist gescheitert. Statt einer neuen Dynamik in der Realakkumulation hat die Politik der Begünstigung von privatkapitalistischen Investitionen bei gleichzeitiger Beschränkung der Masseneinkommen und der Beschneidung von Sozialleistungen nur zu einer beschleunigten Schuldenakkumulation geführt. Die verschiedenen Formen des gesellschaftlichen Protestes oder Widerstandes gegen die neoliberale Deformation des regulierten Kapitalismus können in einem umfassenden Projekt der Demokratisierung der Wirtschaft gebündelt werden. Wirtschaftsdemokratie wird hier verstanden als eine strategische Konzeption, in der ausgehend von den real existierenden Konfliktlinien innerhalb des entfesselten Kapitalismus eine Verknüpfung der verschiedenen Aspekte des gesellschaftlichen Widerstandes gegen die neoliberale Politik erreicht werden kann.

Die These lautet: Mit Deregulierung und Privatisierung wird die Tendenz zur Transformation in Richtung leistungslosen Einkommen verstärkt. Die Abwärtsspirale der Ökonomie dreht sich schneller, wohingegen eine Demokratisierung der Wirtschaft zu

einem entschiedenen Politikwechsel führen würde, d. h. einer wesentlichen Verminderung der Massenarbeitslosigkeit und der Umweltgefährdung. Es gilt die Demokratisierung aber ausgehend vom Unternehmen, auch auf die Verteilung und die Kontrolle der Finanzmärkte zu erstrecken. Die kapitalistische Gesellschaft muß einer umfassenden demokratischen Kontrolle unterworfen werden. Es geht also um ein komplexes Reformprogramm in kritischer Anknüpfung an die Vorzüge und Schwächen der untergehenden Lohnarbeitsgesellschaft.

Ein solcher Vorschlag zur Demokratisierung der Wirtschaft ist eindeutig reformistisch. Eine wirksame gesellschaftliche Reformpolitik ist an einen radikalen Kurswechsel geknüpft: Mit einer Ausweitung der Staatsausgaben für öffentliche Investitionen oder zur qualitativen Veränderung des Massenkonsums kann eine Vollbeschäftigung erreicht werden. Anders als bei den bisher praktizierten Ansätzen zur gesamtwirtschaftlichen Globalsteuerung müssen diese Maßnahmen sowohl bei der Besteuerung, als auch bei der Ausweitung von öffentlichen Investitionen und Massenkonsum mit einer langfristig angelegten Strukturpolitik verknüpft sein. Es geht nicht um mehr Wirtschaftswachstum innerhalb der überlieferten Einkommens- und Konsumstrukturen, sondern zugleich um die Herausbildung einer sozial und ökologisch verträglicheren Lebensweise. Eine grundlegende Reform der kapitalistischen Wirtschaft muß so anlegt sein, daß über das Mittel der Bekämpfung der bestehenden Ungleichheit in der Einkommensverteilung eine langfristige Strukturpolitik verfolgt wird. »Einerseits müssen die Reformvorschläge zur Überwindung der Krisenfolgen an den aktuellen Problemen anknüpfen und einen Katalog von kurzfristig einleitbaren Maßnahmen beinhalten. Andererseits dürfen sie sich nicht auf eine nur kurzfristig wirksame technokratische Instrumentendiskussion reduzieren, sondern sie müssen zugleich den Weg in die Verwirklichung eines alternativen Entwicklungstyps öffnen.«¹⁸ Diese komplexe Programm der Demokratisierung erstreckt sich über alle Bereiche: Rückkehr zur solidarischen Lohnpolitik, Besteuerung von Kapital- und Vermögenseinkommen, Demokratisierung der Unternehmensverfassung, Entwicklung eines neuen Typus von umfassender sozialer Sicherung, Wiederherstel-

17 Robert Castel: Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft. In: Paul Bourdieu (Hrsg.): Der Lohn der Angst. Liber-Jahrbuch. Konstanz 2002.

18 Heiner Heseler/Rudolf Hickel (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie gegen Wirtschaftskrise. Hamburg 1986. S. 26.

lung einer gemischten Ökonomie, umfassende Kontrolle und Steuerung der Finanzmärkte und der internationalen Finanzinstitutionen, Rückkehr zu einer wirtschaftlichen Gesamtsteuerung der Konjunktur.

5.

Der entscheidende Punkt ist also die Rückgewinnung der Kontrolle über die verknöcherten Formen gesellschaftlicher Arbeit – des sozialen Verkehrs. Da in der kapitalistischen Gesellschaft die Steuerung der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums über den vergegenständlichten Ausdruck der Arbeit und seinen verschiedenen Formen erfolgt, kann der Übergang zu einer neuen, bewußteren Form gesellschaftlicher Arbeit nur schrittweise erfolgen. Die Vorstellung einer mehr oder minder schlagartigen Abschaffung von Ware, Geld und Kapitalformen war immer absurd; die bisherigen Realisationsversuche sind in gesellschaftlichen Katastrophen gemündet und sollten nicht wiederholt werden. Marx betont, die Menschen müßten dazu kommen, ihre gesellschaftlichen Verhältnisse zu kontrollieren, statt von ihnen kontrolliert zu werden. Dieser Gesichtspunkt der Kontrolle entwickelt sich mit Notwendigkeit in der kapitalistischen Gesellschaft, weil diese wegen ihrer gesellschaftlichen Krisen und Katastrophen zur Anstrengung der Zivilisierung herausfordert.

Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, als die Fortschritte bei der gesellschaftlichen Produktivitätsentwicklung unwiderruflich mit der fordistisch-tayloristischen Arbeitsorganisation verzahnt schienen, bildete sich die Vorstellung von einer rationellen, sozialistischen Gesellschaftsformation heraus, die nach dem Muster einer autoritären Unternehmensverfassung gebildet wäre. Und da Engels in einer populären Verkürzung behauptet hatte, »der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung reproduziert sich als Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft«,¹⁹ lag es für die kommunistische Bewegung auf der Hand einen entsprechenden Typus der gesamtgesellschaftlichen Organisation entwickeln zu wollen.

19 Friedrich Engels: Anti-Dühring. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 20. S. 255.

Die Alternative zu einem despotischen, zu einer fordistischen Arbeitsorganisation nachmodellierten Sozialismus-Konzeption ist nicht der »Laisser-faire-Kapitalismus«.

Wenn das Prinzip der Konkurrenz mehr oder minder souverän herrscht, überläßt die Gesellschaft es dem »Preise« und der Wertebewegung die Proportionalität und Entwicklungsrichtung der zu regulieren. Entscheidend für eine nichtkapitalistische Ökonomie ist daher, daß sich nicht an einen der kapitalistischen Unternehmung nachgebildeten zentralen Entscheidungs- und Steuerungsprozeß der gesellschaftlichen Kontrolle und Steuerung angelehnt wird. Die assoziierten Produzenten sollen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln; sie müssen ihn unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen und werden dann von ihm nicht mehr als von einer blinden Macht beherrscht. Dieser gesellschaftliche Stoffwechsel soll mit dem geringsten Aufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten Bedingungen vollzogen werden. Neben genossenschaftlichem Gemeinbesitz an den Produktionsmitteln, öffentlicher Steuerung, Regulierung von gesellschaftlichen Subsystemen wie soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung etc. ist vor allem die Verkürzung des Arbeitstags die Grundbedingung.²⁰

Die Kritik der politischen Ökonomie begründet nicht nur die politische Ökonomie der emanzipierten Arbeit, sondern schließlich eine Konzeption einer nachkapitalistischen Gesellschaftsformation ein. Diese basiert auf dem Gemeinbesitz an Produktionsmitteln, gesellschaftlicher Regulation von wesentlichen gesellschaftlichen Subsystemen und einer gesamtgesellschaftlichen Kontrolle und Steuerung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit durch verschiedene ökonomische Parameter.

Die von Marx aus der Kritik der politischen Ökonomie abgeleitete Sozialismuskonzeption basiert auf einer umfassenden Transformation der Kapitalgesellschaften (resp. vor allem der Aktiengesellschaften) nach dem Muster von Kooperativunternehmen, die in Verbindung mit Genossenschaften und den in direkter staatlich-öffentlicher Verwaltung stehenden Unternehmen in ein neues Abstimmungs- und Regulationssystem einbezogen werden, das sich weitaus stärker als in der kapitalistischen Gesellschaft die steuernden Funktionen des Kreditsystems zu eigen macht. Dieses Regulationssystem erlaubt zudem eine gesamtgesellschaftliche Um-

²⁰ Siehe Karl Marx: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band.* In: *Ebenda.* Bd. 25. S. 828.

verteilung, die im vorangegangenen Modus des Ausgleichungsprozesses zu Durchschnittsprofitraten gleichermaßen eingeschlossen war. Die Demokratisierung der Unternehmensverfassung ist daher auch immer der Einstieg in ein umfassendes gesellschaftliches Regulationssystem mit dem in letzter Konsequenz die Selbststeuerung der gesellschaftlichen Arbeit durch die Preis- und Wertbewegung aufgehoben werden kann.

Literatur

- Michel Aglietta/Antoine Rebberious: From Financial Capitalism to a Renewal of Social Democracy. Paris 2004.
- Perry Anderson: Über den westlichen Marxismus. Frankfurt am Main 1976.
- Perry Anderson: Das Zeitalter des Eric Hobsbawm, eine Rückblick auf das 20. Jahrhundert. In: SoZ. Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis. Köln (2003)5.
- Fritz Behrens: Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie. Berlin 1948.
- Adolf Berle: Macht ohne Eigentum. Meisenheim 1967.
- Heinz Bierbaum/Marlo Riege (Hrsg.): Die neue Genossenschaftsbewegung. Hamburg 1985.
- Joachim Bischoff: Entfesselter Kapitalismus. Hamburg 2003.
- Joachim Bischoff: Das Ende des Neoliberalismus und die Zukunft der Wirtschaftsdemokratie. In: UTOPIE kreativ. Berlin (Februar 2005).
- Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Konstanz 2000.
- Robert Castel: Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft. In: Paul Bourdieu (Hrsg.): Der Lohn der Angst. Liber-Jahrbuch. Konstanz 2002.
- Michel Foucault: Krise der Medizin oder Krise der Antimedizin? In: Michel Foucault: Schriften. Bd. 3. Frankfurt am Main 2003.
- Heiner Heseler/Rudolf Hickel (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie gegen Wirtschaftskrise. Hamburg 1986.
- Thomas Marshall: Bürgerrechte und soziale Klassen. Frankfurt am Main 1992.
- Projekt Klassenanalyse Gesamtreproduktionsprozeß der BRD 1950–1975. Westberlin 1976.
- Carl Christian von Weizsäcker: Alle Macht den Aktionären. In: »Frankfurt Allgemeine Zeitung« vom 27. Juni 1997. S. 15.
- Carl Christian von Weizsäcker: Logik der Globalisierung. Göttingen 1999.

Hans-Georg Draheim
Peter Carl Caldwell über die ökonomischen Auffas-
sungen von Fritz Behrens und Arne Benary

Im Jahre 2003 erschien ein Buch von Peter C. Caldwell, das in Cambridge unter dem Titel »Dictatorship, State Planning, and Social Theory in the German Democratic Republic« herausgegeben wurde. Das Anliegen der Publikation wurde wie folgt umrissen: Seit der Einführung der staatlichen Planung sowie der SED-Herrschaft hatte sich auch das Umfeld für die Gesellschaftswissenschaften in der DDR dramatisch verändert. Dieses Buch untersucht die Entwicklung der DDR aus der Sicht ihrer führenden Experten auf den Gebieten des Rechts, der Wirtschaft, der Philosophie und der Kybernetik. Wie die anderen sozialistischen Staaten beschritt die DDR den Weg der nachkapitalistischen Modernisierung und hoffte, dieses Ziel unter der Führung der SED zu erreichen. Die Analyse stützt sich auf neu verfügbares Archivmaterial, um zu belegen, wie die Politik der sozialistischen Staaten einerseits und die Gesellschaftswissenschaften andererseits sowohl miteinander verschmolzen als auch kollidierten. Seit den 1950er Jahren setzten sich Persönlichkeiten wie der Ökonom Fritz Behrens, der Jurist Hermann Klenner und der Philosoph Ernst Bloch mit den grundlegenden Widersprüchen der staatssozialistischen Entwicklung auseinander, die mit zu dessen Kollaps führten. Der Markt wurde durch den Plan ersetzt, was schwerwiegende ökonomische Probleme zur Folge hatte. Die Rolle des Rechts wurde der Macht der SED untergeordnet, die Parteibeschlüsse erhielten den Rang allgemeinverbindlicher Regelungen. Die Marxistisch-Leninistische Philosophie lehnte den Idealismus in Worten ab, erhob aber die eigenen idealistischen Ziele in den Rang von gesellschaftlichen und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Durch die Untersuchung der marxistischen Gesellschaftswissenschaften, so der Autor, soll das Buch einen Einblick in das System des Staatssozialismus und in das Wirken ihrer führenden Vertreter vermitteln.¹ Soweit zum Anliegen des Buches.

1 Siehe Peter C. Caldwell: Dictatorship, State Planning, and Social Theory in the German Democratic Republic. Cambridge 2003. Einführung.

Ausgehend von diesen Feststellungen sollen im folgenden die wichtigsten Untersuchungsergebnisse Caldwells über das wirtschaftswissenschaftliche Wirken von Behrens und Benary kurz vorgestellt werden.

Als Fazit seiner Untersuchungen kommt Caldwell zu dem Schluß, daß die Auffassungen von Behrens und Benary nicht nur im Blick auf den Staatssozialismus von grundlegender Bedeutung seien, sondern für alle Formen der Wirtschaftsregulierung der modernen Welt: wie ist es möglich, die zentrale Steuerung und Regulierung und die Selbstkontrolle der Wirtschaftseinheiten und Individuen miteinander zu verbinden.² Eine vollständige Zentralisierung der Kontrolle könne nach Auffassung von Behrens und Benary sowohl aus logischen wie aus praktischen Gründen nicht funktionieren. Andererseits sahen sie in einer vollständigen Selbstkontrolle der Wirtschaftseinheiten und Individuen die Gefahr der Mißachtung des ökonomischen Gemeinwohls. Das Problem, wie man das Einzelne und das Ganze miteinander verbinden könne, sei nicht nur ein ökonomisches sondern auch ein zutiefst politisches Problem.³

Behrens und Benary warfen die Frage auf, wo die Grenzen für die Kontrolle der Wirtschaftseinheiten und des individuellen Lebens der Menschen zu ziehen sei. Sie vertraten die Auffassung, daß ökonomische Gesetze, wie das Wertgesetz, auch in einer geplanten Wirtschaft objektiv wirkende Gesetze seien, was eine eindeutige Definition erforderlich mache, was unter »bewußter Ausnutzung ökonomischer Gesetze«⁴ zu verstehen sei. Sie waren des weiteren der Auffassung, daß das objektive Wirken der ökonomischen Gesetze das spontane Handeln der Menschen in sich einschließe. Daraus folge wiederum, daß die bewußte Ausnutzung der ökonomischen Gesetze durch den Plan notwendigerweise die bewußte Ausnutzung des spontanen Handelns der Menschen in sich einschließe.⁵

Doch damit, so Caldwell veränderten sie die der herrschenden Auffassung zugrunde liegenden Definition der »Bewußtheit«, die dem staatssozialistischen Planungskonzept unterlag.⁶ Dieses Konzept beruhte auf der Annahme, daß die Interessen der Partei, des

2 *Siehe ebenda. S. 53ff.*

3 *Siehe ebenda.*

4 *Ebenda. S. 50f.*

5 *Siehe ebenda. S. 54ff.*

6 *Siehe ebenda.*

Staates, der Arbeiterklasse und des Volkes identisch seien.⁷ Alle Reformen, so die offizielle Auffassung, hätten von der in diesem Sinne definierten »dialektischen« Einheit zentraler und dezentraler Macht und Verantwortung auszugehen.

Während die Auseinandersetzungen – wie Caldwell feststellt – auf einem sehr abstrakten ideologischen Niveau geführt wurden, ging es Behrens und Benary vor allem um eine grundlegende Reform des sozialistischen Wirtschafts- und Planungssystems in der DDR.⁸ Die Auseinandersetzungen begannen 1956 in der Akademie der Wissenschaften der DDR und sie hatten zunächst die Unterstützung ihres Direktors Kohlmeier, denn ohne diese Unterstützung »von oben«, so Caldwell, wären diese Diskussionen nicht möglich gewesen.

Die Auseinandersetzungen hatten zunächst einen rein wissenschaftlichen Charakter, in deren Mittelpunkt eine Reihe grundlegender Probleme des Wirtschafts- und Planungssystems in der DDR standen. Es ging vor allem um Reformen der betrieblichen Selbständigkeit, des Geld- Preis- und Finanzsystems sowie des Planungssystems.

Doch im Wesen ging es um die Anerkennung des objektiven Charakters und die bewußte Ausnutzung der ökonomischen Gesetze, vor allem des Wertgesetzes.⁹

Erstens: Das objektive Wirken des Wertgesetzes, so Behrens und Benary, setze vor allem die Selbständigkeit der Wirtschaftseinheiten, das heißt eine grundlegend veränderte Stellung der Betriebe und Unternehmen im sozialistischen Wirtschaftssystem voraus. Eine größere Selbständigkeit der Betriebe und Unternehmen sei das Schlüsselproblem zur Reform des staatssozialistischen Wirtschafts- und Planungssystems, da es nur so möglich sei, die erforderlichen Triebkräfte des ökonomischen, technischen und gesellschaftlichen Fortschritts freizusetzen, um durch betriebliche und individuelle Freiräume die dazu notwendigen Kräfte wirksam zu machen. Das jedoch sei nur möglich durch die Beschränkung der Instrumente der administrativen Planung und Weisung auf ein unbedingt notwendiges Mindestmaß. Die zentrale Einflußnahme hingegen müsse sich auf die Vermittlung indirekt wirkender positiver und negativer Impulse beschränken.

7 *Siehe ebenda. S. 55ff.*

8 *Siehe ebenda. S. 50ff.*

9 *Siehe ebenda.*

Zweitens: Behrens und Benary argumentierten, wie Caldwell weiter feststellt, daß die Selbstständigkeit der Betriebe die wichtigste Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft bilden würde. Hauptsächlich durch das objektive Wirken des Wertgesetzes käme es über die Märkte zu ökonomischen Beziehungen zwischen den selbständig handelnden Produzenten und Konsumenten, und in deren Ergebnis, in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage, zu Abweichungen der Preise vom Wert der produzierten Güter. Die Preise in ihrer Summe bilden den von der Gesellschaft tatsächlich anerkannten Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit – oder anders ausgedrückt – den tatsächlichen Aufwand an gesellschaftlich notwendiger Arbeit, also den Wert. Auf dieser Grundlage sei es möglich, Angebot und Nachfrage sowie Ergebnis und Aufwand sowohl nach Gütern, nach Betrieben wie auch gesamtwirtschaftlich mit Hilfe der Mengen- und Wertrechnung durchgängig zu messen und zu planen, ohne daß administrative Planentscheidungen erforderlich seien.¹⁰ Mittels indirekter Steuerung in Form von Rahmenbedingungen sei es möglich, die Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsstruktur der volkswirtschaftlichen Produktion zu koordinieren und den Zielen der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung entsprechend auf effiziente Weise zu regeln.

Drittens: Nur so könne sich der Staat auf seine eigentliche Grundaufgabe konzentrieren, auf die Konzipierung von Zielen und Bedingungen für die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes, die auf die bewußte Ausnutzung der objektiv wirkenden ökonomischen Gesetze gerichtet sind. Behrens und Benary waren der Auffassung, daß die Wirtschaft ohne grundlegende Reformen in immer größere Schwierigkeiten und Fehlentwicklungen geraten würde.¹¹ Den Betrieben sei es faktisch gestattet, Güter zu produzieren, die nicht dem Bedarf entsprächen, indem sie für ihre nicht bedarfsgerechte Produktion belohnt würden. Da es sich bei nicht bedarfsgerechter Produktion jedoch um volkswirtschaftliche Verluste an bereits verausgabter Arbeit handele, sind Disproportionen zwischen Güterangebot und Kaufkraft in Form von Versorgungsmängeln einerseits und Beständen an unverkäuflichen Gütern andererseits die unvermeidliche Folge. Es käme zur Entstehung einer ständig wachsenden Angebotslücke, die eine gravierende Überforderung der Produktionsmöglichkei-

¹⁰ *Siehe ebenda.*

¹¹ *Siehe ebenda. S. 51.*

ten und damit eine chronische wirtschaftliche Schwäche nach sich ziehen würde. Ein Teil der in den Betrieben verausgabten Arbeit würde sich folglich über den Wert der für den Konsum und die Investitionen realisierten Güter nicht reproduzieren, was zu empfindlichen Störungen zwischen Nachfrage und Angebot sowie zwischen Produktion und Verwendung von Gütern führen würde. Die ausgewiesenen Kosten der Betriebe würden nicht den tatsächlichen Aufwendungen entsprechen und die ausgewiesenen Erlöse nicht den tatsächlichen Leistungen der Betriebe. Der so ausgewiesene betriebliche Gewinn bliebe lediglich eine rechnerische Größe, ohne Ausdruck der tatsächlichen Erträge und Rentabilität zu sein. Auf Dauer käme es so zu einem fiktiven Ausweis an Mitteln für die Akkumulation zum Zwecke der Stärkung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Produktion. Die Grundlagen der wirtschaftlichen Rechnungsführung würden allmählich zerstört, wenn nicht der tatsächliche Wert, sondern ein zentral festgelegter Preis den Planungen der betrieblichen und volkswirtschaftlichen Produktion und Reproduktion zugrunde liegen würde.

Viertens: Die Kritiker dieser Auffassungen argumentierten hingegen, daß die Erscheinungen, daß die Kaufkraft dem Angebot vorausziehen würde, für den Sozialismus keine Störung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichtes bedeuten würde, sondern Ausdruck einer ökonomischen Gesetzmäßigkeit seien, die in einer der Produktion vorausziehenden Entwicklung der Kaufkraft zum Ausdruck käme.

Die Diskussionen zu diesen Problemen, die 1956 in der Akademie der Wissenschaften begonnen hatten, verloren ihren wissenschaftlichen Charakter, wie Caldwell feststellt, als sich durch die Ereignisse und durch die Entwicklung von 1956 in Polen und Ungarn die internationale politische Lage zugespitzt hatte.¹² Durch den Druck der internationalen Ereignisse wurde nun die Legitimation des sowjetischen Wirtschafts- und Planungsmodells grundsätzlich infrage gestellt. Die Diskussion nahm den Charakter einer ideologischen Abrechnung mit dem Revisionismus an und diente der Disziplinierung ihrer Vertreter und Anhänger. Im Vordergrund stand vor allem die Aufgabe, die Autorität der Partei zu gewährleisten. Dennoch blieb die ökonomische Strategie und Politik der Partei vor allem in Polen und Ungarn auch innerhalb der Partei umstritten. Zugleich kam es in diesen Ländern in der Folgezeit zu partiellen Reformen des Wirtschafts- und Planungssystems. Doch

¹² Siehe ebenda. S. 48.

grundsätzlich blieb die Führungsrolle der Partei und des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft unangetastet.

Abschließend sei angemerkt, daß Caldwell den entscheidenden politökonomischen Grundansatz der Auffassungen von Behrens und Benary über eine alternative Ökonomie zum Kapitalismus explizit nicht untersuchte, nämlich die These, daß das entscheidende Kriterium einer sozialistischen Produktionsweise darin besteht, daß die Arbeitskraft keine Ware mehr sei, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu überwinden sei. Unter Berücksichtigung dieser These wären im Ergebnis von Caldwell's Untersuchungen bei Behrens und Benary in Umrissen folgende Denksätze für eine alternative Ökonomie in groben Umrissen erkennbar.

Erstens. Im marxistischen Verständnis ist der Staat der Kern des politischen Überbaus einer Gesellschaft. Insofern ist der Staat bestenfalls für die politische Lenkung der Wirtschaft verantwortlich, die er durch das Setzen entsprechender Rahmenbedingungen auch wahrnimmt, nicht aber, ausgenommen den Öffentlichen Sektor, durch die direkte Leitung der Wirtschaft und der Produktion.

Zweitens. Den Kräften der Wirtschaft liegt das Prinzip der ökonomischen Rationalität zugrunde. Das Prinzip der ökonomischen Rationalität und das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Drittens. Die ökonomische Alternative zum Kapitalismus setzt mehr als einen sozial gebändigten Kapitalismus voraus. Das entscheidende Kriterium einer alternativen Ökonomie ist und bleibt nach Auffassung von Behrens und Benary langfristig gesehen, auf dem Wege der Reformen, die Beseitigung der Ausbeutung, also ein Zustand, indem die Arbeitskraft keine Ware mehr ist.

Was wohl kaum bezweifelt werden kann, ist die Tatsache, daß Konzepte und Weg zu einer alternativen Ökonomie einen sehr widerspruchsvollen und komplexen gesellschaftlichen Prozeß widerspiegeln.

Autorenverzeichnis

Dr. Joachim Bischoff
Lange Reihe 23
20099 Hamburg

Dr. Hans-Georg Draheim
Volksgartenstr. 26/69
04347 Leipzig

Dr. Stanislav Holubec
Na Obèinach 889
80009 Hradec Králové

Dr. Dieter Janke
Wiederitzscher Str. 7a
04155 Leipzig

Prof. Dr. Günter Krause
Florapromenade 29
13178 Berlin

Dr. Isa Kreft
Sorbenstr. 12
04159 Leipzig

Prof. Dr. Eva Müller
Hedwigstr. 12
04425 Taucha

Prof. Dr. Klaus Müller
Oberlungwitzer Str. 28
09385 Ursprung

Prof. Dr. Horst Richter
Zur Quäne 8
01705 Freital

Prof. Dr. Karl Georg Zinn
Gertrud-Bäumer-Str. 40
65189 Wiesbaden

Gerhard Zwerenz
Brunhildensteg 18
61389 Schmitten

Weitere Hefte der Reihe »Diskurs«

Heft 1: Fanal und Trauma. Beiträge zu Geschichte und Wirkung der russischen Revolution von 1917. Leipzig 1997. 52 S. ISBN 3-92-9994-97-6. – Kostenbeitrag: 2,50 EURO, Mitglieder 2,00 EURO

Heft 2: Irrtum • Einsicht • Handeln. Beiträge zu Ideologie und Geschichte in linker Politik. Leipzig 1997. 58 S. ISBN 3-932725-10-7. – Kostenbeitrag: 3,50 EURO, Mitglieder 3,00 EURO

Heft 3: Klaus Kinner: »Die verlorene Zukunft«. Skizzen zu einer Geschichte des deutschen Kommunismus. Leipzig 1998. 70 S. ISBN 3-932725-12-3. – Kostenbeitrag: 3,50 EURO, Mitglieder 3,00 EURO

Heft 4: Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (I). Leipzig 1999. 66 S. ISBN 3-932725-94-8. – Kostenbeitrag: 3,50 EURO, Mitglieder 3,00 EURO

Heft 5: Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (II). Leipzig 2000. 122 S. ISBN 3-89819-027-7. – Kostenbeitrag: 6,00 EURO, Mitglieder 4,50 EURO

Heft 6: Volker Caysa: Kritik als existentielle Praktik. Leipzig 2001. 54 S. ISBN 3-89819-068-4. – Kostenbeitrag: 3,50 EURO, Mitglieder 3,00 EURO

Heft 7: Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (III). Leipzig 2001. 62. S. ISBN 3-89819-076-5. – Kostenbeitrag: 3,50 EURO, Mitglieder 3,00 EURO

Heft 8: Ernstgert Kalbe: Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs. Leipzig 2001. 48 S. ISBN 3-89819-078-1. – Kostenbeitrag: 3,00 EURO, Mitglieder 2,50 EURO

Heft 9: Eva Müller: Das Volkseigentum in der DDR – Was es war und was daraus wurde (mit einem Exkurs: Das öffentliche Eigentum in der Bundesrepublik im Vergleich zum Volkseigentum in der DDR). Leipzig 2001. 54 S. ISBN 3-89819-100-1. – Kostenbeitrag: 3,50 EURO, Mitglieder 3,00 EURO

Heft 10: Siegfried Wollgast: Der Utopische Sozialismus – Ewiger Traum und Unwirklichkeit. Leipzig 2001. 71 S. ISBN 3-89819-101-X. – Kostenbeitrag: 4,00 EURO, Mitglieder 3,00 EURO

Heft 11: Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (IV). Leipzig 2002. 83 S. ISBN 3-89810-117-6. – Kostenbeitrag: 4,50 EURO, Mitglieder 3,00 EURO

Heft 12: Helmut Bock: Die fatale Alternative. Von Krieg und Frieden. Leipzig 2002. 105 S. ISBN 3-89819-130-3. – Kostenbeitrag: 5,00 EURO, Mitglieder 3,00 EURO

Heft 13: Klaus Kinner: Die verkannte Niederlage. KPD und Komintern im Jahre 1933. Leipzig 2003. 45 S. ISBN 3-89819-145-1. – Kostenbeitrag: 3,00 EURO, Mitglieder 2,00 EURO

Heft 14: Zwischen den Lagern. Linkssozialisten in Deutschland 1918 bis 1933. Leipzig 2003. 155 S. ISBN 3-89819-147-8. – Kostenbeitrag: 8,00 EURO, Mitglieder 6,00 EURO

Heft 15: Das Eigentum im Widerstreit alternativer Wirtschaftskonzepte (I) Hrsg. Rolf Emmrich, Dieter Janke, Eva Müller. Leipzig 2003. 104 S. ISBN 3-89819-162-1. – Kostenbeitrag: 5,50 EURO, Mitglieder 4,00 EURO

Heft 16: Das Eigentum im Widerstreit alternativer Wirtschaftskonzepte (II). Hrsg. Hans-Georg Draheim, Rolf Emmrich, Dieter Janke, Eva Müller. Leipzig 2004. 112 S. ISBN 3-89819-193-1. – Kostenbeitrag: 6,00 EURO, Mitglieder 5,00 EURO

Heft 17: Unabgeholtenes im Kommunismus. Der Funken Hoffnung im Vergangenen. Hrsg. Klaus Kinner. 3. korrigierte Aufl. Leipzig 2005. 113 S. ISBN 3-89819-197-4. – Kostenbeitrag: 6,00 EURO, Mitglieder 4,50 EURO